

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

54.

SITZUNG

17-3-1966

Presidente: BERTORELLE

Vicepresidente: PUPP

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATOR PERIODE

INDICE

**Disegno di legge n. 42: « Stati di previsione
dell'entrata e della spesa della Regione
Trentino - Alto Adige per l'esercizio finan-
ziario 1966 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

**Gesetzentwurf Nr. 42: « Voranschläge der Ein-
nahmen und Ausgaben der Region Trentino-
Tiroler Etschland für das Finanzjahr 1966 »**

Seite 3

PRESIDENTE: La seduta è aperta.
Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 16.3.1966.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale?
Nessuna, il verbale è approvato.

Riprende la discussione generale sul *disegno di legge n. 42*:

«Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1966».

Sono iscritti a parlare i cons. Benedikter, Vinante, Tanas, Fioreschy, Molignoni; nessuno di questi è presente.

Chi si iscrive ancora a parlare? Il cons. Brugger. Altri si iscrivono a parlare? Bene, allora intanto diamo la parola al consigliere Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich wollte nur einige grundlegende Bemerkungen zum Klima machen, welches sich in diesem Regionalrat

zwischen der Haushaltsdebatte 1965 und der Haushaltsdebatte 1966 entwickelt hat. Damals hat der Vertreter der Liberalen Partei, Corsini, einen Versuch unternommen, um die Animosität zwischen den Vertretern der Parteien im Regionalrat zu mildern, um einen Weg zu finden, damit wir uns in Zukunft nicht nur auf menschlicher, sondern auch auf volkspolitischer Ebene besser verstehen könnten. Er hat auch über den Begriff « Assimilation » Erklärungen abgegeben, die nicht mehr jene Härte beinhalteten, welche sie vor mehreren Jahren noch hatten. Leider müssen wir feststellen, daß eine gewisse Versteifung und Härte wiedergekehrt sind. Wir erinnern uns auch an die Gründe, die uns damals zu einer Ablehnung des Haushaltes geführt haben, und an unsere Enttäuschung über die Ablehnung eines unbedeutenden Entgegenkommens, das wir von der Regierungskoalition gewünscht hatten. Es muß aber an dieser Stelle zugegeben werden, daß diese Ablehnung, die damals vielleicht auch der Übermüdung entsprang, während des Jahres 1965 durch eine Bilanzänderung gutgemacht wurde, in der unsere Wünsche von damals berücksichtigt worden sind. Trotz der Einhaltung der damals gegebenen Versprechungen hat sich in der heutigen Regionaldebatte ein Ton eingebürgert, der eigentlich vermuten läßt, daß sich die

Dinge in diesem Regionalrate eher verschlechtert als verbessert haben.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit einleitend auf eine Definition der Frau Prof. Menapace zurückkommen, die bereits vom Kollegen Zelger kommentiert wurde und die mich damals zu einer optimistischen Stellungnahme veranlaßt hat: der Begriff « Integration » der Volksgruppen, die in Südtirol zusammenleben müssen.

Ich glaube, daß wir diesen Begriff noch sehr genau definieren müssen, damit keine Zweifel mehr darüber bestehen, denn wir haben seit eh und je klargestellt, daß die Südtiroler nicht assimiliert werden, sondern daß sie ihren volklichen Bestand in ihrer Heimat erhalten wollen. Ich nehme an, daß es möglich ist, den Begriff « Integration » so auszulegen, daß er diesen unseren Willen weiterhin als berechtigt gelten läßt. Die Diskussion über diesen Begriff sollte nicht in der Generaldebatte zum Regionalhaushalt 1966 erschöpft sein, sondern ich nehme an, daß es hier um eine Klärung geht, welche sicherlich dazu beitragen kann, das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol zu verbessern oder verschiedene andere Begriffe zu klären.

Nun fragt man sich unwillkürlich, was die Ursache dieser Verhärtung ist, die sich im Laufe der Bilanzdiskussion 1966 ergeben hat. Ich nehme an, daß eine der Ursachen nicht zuletzt der neue Weg ist, den die Sozialdemokraten in Südtirol eingeschlagen haben. Dieser neue Weg scheint mit den Wünschen der Vertreter der Südtiroler Volkspartei parallel zu gehen und wir sind zunächst — und das wurde bereits vom Fraktionobmann gesagt — angenehm überrascht, daß von dieser Seite der italienischen Volksgruppe, die wir von früher her in einer anderen

Haltung kennen, die Hand gereicht wird. Nur dürfen wir uns dabei nicht vom Kommentar zu gewissen Schlagworten allzufrüh freudig überraschen lassen. Vielleicht meinen wir unter dem Begriffe « Los von Trient! » etwas ganz anderes als Prof. Molignoni, der als Vertreter der sozialdemokratischen Partei gesprochen hat. Frau Prof. Menapace hat in ihren Ausführungen zu kommentieren versucht, was die Sozialdemokraten mit diesem Begriffe « Los von Trient! » für Zustände in der Provinz Bozen wünschen. Es gibt Anhaltpunkte genug, um diesen Vermutungen von Frau Prof. Menapace Glauben zu schenken. Ist es denn nicht so, daß man aus dem ganzen Verhalten der Vertreter der Sozialdemokratie in Südtirol schließen müßte, daß sie für die italienische Volksgruppe das Reservat der Städte wünschen, in denen die Südtiroler in Minderheit sind, während sie bereit sind, das wirtschaftlich wenig rentable Berggebiet und das Land den Südtirolern in ihrer wirtschaftlichen Expansion als freie Jagdgründe zu überlassen? Wenn dem so wäre, dann müßten wir Südtiroler unsere Einwendungen gegen den Inhalt dieses Motto vorbringen, das nun beide Parteien führen. Denn wir können in keiner Weise auf die Städte verzichten, sind doch die Städte die Zentren der Wirtschaft und auch unserer Kultur. Man soll doch die Südtiroler, wenn sie ihre Eigenständigkeit erhalten wollen, nicht zwingen, neue Städte zu gründen und die alten, historischen Werte von Bozen und Meran der italienischen Volksgruppe zu überlassen.

Bei der Feststellung, daß in einem Schlagwort ein ähnliches oder gleiches Programm angedeutet sein könnte, müssen wir außerordentlich vorsichtig sein. Zu dieser Vorsicht sind wir durch die bereits angedeuteten, ja offiziell von einem maßgeblichen

Vertreter der Sozialdemokraten geäußerten Pläne hinsichtlich einer Teilung des Landes Südtirol in zwei getrennte autonome Gebiete, die Bergzone und die Talsohle, veranlaßt. Die Schwierigkeiten, die bei diesem Programm « Los von Trient! » entstehen würden, müssen auch unter den Italienern in Südtirol noch besser geklärt werden. Selbstverständlich wollen wir dabei unterstreichen, daß wir trotzdem nach wie vor nicht bereit sind, auf unseren Einfluß in den Städten zu verzichten, sondern daß wir auf unsere Eigenständigkeit auch in den Städten größten Wert legen und daß es mit unserer Politik unvereinbar ist, in unseren Städten Assimilierungsmaßnahmen zwischen Südtirolern und Italienern zu fördern. Ich glaube aber, daß auch eine Bemerkung hinsichtlich dieser Regionalautonomie für Südtirol allein am Platze ist. Wir streiten uns um Kompetenzen und glauben, daß die Einräumung verschiedener Befugnisse an das Land nicht nur von seiten der Region, sondern auch von seiten des Staates notwendig ist, um jene Garantien für die Südtiroler daraus erwachsen zu lassen, die sie mit Berechtigung aus der Verfassung und aus dem Pariser Vertrag ableiten. Es kann sein, daß man uns noch verschiedene Kompetenzen einräumt, nicht nur von seiten der Region, wir hoffen auch von seiten des Staates. Aber was würden diese Kompetenzen der Südtiroler Mehrheit nützen, wenn in das neue Autonomiestatut solche Garantien eingebaut werden müßten, daß die Ausübung dieser Kompetenzen an eine zahlenmäßig kleine Minderheit in den gesetzgebenden Gremien gebunden sein soll? Ich habe hinsichtlich der Garantieforderungen meine besonderen Sorgen, auch wenn man das Verhalten eines maßgeblichen Vertreters der christlich-demokratischen Partei in Südtirol einer etwas näheren Überprüfung unterzieht.

Ich meine damit das Verhalten des On.le Berloffia in der Neunzehnerkommission, wo er sich für seine Zustimmung die Einfügung angemessener Garantien für die italienische Volksgruppe in Südtirol ausbedingte. Bei dem Ausmaß der Garantien kann eine elastische Verwaltung mit neuerlicher Zugabe von wesentlichen Kompetenzen ermöglicht werden; es kann aber auch ein Hemmschuh eingebaut werden, der die Ausübung der Kompetenzen in Gesetzgebung und Verwaltung, die man uns im Autonomiestatut einräumt, durch ein nicht gerechtfertigtes Vetorecht neutralisiert oder unmöglich macht. Ich glaube, daß wir uns über diese Dinge hier einmal klar werden müssen. Wir möchten aber in aller Form betonen, daß wir an das Schlagwort « Los von Trient! » — ob es nur substantiell oder auch formell gemeint ist, darüber soll man diskutieren — auch einen zweiten Satz hinzugefügt haben: « Echte Landesautonomie für Südtirol allein! » Und eine echte Landesautonomie muß die Möglichkeit zu einer elastischen und ordentlichen Wahrnehmung der eingeräumten Kompetenzen geben. Diese Möglichkeit wäre durch Garantien, die Votorechten gleichkommen würden, in Frage gestellt.

Interruzione.

BRUGGER (S.V.P.): Ich möchte auch kurz einige Bemerkungen kommentieren, welche die Herkunft der Autonomie für das Trentino zum Gegenstand haben. Es wurde gesagt, Alcide Degasperi hätte aus den Möglichkeiten des Pariser Vertrages dann auf diplomatischem Wege versucht, die Autonomie auf das Trentino auszudehnen. Ich möchte hier auf die Ursache, warum das Trentino auch eine Autonomie bekommen hat, nicht zurückgreifen. Es werden sicherlich

Berechtigungen genug vorhanden gewesen sein. Wir befinden uns aber vor der Tatsache, daß die Provinz Trient dieselbe Autonomie hat, sei es auf regionaler, sei es auf provinzieller Ebene, wie Südtirol. Wir möchten den Trentinern die Autonomie unter keinen Umständen streitig machen. Das Trentino soll nicht dadurch Schaden leiden, daß wir für Südtirol aus längst klaren Gründen eine echte Landesautonomie verlangen. Es hat sich nur erwiesen — und ich glaube, wir alle sind uns darüber einig —, daß diese Lösung der Autonomiefrage für die Provinz Bozen und die Provinz Trient im regionalen Gebilde nicht die richtige ist. Die Trentiner sollen das gleiche Recht auf Autonomie haben, wie wir es haben! Nur sollen diese Autonomien voneinander so getrennt sein, daß man sich nicht gegenseitig beschuldigen muß, daß die Vertreter der einen Provinz die Vertreter der anderen Provinz bevorzugen oder benachteiligen können. Die Antwort des Fraktionsobmannes Dr. Volgger an den Vertreter der Liberalen Partei, Prof. Corsini, war meines Dafürhaltens die treffendste und kürzeste, die man in dieser Diskussion hätte geben können. Wenn man schon glaubt, daß im Rahmen der Regionalautonomie die Südtiroler auf Kosten der Trentiner durch die Hälften-Hälften-Teilung bevorzugt werden, so sollten wir uns zunächst einmal trennen und versuchen — sobald wir die getrennten Verhältnisse klargelegt haben —, uns zu einer freiwilligen Zusammenarbeit einzufinden, um die autonomen Belange der beiden Provinzen, wo ein gemeinsames Vorgehen notwendig ist, auch gemeinsam zu vertreten!

Neben dieser neuen Forderung der Sozialdemokraten der Provinz Bozen kann noch ein anderer Grund — und ich glaube, es ist der Hauptgrund — zu dieser Verhär-

tung der Lage und der Verhältnisse geführt haben. Ich erachte es als einen Fortschritt der Sozialdemokraten der Provinz Bozen, wenn sie unseren Forderungen näher kommen. Jedoch wäre es, bevor man sich über ein Schlagwort einigt, notwendig, daß man sich auch über den Inhalt dieses Schlagwortes einigen könnte, um dann einen gemeinsamen Weg gehen zu können. Wir wären nämlich froh, wenn wir auch von seiten der italienischen Volksgruppe in Südtirol zur Erfüllung unseres Programmes Hilfe finden könnten, ohne daß die Vertreter der italienischen Volksgruppe befürchten müßten, die Südtiroler würden sie dann in Verzug setzen oder sie in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten entrichten.

Das aber, was die Verhältnisse bei uns noch weit mehr verhärtet hat, ist die Verzögerungspolitik der Zentralregierung bei der Durchführung dessen, was bereits für die Südtiroler oder für das Land Südtirol als gerecht anerkannt worden ist. Man hat in der Neunzehnerkommission verschiedene Eingaben gefunden. Man sagt jetzt, die Neunzehnerkommission sei eine Studienkommission gewesen; was dort vereinbart wurde, das sei für die Regierung noch lange nicht verbindlich! Die maßgeblichsten Regierungsvertreter erklären heute, daß Italien ein gutes Gewissen habe, daß man überzeugt sei, der Pariser Vertrag sei erfüllt, daß man die Zugeständnisse, die man den Südtirolern weiterhin mache, nur als interne Konzession vornehmen wolle, und man sagt auch, dies solle mit dem besten Willen geschehen. Mit dem guten Willen in Rom, der ständig gepredigt wird, werden in Südtirol die Verhältnisse nicht gebessert, wenn nicht wenigstens einmal konkrete Beweise geliefert werden, daß man etwas tut. Und hiefür könnte man

fürwahr konkrete Beweise liefern in Dingen, die nicht unbedingt mit tektonischen Verschiebungen in den Verfassungsgesetzen verbunden sind. Es gäbe so viele Möglichkeiten des Entgegenkommens, wo die Regierung, sogar ohne das Parlament interpellieren zu müssen, gewisse Mißstände abschaffen könnte, die das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol vergiften. Hier müßte man sagen: Wenn ein Wille da ist, dann darf man ihn nicht hinter der Schwierigkeit der Änderung von Verfassungsgesetzen verstecken, sondern man soll ihn in konkreten Maßnahmen, auch wenn sie zunächst einmal nicht vollständig sind, wenigstens beweisen. Und diese Beweise fehlen schon, seit wir uns in der Neunzehnerkommission zusammengesetzt haben. Ich glaube, daß dieses Aufschieben von Maßnahmen, dieses ständige Hinauszögern mit Versprechungen, mit der Zeit zu einer Art von Unglauben, von Mißtrauen führen, das uns allen von Nachteil sein wird — uns Südtirolern und den Italienern in Südtirol — und das das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol bestimmt nicht fördern wird. Jeder, der in das Feuer blasen will, wird ständig beweisen können, daß man eingeräumte Rechte schmälert. Auch was uns einmal eingeräumt wurde, ist nicht sicher, auch wenn es in Verfassungsgesetzen verankert ist, denn über Durchführungsverordnungen kommt es dann wiederum zur ratenweisen Streichung von Rechten, die man als klar vermutet hat.

Hier möchte ich zu einer recht treffenden Äußerung des Regionalratsabgeordneten Odorizzi kommen. Er hat gesagt: « Jetzt sind eigentlich die Verteilungen der Befugnisse recht klug erfolgt. Die Südtiroler haben in ihrem eigenen Kompetenzbereich die Wahrung und den Schutz der ideellen Werte, die zu ihrem Volkstum gehören und die ihr

Volkstum ausmachen. Die wirtschaftlichen Befugnisse sind schwerpunktmäßig in der Region verankert und so ist tatsächlich in wenigen Worten die Zuteilung der Befugnisse definiert. » Allerdings, wenn wir die ideellen Werte schützen wollen, dann braucht es dazu auch Befugnisse materieller Natur. Und nun komme ich zum Vorwurf, den uns der Herr Regionalratsabgeordnete Odorizzi gemacht hat. Er hat gesagt: « Ihr Südtiroler habt die Regionalregierung zu einem Zeitpunkt verlassen, als es gar nicht darum gegangen ist, daß die Region euch unrecht getan hat, sondern als ihr mit der Regierung über die Durchführungsbestimmungen zum Volkswohnbau nicht eins geworden seid. Nicht die Region, sondern der Staat ist daran schuld, daß ihr aus der Regionalregierung ausgetreten seid! » Nach außen könnte diese Begründung geradezu als ein Versuch erscheinen, unsere Seite in Verzug zu setzen. Und nun kommen wir hier auf die Substanz: Zum Schutze der ideellen Werte in Südtirol, zum Schutze des Volkscharakters, auch gegen Assimilierung und gegen Übervölkerung, sind alle jene Maßnahmen in den Kompetenzbereich der Provinz zu bringen, die eine künstliche Zuwanderung von Arbeitskräften aus anderen Provinzen dämmen sollten. Ein wichtiger Kanal, mit welchem diese Zuwanderung geförderet wurde, war der Volkswohnbau. Es ging darum, daß wir unsere Kompetenz nach dem Statut auf dem Sektor Volkswohnbau in echter Form ausüben können. Es wurde dann hinsichtlich der Durchführungsbestimmungen auf diesem Sektor herumgestritten. Dort, wo man mit der Zentralregierung über das Autonomiestatut verhandelt, hat nicht der Präsident des Landesausschusses das maßgebliche Wort im Ministerrat und anderswo zu sagen, sondern der Präsident des Regionalausschusses

vertritt dort auch die Belange der Provinzautonomie, so wie sie heute ist — und dort hat es die Auseinandersetzung gegeben. Wollen wir uns doch daran erinnern! War es denn nicht so, daß die Südtiroler mit dem Regierungsentwurf über die Durchführungsbestimmungen nicht einverstanden sein konnten? Und die Südtiroler haben auch die Begründung dafür gegeben, warum sie nicht einverstanden sein konnten. Der damalige Regionalausschußpräsident war berufen, mit der Regierung die Belange auf dem Sektor des Volkswohnbaus im Sinne Südtirols wahrzunehmen. Wir waren der Auffassung, daß der Präsident des Regionalausschusses die Interessen der Südtiroler betreffend den Volkswohnbau nicht entsprechend wahrgenommen hat. Deswegen sind wir damals von der Regionalregierung ausgetreten. Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Einsatz der Region und der Wahrung der ideellen Werte für die Südtiroler, damit sich die Südtiroler in ihrem Bestande gesichert fühlen können. Und der Volkswohnbau, mit dem von seiten des Staates die Zuwanderung gefördert werden konnte, war auch die Ursache, weshalb die Südtiroler sich damals zur großen Kundgebung in Sigmundskron getroffen haben. Soweit wenigstens gehen meine Erinnerungen zurück. Es kann sein, daß die eine oder andere Lücke dabei ist, aber ich bin der Meinung, daß ich nicht sehr weit von der Wirklichkeit entfernt bin. Jedenfalls gehört zur Wahrung der ideellen Werte auch die entsprechende Möglichkeit der Absicherung gegenüber jenen Gefahren, die uns in unserem Volkstum schädigen könnten. Über die Einräumung der Befugnisse zur Wahrung der Werte auf kultureller Ebene hat bereits Kollege Zelger gestern gesprochen.

Auch die Wirtschaft ist wichtig, um diese ideellen Werte, die wir zu wahren beabsichtigen, hüten und geradezu verbessern zu können. Die Industrie beispielsweise, wenn sie nicht von uns in der Lenkung maßgeblich beeinflußt werden kann, kann immer eine Möglichkeit bieten, um Zuzügler neu zu beschäftigen, während unsere Bauernkinder trotz guter Berufsausbildung sich außerhalb ihrer Heimat Existenz und Brot suchen müssen. Man sagt uns aber nach — mit Unrecht, und wir können auch Beweise dafür liefern —, daß die Südtiroler gegen die Industrialisierung sind. Wir haben uns anlässlich der Diskussion des letzten Gesetzentwurfes über die Förderung der Industrien, die ungesunde Abgase entwickeln, ausgesprochen. Aus dem damaligen Verhalten leitet man nun ab, daß für die Arbeitslosigkeit und für das Nichtweiterkommen der Industrialisierung in Südtirol die Südtiroler Volkspartei die Schuld hätte, jene Partei, die keinerlei Kompetenz auf dem Sektor der Industrialisierung hat. Nun mobilisiert man in Südtirol Gewerkschaften von der roten bis zur christlichen, um gegen die Entlassungen bei der Lancia, gegen die Erscheinungsformen der Wirtschaftskrise zu protestieren, und man versucht mit diesen künstlich heraufbeschworenen Protesten der Südtiroler Volkspartei die Schuld für die wirtschaftlich nachteilige Lage Südtirols auf industrialem Sektor in die Schuhe zu schieben. Man will dabei die Schuld, welche der Wirtschaftskrise in Italien zugrundeliegt, anderswohin verlagern.

Interessant ist es, daß man uns gerade auf dem Sektor der Industrie und der Arbeitsvermittlung so ungern ein Mitspracherecht und eine Kompetenz einräumt. Interessant ist es auch, daß der Verfassungsgerichtshof in einer Auseinandersetzung über den Volks-

wohnbau seine negative Haltung zum Landesgesetz mit der Begründung « aus nationalen Interessen » versehen mußte. Aus nationalen Interessen müssen die und die Bestimmungen des Gesetzes abgeändert bzw. gestrichen werden. Unsere große Sorge liegt darin, daß man mit einer Lenkung, die wir nicht beeinflussen können, von Wirtschaftssektoren, die wir benötigen, um unsere freien Kräfte im eigenen Lande beschäftigen zu können, Maßnahmen trifft, um uns auch in der Wahrung unserer ideellen Werte in Verzug zu setzen. Wir sind der Meinung, daß es sehr angebracht ist, wenn wir zur Wahrung der ideellen Werte maßgebliche Erziehungsaufgaben erfüllen. Und diese Erziehungsaufgaben gehen nicht nur über die Schule, die Familie und die Kirche; zu diesen Erziehungsaufgaben sind wir politische Vertreter auch berufen.

Was haben wir heute für eine Lage in unserer Gesellschaft? Haben wir im Laufe dieser Tätigkeit in der Region und im Lande mehr Zufriedenheit oder mehr Unzufriedenheit geschaffen? Wir müssen uns auch einmal diese Rechnung vorlegen. Denn die Moral des Bürgers, die Haltung der Bürgers ist maßgeblich für ein gutes oder weniger gutes gesellschaftliches Zusammenleben, nicht zuletzt auch für ein Sich-Verstehen zwischen den Volksgruppen. Und meines Dafürhaltens ist es um diese Bürgermoral sehr schlecht bestellt. In Südtirol war es nicht immer so. In Südtirol konnte man in früheren Zeiten, wenn einem ein Ansuchen um irgendeine Intervention von öffentlicher Hand auf den Tisch kam, glauben, daß die Angaben der Wirklichkeit entsprachen. Heute — welches mögen wohl die Gründe sein? — kann man auch den Angaben der Südtiroler in ihren Bewerbungen und Ansuchen nicht mehr glauben. Wir müssen deswegen allenthalben diese Angaben durch

eigene Techniker überprüfen lassen. Warum beklagt man sich dann wegen des Wachstums der Bürokratie und deren Riesenausgaben, wenn man dem Bürger oft nicht mehr glauben kann, wenn Überprüfungen vorgenommen werden müssen, damit die behördlichen Dienststellen gerecht verwalten können? Meines Dafürhaltens wäre es höchste Zeit, daß wir wieder das Bürgergewissen wachrütteln. Und das sollten nicht nur die Südtiroler tun, sondern auch die italienischen Vertreter der Provinz Bozen sind aufgerufen, in ihren Reihen etwas in diesem Sinne zu tun. Wenn wir in unseren Gemeinschaften kein Bürgergewissen mehr haben, dann wird es fürwahr mit dem Zusammenleben zwischen den Volksgruppen arg bestellt sein. Ich möchte nicht soweit gehen, zu behaupten, daß aus diesem Zusammenleben Treue und Redlichkeit auf gewissen Sektoren schon weichen mußten.

Ich wollte noch kurz zu dem Bericht des Herrn Präsidenten des Regionalausschusses Stellung nehmen. Es ist für ihn sicher schwer, ein Programm aufzustellen, das ungefähr allen in diesem Regionalrate gefallen soll. Ich finde, daß es vielleicht richtig ist, in dieser Zeit der institutionellen Krise der Region Trentino-Südtirol nicht zu große und nicht zu viele Schritte zu tun, um weniger anzuecken. Meines Dafürhaltens sollte man weniger an Neuerungen auf regionaler Ebene denken, als vielmehr an die Verbesserung des bereits Bestehenden, und es läßt sich hier viel machen.

Einen großen Teil beispielsweise nimmt in diesem Berichte die Programmierung ein. Dabei spart der Herr Präsident des Regionalausschusses nicht damit, dem Landesausschuß Bozen bzw. der Südtiroler Volkspartei einige Schuld dafür zu geben, daß wir nicht weitergekommen sind, weil man sich hier über

Grundsätze noch nicht geeinigt hat, obwohl er von seiner Seite aus beweisen könne, alles mögliche getan zu haben, um die Region Trentino - Tiroler Etschland im Streit um die Programmierung gegenüber anderen Regionen und dem Staate nicht in Verzug zu bringen. Er hat seinem Berichte in dieser Hinsicht auch Schriftverkehr beigelegt. Ja, wir streiten uns hier um ein Fernziel und wissen nicht, daß wir viele Möglichkeiten hätten — auch wenn die Verhältnisse auf politischer Ebene in der Region so liegen, wie sie eben liegen —, um uns hier selber zwischen den Landesverwaltungen und der Region ein Programm zu geben. Denn mit der heutigen Organisation der behördlichen Dienste der Region und der Provinzen geben wir, glaube ich, kein gutes Beispiel dafür, daß wir diese Programmierung gut verstanden hätten. Meines Dafürhaltens wäre zuerst in unseren Reihen der Beweis zu liefern, daß wir in unseren eigenen Machtbefugnissen koordinieren und programmieren können. Denken wir dabei einmal an die Personalfrage in der Region! Ich glaube, es wäre ein Beweis des guten Willens seitens der Region, wenn einmal die höchsten Stellen gewisser Ämter der Landwirtschaft und des Forstwesens in der Provinz Bozen auch von deutschen Beamten besetzt werden könnten, die dazu die Eignung nachweisen. Gerade die Landwirtschaft und das Forstwesen in Südtirol beziehen sich ausschließlich auf die deutsche Bevölkerung. Wäre es zuviel verlangt, wenn die Leiter dieser regionalen Ämter Südtiroler wären, wobei aber absolut nicht gesagt werden soll, daß die jetzigen Leiter nicht gut sind. Ich glaube, man könnte Wege finden, um diese Leiter nicht herabzusetzen und trotzdem diese für die Landwirtschaft und die Forste der Provinz Bozen so wichtigen Positionen einmal Südtiroler Regionalbeamten einzuräumen.

Diesen Wunsch haben wird bereits siet geraumer Zeit geäußert — leider bis jetzt umsonst. Vielleicht ist der gute Wille da; möge man ihn wenigstens auf regionaler Ebene verwirklichen, um zu beweisen, daß wir hier trotzdem noch in einem günstigeren Klima leben, als in Rom bei der jetzigen Regierungszusammensetzung.

Ich habe schon Gelegenheit gehabt, einiges über das Forstpersonal in Südtirol — ich wollte mich da weniger auf das Trentino erstrecken — zu sagen. Nach meinem Dafürhalten ist das Personal des Assessorats für Forst- und alpine Wirtschaft deswegen für uns so interessant, weil es eigentlich die Aufgabe hat, den Bergbauern beizustehen. Die Bergbauern sollten also durch dieses Assessorat bzw. durch dessen Personal, das verhältnismäßig zahlreich ist, betreut und beraten werden: dieses Personal sollte nicht einfachhin Polizeidienste leisten. Gewiß, es ist einfacher, befehlen zu können; es ist ganz angenehm, eine Uniform zu tragen und den großen Mann zu spielen, um mit der Uniform oft das aufzuwiegen, was im Kopfe nicht drin ist. Die Forstbehörden sollen aber nach meinem Dafürhalten die Betreuer und die Berater der Bergbauern werden.

Es ist erfreulich festzustellen, daß sich das Regionalassessorat für alpine Wirtschaft und Forste endlich aufgeschwungen hat, sich mehr mit der Almwirtschaft zu beschäftigen. Ich kann auch sagen, daß die Landesverwaltung die Almstatistik durch einen Sonderbeauftragten bereits weitgehend richtiggestellt hat. Die Landesverwaltung ist gerne bereit, wenn einmal ein entsprechendes Alminspektorat eingerichtet ist, diese Statistiken sofort zu übergeben, um eventuelle Maßnahmen, die auf dem Sektor Almwirtschaft dringendst notwendig sind, zu beschleunigen. Überprüfen

Sie unsere Statistiken auf die Richtigkeit! Wir geben sie Ihnen, aber wir bitten darum, daß auf dem Sektor Almwirtschaft endlich angemessen gearbeitet wird.

Wir sind auch über die Absicht der Region, neues Forstpersonal aufzunehmen, erfreut. Wir sagen aber, daß das Forstpersonal nicht jene Aufgaben wahrnimmt, die zur Stützung der Bergbauern notwendig wären, daß das Forstpersonal keinen Beratungs- und Betreuungsdienst für die Bergbauern vornimmt. Es ist in letzter Zeit nichts mehr über jenen Wettbewerb gesagt worden, der seit Anno dazumal schon hätte ausgeschrieben werden sollen, um deutsche regionale untere Forstorgane in Südtirol einzustellen. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, daß wir über die Polizeimaßnahmen hinausgehen, daß das Forstpersonal wenigstens denjenigen versteht, den es zu beraten hat: den Bergbauern. Deswegen muß das Forstpersonal in Südtirol, wenn es schon nicht hundertprozentig der deutschen Volksgruppe angehört, wenigstens so der deutschen Sprache mächtig sein, daß dem Bergbauern der Beratungs- und Betreuungsdienst in der Muttersprache gewährleistet werden kann. Ich weiß, daß Bestrebungen im Gange sind, um das doppelsprachige Personal nach Trient zu versetzen und dafür deutsches aufzunehmen. In Südtirol wartet man seit längster Zeit auf diese vor zwei Jahren angedeuteten Wettbewerbe zur Einstellung deutschen Forstpersonals in den regionalen Dienst. Ich habe mich hier eingeschaltet, weil ich mir der Dringlichkeit dieser Einstellung bewußt bin, und ich habe auch dem zuständigen Assessor eine Resolution zur Kenntnis gebracht, die am 30. Mai vorigen Jahres in einer Absolvententagung der Schüler von Dietenheim getroffen wurde. Ich bekam vom Regionalassessor am 23. Juni eine

positive Antwort, man würde nun alles tun, um diese Wettbewerbe zu beschleunigen, aber der Rechnungshof sei in dieser Hinsicht eine Bremse. Ich habe dann festgestellt, daß hier wesentliche Unterschiede zwischen der Provinz Trient und der Provinz Bozen im Bedarf an Personal bestehen und habe dann mit dem Herrn Regionalassessor einen Schriftverkehr geführt, in dem ich im November 1965 zu bestimmten Mitteilungen, die ich bekommen hatte und die meiner Meinung nach nicht im Interesse der Südtiroler waren, Stellung genommen habe. Am 22. November 1965 habe ich dem Assessor das letzte Mal meine Auffassung hinsichtlich der Wettbewerbe mitgeteilt, nachdem man mir zugesichert hatte, daß sie im Laufe des Jahres 1965 sicher stattfinden würden. Wir haben uns über den Proporz nicht einigen können. Ab 16.12.1965 habe ich dann den Schriftverkehr unterlassen, denn nach meinem Dafürhalten waren die Artikel klar. Es geht hier um wenige Leute: Auf eine Zahl von 56 Südtirolern kämen 3-4 Leute mehr, als aus der Rechnung hier herausgekommen ist. Ich habe hier die Ansetzung des Proporzes nach den Artikeln 4 und 42 des regionalen Personalgesetzes vom 23. Januar 1964 Nr. 3 gewünscht. Im Art. 4 heißt es: « Ai fini dell'osservanza della proporzione etnica si deve tener conto anche dei posti occupati dal personale comandato. » Und nun sofort die Ausnahme: « Si può presindere dal riferimento al rapporto di consistenza dei gruppi linguistici nell'assunzione degli operai giornalieri di cui alla legge regionale 31.12.1959, n. 22, nonchè nell'assunzione del personale addetto alla pulizia degli uffici. » Im Art 42 steht: « Il personale dello Stato e degli Enti locali, in servizio presso la Regione alla data 1 gennaio 1963, in posizione di comando a sensi della legge regionale

7.9.1958, n. 23, è da considerarsi in soprannumero con effetto dalla data medesima.» Wir haben es also im Art. 42 mit « personale comandato » zu tun, und der Art. 4 sagt auch, das kommandierte Personal hat hier mitgerechnet zu werden. Ich weiß, daß es sich hier um ca. 42 Personen handelt. Aber hier behauptet der Regionalassessor, daß dieses kommandierte überzählige Personal nicht im ethnischen Proporz eingerechnet zu werden braucht, weil dieses Personal sowieso im Laufe der Zeit ausscheidet. Wir könnten es aber sicherlich einberechnen. Und was wäre in Gottes Namen für ein Verbrechen geschehen, wenn wir einmal durch Ausscheidung von nicht optierendem Staatspersonal einen Proporz bekämen, der etwas zugunsten der Südtiroler wäre? Würde da der Himmel herunterfallen? Das glaube ich nun wirklich nicht. Hier beginnt man mit der Apothekerwaage zu wägen, währenddem man aber im Art. 4 die Ausnahme hinsichtlich des unteren Dienstpersonals ohne weiteres einräumt, denn dieses ist in Trient und es besteht keine Gefahr, daß sich hier Südtiroler mitbewerben. Es ist ärgerlich zu sehen, mit welcher Genauigkeit die Apothekerwaage angewendet wird, wenn es einmal möglich wäre, einem, zwei oder drei Südtirolern, die sich gerne um diese Stellen bewerben würden, diese Stellen zu geben. Es geht um kleine Fische. Ja. Aber aus diesen kleinen Fischen kann man dann weitere Schlüsse ziehen. Das wollte ich also sagen, um aufzuzeigen, welche Möglichkeiten auf regionaler Ebene bestehen, um die schon trüben Brunnen nicht weiter zu vergiften. Ich erkläre mich bereit, Herr Assessor, beim Rechnungshof zu intervenieren, um durchzusetzen, daß der Art. 4 so ausgelegt wird, wie ich es getan habe. Ich habe bereits gute Aussichten, um diese Auslegung so durchzusetzen, daß

auch die « in soprannumero » gelten und im Proporz mitgezählt werden. Die kleinlichen Machenschaften, um den Deutschen möglichst keinen Vorteil einzuräumen, vergiften die Brunnen.

Ich habe dann noch etwas mitzuteilen, was mir eigentlich sehr gefallen hat. Der Bericht des Finanzassessors ist außerordentlich interessant. Ich komme hier wiederum auf das so wichtige Assessorat für alpine Wirtschaft zu sprechen, weil ich der Auffassung bin, daß die Bergbauern heute die sozial bedürftigste Schichte sind. In diesem Bericht steht nun auf Seite 37 ein sehr schöner Satz, den ich mir eigens unterstrichen habe: «Economia montana e foreste - Ci si sforza quindi d' incoraggiare il mantenimento di unità lavoratrici nell'azienda di montagna, assicurando ad esse possibilità di impiego nei periodi di sfasamento e di minor intensità dei lavori agricoli, attraverso una politica programmata dei lavori forestali. » Man will also bestrebt sein, unterbeschäftigte Angehörige von Bergbauernfamilien mit zusätzlicher Arbeit in den Berggebieten voll zu beschäftigen. Ich muß sagen, dieses Vorhaben befürworte ich hundertprozentig. Nun, was ist indessen getan worden? Ich darf hier auf eine besondere Frage zurückkommen, die gerade das eine mit dem anderen verquicken könnte. Es ist die Frage des Güterwegebaues. Wir wissen, daß wir die Bergbauern nur dann erhalten können, wenn wir ihnen durch Verbindungen zu den Hauptverkehrsadern die Möglichkeit bieten, mit dem Markt in Verbindung zu treten. Und hier lese ich mit großer Bewunderung, daß im Jahre 1965 24.787 km Forststraßen gebaut worden sind, « oltre a quelle eseguite con il contributo dell'amministrazione regionale. » Ich weiß, daß wir auf diesem Gebiete, gerade was die Provinz Bozen betrifft, arg im

Verzug sind. Und ich möchte hier den Herrn Assessor für alpine Wirtschaft um eine Aufschlüsselung dieser 24.787 km Wege bitten.

Interruzione.

BRUGGER (S.V.P.): Ach so, das ist geändert worden. Dann bitte ich um Entschuldigung, denn ich war hier einfach frappiert. Aber deswegen wollte ich auch eine Aufschlüsselung haben, denn mir war einfach nicht klar, wo diese vielen Straßen zu finden wären, denn in Südtirol sind sie sicherlich nicht. Aber im Bestreben, in Südtirol das Güterwegenetz besser auszubauen und die Belastungen für diesen Ausbau nicht einzig und allein der Region aufzubürden, habe ich mir auch erlaubt, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

In der Provinz Bozen gab es ein Konsortium für Aufforstung, das mit Dekret des Staatspräsidenten aufgelöst wurde, weil es geheißen hat, daß das Landwirtschaftsministerium nicht mehr zuständig sei. Diese Auflösung ist bereits vor langer Zeit erfolgt; schon zu einer Zeit, als die Provinz Bozen noch 8 Millionen Lire gegeben hat, hat der Staat hier nichts mehr getan. Und nachdem die Kompetenz an die Region übergegangen ist, nahm ich an, daß sich die Region anstelle des Staates setze, um zusammen mit den Geldmitteln der Provinz Maßnahmen zu treffen, die in ihrem eigentlichen Aufgabenbereich liegen würden. Man sollte also diese Institution wieder ins Leben rufen, um mit dem Geld der Region und der Provinz möglichst viele Erfolge zu erzielen, insbesondere auch, weil die bürokratischen Maßnahmen in diesem Konsortium sehr einfach waren. So schrieb ich bereits am 4. März 1964 eine Brief an den damaligen Regionalassessor, um zu ersuchen, daß dieses Konsortium wieder erstellt werde. Ich

bekam keine Antwort. Inzwischen haben wir in Südtirol neue Erhebungen gepflogen und Studien vorgenommen, aus denen wir die Auffassung gewonnen haben, daß man über dieses wieder zu gründende Konsortium auf verhältnismäßig einfachem bürokratischem Wege — denn die Bürokratie ist der größte Hemmschuh — das Güterwegenetz in Südtirol ausbauen könnte. Dazu wäre eine kleine Änderung des Statutes dieses Konsortiums notwendig, nach der das Konsortium — die « migliorie boschive » im alten Statut wären dafür schon ein entsprechender Ansatz — in erster Linie Aufgaben des Güterwegebaues übernehmen könnte. Mit Geldmitteln der Region und des Landes wird das Konsortium finanziert. Ich habe mir dabei erlaubt, am 4. August 1965 Vorschläge zu unterbreiten und habe mich bemüht, diese Vorschläge in italienischer Fassung vorzulegen. Ich bekam am 11. August 1965 eine nicht ganz befriedigende Antwort, worin der Regionalassessor erklärte: « Ich betrachte das Problem als ein sehr großes in seinen Ausmaßen und als sehr schwer zu lösen, weil es rechtliche und finanzielle Verwicklungen nach sich zieht. » Ich sehe aber gar keine Komplikationen. Ich habe mich bereit erklärt mitzuhelpen, um die Statuten bzw. die rechtlichen Grundsätze zu diesem Konsortium auszuarbeiten. Man war einverstanden damit — aber nun kommt der Schlußsatz, der nicht auf meinen Vorschlag eingeht: « Ich habe bereits Anweisungen gegeben, daß, sobald ein grundsätzlicher rechtlich-finanzialer Entwurf für eine dem Regionalrat zu unterbreitende Gesetzesmaßnahme ausgearbeitet ist, der Direktor der Forstdienste bei Ihnen vorsprechen soll, um für diesen Entwurf Ihre in so freundlicher Weise angebotene Mitarbeit zu nutzen, die ich als außerordentlich nützlich und wertvoll halte. » Ich

warte seit dem 11. August um Verbindungnahme, denn ich wäre sehr froh, wenn wir die in meinen Schreiben vom 4. August 1965 vorgeschlagenen Ideen verwirklichen könnten. Man darf hier nun nicht sagen, daß wir nicht auch auf Verwaltungsebene versuchen, die Initiative zu ergreifen, sondern man muß hier einfach bemängeln, daß wir nach Programmierung schreien und nicht imstande sind, in den eigenen Reihen die Dinge zu koordinieren.

Nun noch etwas. Ich will sie mit der Wildbachverbauung, mit dem ewigen Kehrreim, nicht länger ärgern und aufhalten. Aber im Namen dieses Programmes, das Sie hier angekündigt haben, mußte ich Sie in aller Form ersuchen, auch auf dem Sektor Wildbachverbauung dafür zu sorgen, daß für die Kinder unserer Bergbauern kontinuierliche Arbeit in ihren Gebieten geschaffen werde. Ich habe mir hier eine Aufschlüsselung der im Laufe der Jahre 1958 bis 1965 in Südtirol jährlich vorgenommenen Arbeitsschichten geben lassen. Und diese Aufschlüsselung lautet folgendermaßen: im Jahre 1958 91.700 Arbeitsschichten, im Jahre 1965 43.400. Hier gehen meines Dafürhaltens unsere Interessen zum Schutze des Landes mit Ihren Interessen zur Schaffung von Arbeitsstätten für die Berggebiete hunderprozentig konform — nur, daß man auf Grund der Zahlen feststellen muß, daß wir auf die Hälfte der im Jahre 1958 durchgeföhrten Leistungen zurückgesunken sind. Ich will Sie hinsichtlich der Geldmittel, die für die Wildbachverbauung vorgesehen sein sollen, nicht besonders befragen. Ich möchte Sie nur bitten, uns in Ihrer Antwort eine Aufstellung für das laufende Jahr zu geben und will hoffen, daß in diesen Aufstellungen nicht Beträge aufscheinen, die versprochen, aber nicht ausbezahlt wurden und sich deswegen drei Jahre lang in den Bilanzen wie-

derholen, so daß man zum Trugschluß gelangen könnte, daß diese Beträge dreimal gegeben worden sind, sondern es ist dreimal der selbe Betrag, der aber dann nur einmal ausgegeben wird. Ich bitte, darüber Klarheit schaffen zu wollen, denn ich habe diese Zahlen mehrfach durchgesehen und feststellen können, daß man mit jenen Geldern schon vor zwei Jahren hätte arbeiten sollen, die heute noch nicht da sind, aber immer wieder aufscheinen.

In der roten Beilage, die wir bekommen haben: «Consuntivo degli impegni assunti a carico dello stato di previsione» usw. habe ich etwas geradezu Bewundernswertes gefunden, und zwar unter Kap. 140. Darin heißt es, daß diese Geldmittel nur für die Bodenverbesserungskonsortien des Staates Verwendung finden könnten. Sie haben es erreicht, daß diese Geldmittel auch für die regionalen Konsortien verwendet werden konnten, und tatsächlich sind im Jahre 1965 aus diesem Kapitel 47 Millionen in Südtirol zur Verwendung gekommen. Ich muß Ihnen an dieser Stelle trotz der verschiedenen Angriffe, die ich gestartet habe, meine Anerkennung zur Verwirklichung dieser Möglichkeit aussprechen. Ich möchte sie nur noch um eines bitten: daß Sie uns aus den 438 Millionen der «stanziamenti esercizi precedenti non impegnati» angemessen berücksichtigen, denn laut meinen Unterlagen habe ich eine solche Berücksichtigung leider nicht finden können. Da Sie aber den Weg gebahnt haben, diese Gelder auch für die Konsortien der Region einzusetzen, bitte ich Sie dringendst, hier großzügig zu sein und nicht auf Grund von alten vielleicht übertriebenen Versprechungen dringende Notwendigkeit zu vernachlässigen.

Gehen wir aber nun in diesem Bericht, für den ich sehr danke, zur Aufschlüsselung

der Gelder nach Provinzen über! Es stellt sich heraus, daß Bozen 849 Millionen und Trient 881 Millionen für die gesamten Maßnahmen des Assessorates bekommen soll. Ich muß hier interessanterweise allerdings feststellen, daß das Kap. 138 in der Provinz Bozen sehr hoch, in der Provinz Trient hingegen verhältnismäßig bescheiden geblieben ist. Und dieses Kapitel bezieht sich hauptsächlich, soviel ich weiß, auf Güterwege. Ich wäre sehr dankbar, wenn man hier noch mehr in diesem Sinne leisten könnte.

Ich glaube, daß ich es mir ersparen kann, auf die übrigen Unterlagen einzugehen; ich möchte nur noch auf eines aufmerksam machen, wobei ich bitte, nicht beleidigt zu sein. Wir befinden uns bei der Durchführung des Programmes der Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte im Berggebiete. Und diese Vollbeschäftigung wird zum Teil auch in Südtirol angestrebt, indem die Demanialforste, wie am Latemar, für Schlägerung und Bringung an Südtiroler Arbeiter vergeben werden, während die Sägereiarbeiten dann von den Regionalbediensteten vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang wollte ich den Regionalassessor mit einem kleinen Schreiben einmal auf eine mir unerklärliche Differenz aufmerksam machen. Da stellte sich nämlich heraus, daß ein bestimmtes Quantum, im Walde gemessen — um die Holzarbeiter zu bezahlen — soundso viel ausmachte, dasselbe Quantum aber, im Sägewerk gemessen, auf einmal 320 m³ mehr ergab!

Interruzione.

BRUGGER (S.V.P.): Ja, Sie haben es erklärt! Nur, daß ich diese Erklärung jetzt nicht annehme: denn es ist dann folgendes Argument vorgetragen worden. Die Regionalbeamten messen etwas knapp, um der Regio-

nalverwaltung gegenüber einen größeren Ertrag durch die Verarbeitung ausweisen zu können. So steht es hier: « Tale differenza positiva nei riguardi della seconda misurazione risultava su un quantitativo globale di m³ 2.668, era pari cioè al 12% della massa originariamente misurata. Tale risultato confrontava due misurazioni fatte da persone diverse . . . » usw. Und Sie sagen, daß man hier versucht, möglichst knapp zu messen, um einen möglichst großen Ertrag zu haben. Angenommen! Nicht, daß ich etwa sagen möchte, daß hier Unregelmäßigkeiten passieren, daß man hier durch eine verschiedene Messung versucht, irgendwelche Manipulationen vorzunehmen — ganz und gar nicht! Nur eines tut mir leid: daß man bei diesem Vorgehen die Demanialverwaltung auf Kosten der Arbeitslöhne gute Figur machen läßt. Welches Maß ist richtig? Sie geben in diesem Brief zu, daß gegenüber den Arbeitern gedrückt wurde. Sie geben zu, daß bei großzügiger Messung eine Differenz herauskommen kann. Muß denn diese Differenz ausgerechnet auf Kosten der Arbeiter gehen? Ich glaube, eine Mittel linksregierung der Region sollte das nicht dulden.

Nun glaube ich, so im großen und ganzen auf einige Dinge aufmerksam gemacht zu haben, an denen wir noch einige Verbesserungen vornehmen könnten. Bevor wir die Programmierung auf Staatsebene erstreben, sollten wir in unseren Reihen Ordnung schaffen, sollten wir versuchen zu koordinieren! Es muß nicht ein Zusammenarbeiten sein, es kann auch nur ein Koordinieren und ein richtiges Einsetzen der Kräfte sein. Bleiben wir bei unserem Programm! Ich bin einverstanden, wenn man neben der Ausbildung der bergbäuerlichen Bevölkerung, die ich als ersten Punkt setze, versucht, mit allen möglichen Mitteln zusätzliche Arbeit an Ort und

Stelle zu schaffen. Und verwirklichen Sie Ihren Grundsatz! Ich werde Ihnen dabei bestimmt nicht hinderlich, sondern wo ich kann nur förderlich sein. Verwirklichen wir den forcierten Ausbau des Güterwegenetzes! Denn mit dem Güterwegenetz erschließen wir die Bergbauerngebiete und bringen die Bergbauern dem Markte näher, auf den auch der Bergbauer angewiesen ist. Fördern wird auch im Berggebiete die Beregnungsanlagen! Versuchen wir, alle möglichen Maßnahmen zur freiwilligen Zusammenlegung von Grundstücken zu fördern, und zwar in erster Linie in dem Sinne, daß die Region die Vertragsspesen und Steuern selbst übernimmt, damit nicht Maßnahmen auf freiwilliger Ebene aus Furcht vor den notwendigen Vertragsspesen und Steuern gedrosselt werden. Aber auf alle Fälle: Aufstockung eher nicht. Denn wir sind auch der Überzeugung, daß wir im Berggebiete Kleinbauernfamilien erhalten können, wenn wir Ihr Programm durchsetzen und diesen Kleinbauernfamilien Nebenerwerbsmöglichkeiten durch andere Wirtschaftszweige, besonders Fremdenverkehr, Industrie und Meliorationsarbeiten im Berggebiete schaffen. Etwas, was aber nicht vergessen werden darf, ist die Beratung. In dieser Hinsicht müßte das Forstpersonal, das die Betreuung der Bergbauern übernommen hat, ganz anders als bisher eingesetzt werden.

Ich weiß, daß ich sie jetzt zu lange aufgehalten habe, aber ich glaube auch nicht unkonkret und phantastisch gewesen zu sein. Ich bin auch bereit, noch weitere Beweise dafür vorzulegen, daß die Koordinierung der Kräfte krankt. Ich behalte mir deshalb vor, entweder vor Abschluß der Generaldebatte oder bei den einzelnen Kapiteln noch auf einige weitere Fragen zu sprechen zu kommen, die das Forst- und Landwirtschaftsassessorat

betreffen. Hier sei mir nur die Gelegenheit gegeben, dem Landwirtschaftsassessor eine Anerkennung auszusprechen, weil es ihm, auch durch die Gunst des ehemaligen Landwirtschaftsministers Ferrari-Aggradi, gelungen ist, für die Unwetterschäden einen verhältnismäßig so hohen Betrag zu bekommen. Ich möchte auch dem Wunsche Ausdruck verleihen, daß die Zuteilung dieser Gelder dann zufriedstellender als sonst erfolgt. Ich befürchte, daß sich durch die Verzettelung der Kräfte zwischen Landwirtschafts- und Forstassessorat Fehler einschleichen könnten, die dann wieder eine Quelle der Unzufriedenheit ergeben würden. Seien Sie in der Zuteilung dieser Geldmittel konsequent und versuchen Sie, die Zuteilung einheitlich vorzunehmen!

(Volevo fare soltanto alcune osservazioni fondamentali sul clima che si è sviluppato qui in Consiglio regionale nel periodo intercorso fra il dibattito sul bilancio 1965 e quello sul bilancio 1966. Il rappresentante del PLI, Corsini, ha tentato allora di smorzare l'animosità fra i rappresentanti dei partiti del Consiglio, di trovare un modo per capirsi meglio in futuro, non soltanto sul piano umano ma anche su piano etnico-politico. Egli ha dato poi una spiegazione del termine « assimilazione », che non mostrava più traccia di quella durezza che alcuni anni fa conteneva. Purtroppo dobbiamo constatare che sono riaffiorate una certa rigidezza ed una certa durezza. Ricordiamo ancora le ragioni che ci hanno mossi allora a votare contro il bilancio, come anche la delusione procurataci dal rifiuto della coalizione governativa a venire incontro ad un nostro piccolo desiderio. Bisogna però ammettere ora che al rifiuto di allora, dovuto forse ad eccessiva stanchezza, è stato posto riparo nel corso del 1965 con una variazione al bilancio che

teneva conto dei desideri da noi allora esposti. Nonostante che siano state mantenute le promesse allora fatte, nell'attuale dibattito sul bilancio si è insediato un tono che fa pensare ad un peggioramento, piuttosto che ad un miglioramento, dell'atmosfera in Consiglio regionale.

Vorrei introdurre il mio intervento tornando su una definizione della signora dott. Menapace, definizione già commentata dal collega Zelger e che allora mi ha indotto a fare una dichiarazione ottimistica: il termine « integrazione » fra i gruppi etnici che devono convivere in Alto Adige. Credo che tale termine vada definito con estrema esattezza perché non sussistano più dubbi di sorta: noi abbiamo infatti messo in chiaro fin dallo inizio che i sudtirolesi non intendono venir assimilati ma conservare il loro patrimonio etnico nella loro terra. Ammetto che sia possibile interpretare il termine « integrazione » in modo che questo nostro volere conservi la sua legittimità. La discussione su questo termine non dovrebbe esaurirsi nella discussione generale sul bilancio regionale per il 1966: penso si tratti di una puntualizzazione che può contribuire a migliorare la convivenza dei gruppi etnici in Alto Adige o a chiarire diversi altri termini.

Spontaneamente vien fatto ora di chiedersi quale sia la causa dell'irrigidimento verificatosi nel corso del dibattito sul bilancio 1966: penso che una delle cause, e non l'ultima, sia la strada per cui si sono avviati i socialdemocratici in Alto Adige. Sembra che tale nuova via scorra parallela a quella auspicata dai rappresentanti della SVP e noi siamo in primo luogo, come ha già detto il capogruppo, piacevolmente sorpresi che una mano tesa ci venga proprio da questa parte del gruppo etnico italiano, che in altri tempi co-

noscevamo in tutt'altro atteggiamento. Soltanto non dobbiamo stupirci innanzitutto gradevolmente per il commento a certi slogan: forse con la frase « Los von Trient! » noi intendiamo tutt'altra cosa che il prof. Moliagnoni, che ha parlato come rappresentante del partito socialdemocratico. La signora Menapace ha cercato di commentare nelle sue dichiarazioni la situazione che i socialdemocratici con il motto « Los von Trient! » vorrebbero a Bolzano. Esistono sufficienti pezzi di appoggio per credere alle supposizioni della prof. Menapace. Da tutto l'atteggiamento dei rappresentanti socialdemocratici in Alto Adige non bisogna forse dedurre che essi vorrebbero riservate al gruppo etnico italiano le città, in cui i sudtirolesi sono in minoranza, mentre sono disposti a lasciar libere all'espansione economica dei sudtirolesi le zone montane, poco redditizie, e la campagna? Se così fosse noi sudtirolesi dovremmo fare delle obiezioni al contenuto di questo motto, ora comune ai due partiti: non possiamo infatti assolutamente rinunciare alle città, centri economici ed anche centro della nostra cultura. Se si vuole che i sudtirolesi mantengano la loro indipendenza non bisogna obbligarli a fondare nuove città, abbandonando al gruppo italiano Bolzano e Merano ed i loro antichi valori storici.

Dobbiamo applicare estrema prudenza nel riconoscere in uno slogan un possibile programma analogo od uguale; tale prudenza ci è imposta dai programmi già accennati o addirittura dichiarati ufficialmente da un autorevole rappresentante socialdemocratico, programmi che prevedono una divisione del territorio altoatesino in due zone separate ed autonome, zona montana e fondovalle. Le difficoltà, che il programma compreso nel motto « Los von Trient! » causerebbe, vanno meglio

chiarite anche fra gli italiani in Alto Adige. Logicamente vorremmo nel contempo mettere in rilievo che non siamo né siamo mai stati disposti a rinunciare alla nostra influenza nelle città. Al contrario, noi diamo grande importanza alla nostra indipendenza anche nelle città ed il favorire nelle nostre città misure di assimilazione fra sudtirolese ed italiani è incompatibile con la nostra politica. Credo però che non sia qui fuori posto un'osservazione sull'autonomia regionale per il solo Alto Adige. Noi questioniamo per delle competenze e crediamo necessario che non solo la Regione ma anche lo Stato cedano determinate facoltà alla Provincia per farne derivare quelle garanzie per i sudtirolese che essi a ragione desumono dalla Costituzione e dall'Accordo di Parigi. Può darsi che ci si assegnino diverse competenze, non soltanto della Regione ma anche dello Stato; ma quanto gioverebbero tali competenze alla maggioranza sudtirolese se nel nuovo Statuto di autonomia dovessero essere accolte garanzie tali da legare l'esercizio di queste competenze ad una piccola minoranza negli organi legislativi? Per quanto riguarda le richieste di garanzie ho le mie particolari preoccupazioni, pur sottponendo ad un esame più accurato l'atteggiamento di un autorevole rappresentante della DC altoatesina. Intendo qui l'atteggiamento dell'on. Berloff nella Commissione dei 19, in cui egli ha condizionato la sua approvazione all'inserimento di adeguate garanzie per il gruppo etnico italiano in Alto Adige. L'estensione di tali garanzie può render possibile un'amministrazione elastica con l'aggiunta di notevoli competenze; può però diventare anche una palla al piede che ci impedisce, o neutralizza con un ingiustificato diritto di voto, l'esercizio delle competenze legislative ed amministrative a noi concesse

dallo Statuto di autonomia. Credo che sarà bene mettere in chiaro ciò una volta per tutte. Vorremmo però osservare espressamente che il nostro slogan « Los von Trient! » — sia che lo si intenda in senso sostanziale, sia in senso formale — è completato dalla frase: « Autentica autonomia provinciale per il solo Alto Adige! ». Ed un'autentica autonomia provinciale deve permettere un elastico ed ordinato esercizio delle competenze concesse, possibilità che garanzie equivalenti ad un diritto di voto renderebbero aleatoria).

Interruzione.

(Vorrei poi commentare brevemente alcune osservazioni che trattavano l'origine della autonomia per il Trentino. Si è detto che Alcide De Gasperi, partendo dalle possibilità offerte dall'Accordo di Parigi, avrebbe tentato per via diplomatica di estendere l'autonomia al Trentino. Io non vorrei tornare qui sulle cause per cui anche il Trentino ha ricevuto un'autonomia. Senz'altro ci sono state ragioni sufficienti: noi ci troviamo comunque davanti al fatto che la Provincia di Trento gode della stessa autonomia dell'Alto Adige, sia su piano regionale che su piano provinciale. Noi non intendiamo assolutamente contestare ai trentini l'autonomia ed il Trentino non dovrà riportare danno dal fatto che noi rivendichiamo all'Alto Adige, per ragioni ormai chiare da un pezzo, una vera autonomia provinciale. Si è ormai dimostrato, ed io credo che su ciò siamo tutti d'accordo, che questa soluzione della questione autonomistica nella compagine regionale non è quella giusta per le province di Trento e di Bolzano. Che i trentini abbiano pure gli stessi diritti all'autonomia che abbiamo noi! Soltanto le due autonomie devono essere separate in modo che non

ci si debba rinfacciare a vicenda che i rappresentanti di una provincia possano favorire od osteggiare i rappresentanti dell'altra. La risposta data dal capogruppo dott. Volgger al rappresentante del PLI, prof. Corsini, mi sembra la più concisa e la più giusta che fosse possibile dare in questo dibattito. Se si è convinti che nell'ambito dell'autonomia regionale gli altoatesini siano favoriti, a scapito dei trentini, dalla divisione a metà dei fondi regionali, allora dovremmo prima di tutto dividerci e tentare poi — non appena siano state chiarite le condizioni separate — di riunirci in una collaborazione su base facoltativa per difendere insieme le esigenze autonome di entrambe le province, ogni volta che sia necessaria un'azione comune.

Oltre a queste nuove richieste dei socialdemocratici della provincia di Bolzano, si può citare un'altra causa — ed io credo che sia la causa prima — dell'inasprimento della situazione e dei rapporti. Considero un progresso il fatto che i socialdemocratici della provincia di Bolzano si siano avvicinati alle nostre ricendicazioni: prima però di accordarsi su uno slogan, sarebbe contenuto per poter poi battere la stessa strada. Noi saremmo infatti ben lieti di trovare un aiuto alla realizzazione del nostro programma anche nel gruppo etnico italiano in Alto Adige, senza che i suoi rappresentanti debbano temere che i sudtirolese li ostacolino poi o li privino dei loro diritti in campo economico o sociale.

Ciò che ha inasprito più di tutto i rapporti è stata però la politica dilatoria del Governo centrale nell'applicazione di quanto si è ormai riconosciuto spettare di diritto ai sudtirolese od alla provincia di Bolzano. Nella Commissione dei 19 ci si è accordati su diverse questioni. Ora si afferma che la com-

missione dei 19 è stata una commissione di studio: quanto è stato accordato in quella sede non costituirebbe un impegno per il Governo. I più influenti rappresentanti del Governo dichiarano oggi che l'Italia ha la coscienza pulita, che si è convinti di aver applicato l'Accordo di Parigi, che le concessioni che si continuano a fare ai sudtirolese si intendono considerare come concessioni interne; si dice anche che si agirà con la maggiore buona volontà. Con la buona volontà che Roma predica sempre, la situazione in Alto Adige non migliora, a meno che non si forniscano prove concrete di qualche attività. Le prove concrete si potrebbero proprio fornire ed esattamente in questioni non necessariamente collegate con rivolgimenti tectonici nelle leggi costituzionali. Le possibilità di venirci incontro sarebbero molte, il Governo potrebbe, senza neanche interpellare il Parlamento, eliminare alcuni inconvenienti che avvelenano la convivenza dei gruppi etnici in Alto Adige. Qui bisogna proprio dire che, se la buona volontà esiste, non bisogna dissimularla dietro le difficoltà di modificare delle leggi costituzionali ma dimostrarla almeno con provvedimenti concreti anche se all'inizio incompleti. Tali dimostrazioni mancano da quando ci siamo riuniti nella Commissione dei 19. Io sono persuaso che questo dilazionare i provvedimenti, questo continuo rimandare e promettere, porteranno col tempo ad una specie di incredulità, di sfiducia che andrà a detrimenti di tutti noi — tanto sudtirolese quanto italiani in Alto Adige — e che non sarà senz'altro un incoraggiamento alla convivenza dei gruppi etnici in Alto Adige. Chi vorrà soffiare sul fuoco sarà sempre in grado di dimostrare che i diritti ormai concessi si riducono a poco a poco. Neanche quanto ci è già stato concesso una volta è sicuro, anche

se ancorato in leggi costituzionali; con le norme di attuazione si arriva infatti a cancellare brano a brano quei diritti che si erano ormai considerati ovvii.

Ed ora vorrei passare ad una appropriatissima dichiarazione del consigliere regionale Odorizzi. Egli ha detto: « Ormai le facoltà sono state suddivise con molta intelligenza. I sudtirolese possiedono le competenze che permettono la salvaguardia e la tutela dei valori ideali appartenenti al loro carattere etnico e che questo carattere formano. Le facoltà economiche invece hanno il loro centro di gravità nella Regione e così in poche parole è definita la distribuzione delle facoltà ». Ma se noi vogliamo difendere i valori ideali ci sono necessarie anche facoltà di carattere materiale. Ed ora arrivo al rimprovero che ci ha rivolto il Consigliere Odorizzi: « Voi sudtirolese avete abbandonato il Governo regionale in un momento in cui non era la Regione a farvi torto, ma voi non eravate d'accordo con il Governo sulle norme di applicazione riguardanti l'edilizia popolare. Non è la Regione ma lo Stato la colpa del vostro ritiro dalla Giunta regionale! ». Per l'opinione pubblica, dare questa ragione del nostro operato è addirittura un tentativo di mettere dalla parte del torto il nostro partito. Ed ora passiamo alla sostanza: per proteggere i valori ideali in Alto Adige, per proteggere le caratteristiche etniche, anche contro l'assimilazione o contro la sovrappopolazione, vanno assegnati alla competenza della Provincia tutti quei provvedimenti che possano frenare un'immigrazione artificiale di maestranze da altre provincie nella nostra. Un importante stimolo a tale emigrazione era l'edilizia popolare. La questione era allora dunque che noi potessimo esercitare effettivamente le nostre competenze nel settore dell'edilizia popolare, come pre-

vede lo Statuto: sono sorte poi delle divergenze sulle norme di applicazione in questo settore. In ogni trattativa con il Governo centrale sullo Statuto di autonomia, non è il Presidente della Giunta provinciale che deve dire la parola decisiva nel Consiglio dei Ministri od altrove, ma è il Presidente della Giunta regionale a presentare anche le richieste dell'autonomia provinciale attuale, ed è proprio su questo punto che ci sono stati i contrasti. Ricordiamo pure tutta la faccenda! Potevano forse i sudtirolese essere d'accordo con il progetto governativo sulle norme di attuazione? Ed i sudtirolese hanno fornito anche le ragioni per cui non potevano essere d'accordo con il progetto. L'allora Presidente della Giunta regionale aveva il compito di sostenere presso il Governo i bisogni dell'Alto Adige nel campo dell'edilizia popolare. A parer nostro il Presidente della Giunta regionale non aveva difeso adeguatamente gli interessi dei sudtirolese nel settore dell'edilizia popolare e per questa ragione siamo usciti dalla Giunta regionale. Esiste un nesso fra l'impiegato della Regione e la tutela dei valori dei sudtirolese, in modo che questi ultimi sentano garantita la loro esistenza. E l'edilizia popolare, con cui lo Stato era in grado di incrementare l'immigrazione, è stata anche la causa per cui i sudtirolese si sono riuniti nella grande manifestazione di Castel Firmiano. Questo è almeno quanto ricordo io. Può essere che ci siano delle lacune, ma credo di non essere molto lontano dalla verità. Alla difesa dei valori ideali appartiene comunque anche la possibilità di tutelarsi contro quei pericoli che potrebbero pregiudicare il nostro carattere etnico. Sulla concessione delle facoltà necessarie alla tutela dei valori culturali ha già parlato ieri il collega Zelger.

Anche l'economia è importante al fine di salvaguardare ed addirittura migliorare tali valori ideali che intendiamo difendere. Per esempio l'industria, se non possiamo esercitare un influsso determinante sul suo orientamento, può sempre offrire una possibilità di occupare nuovi immigrati; nonostante una buona qualificazione professionale, i figli dei nostri contadini devono intanto cercare pane e lavoro lontano dalla loro terra. Si attribuisce ai sudtirolesi, e possiamo fornire prove che lo si fa a torto, un'ostilità per l'industrializzazione. Nel corso della discussione sull'ultimo disegno di legge abbiamo preso posizione sugli incrementi alle industrie che sviluppano fumo. Dal nostro atteggiamento di allora si vuol far descendere una colpa della SVP per la disoccupazione e per il mancato progredire dell'industrializzazione in Alto Adige, proprio della SVP, un partito che non ha competenza alcuna nel settore dell'industrializzazione. Ora si mobilitano in Alto Adige i sindacati, da quelli di sinistra a quelli cattolici, per protestare contro i licenziamenti alla Lancia e contro le manifestazioni della crisi economica: con tali proteste artificialmente suscite si cerca di affibbiare alla SVP la colpa della difficile situazione economica dell'industria in Alto Adige. Si vuole attribuire a qualcun altro la colpa, che è semplicemente della crisi economica in atto in Italia.

E' interessante constatare come proprio nel campo dell'industria e del collocamento al lavoro ci si conceda tanto malvolentieri il diritto e la competenza ad essere consultati. Altrettanto interessante è il fatto che la Corte Costituzionale, in una controversia sull'edilizia popolare, ha dovuto motivare il suo atteggiamento negativo nei confronti della legge provinciale con la dicitura « per interessi nazionali ». Per interessi nazionali dunque do-

vranno venir modificate o cessate dunque alcune disposizioni della legge predetta. Noi ci preoccupiamo soprattutto della possibilità che, orientando al di fuori della nostra influenza settori economici necessari per occupare nella nostra terra le nostre forze di lavoro libere, si prendano misure per renderci più difficile la tutela dei nostri valori ideali. Noi siamo dell'avviso che per difendere tali valori deali sia opportuno che noi assolviamo un compito educativo determinante; a tale compito educativo non sono chiamate soltanto la scuola, la famiglia e la chiesa ma anche noi, rappresentanti politici.

Come si presenta oggi la situazione nella nostra società? La nostra attività nella Regione e nella Provincia ha creato più soddisfazione o più insoddisfazione? Noi dobbiamo presentare a noi stessi anche questo conto poiché la morale civica e l'atteggiamento del cittadino che determinano la convivenza più o meno buona su piano sociale e non da ultimo anche la comprensione fra i due gruppi etnici. A mio avviso tale morale civica è a quota molto bassa. In Alto Adige non è sempre stato così: in altri tempi in Alto Adige, quando arrivava sul tavolo di un ente pubblico una domanda di contributo, si poteva credere che i dati corrispondessero alla verità. Quali saranno mai le ragioni per cui oggi non si può più credere neanche alle dichiarazioni dei sudtirolesi in domande e domande d'impiego? Così dobbiamo far controllare questi dati dai tecnici dei nostri uffici. Perché ci si lamenta allora del gonfiarsi della burocrazia e delle spese enormi che essa richiede, quando non si può più credere alla gente, quando bisogna eseguire dei controlli affinchè gli uffici pubblici possano amministrare con giustizia? A mio avviso sarebbe ormai tempo di scuotere la coscienza civica: non dovrebbero farlo soltanto i sud-

tirolese, ma anche i rappresentanti italiani della provincia di Bolzano sono invitati ad agire in tal senso nelle loro file. Se nelle nostre comunità non esiste più coscienza civica la convivenza fra i gruppi etnici sarà in cattive acque. Non arrivo poi ad asserire qui che da questa convivenza sono già sparite lealtà e onestà in certi settori.

Vorrei pronunciarmi brevemente sulla relazione del Presidente della Giunta regionale. Sarà senz'altro difficile per lui compilare un programma che sia gradito pressoché a tutti i consiglieri. Trovo che forse sarebbe giusto, in questo periodo di crisi istituzionale della Regione Trentino - Alto Adige, non fare passi troppo lunghi né troppi: e ciò per provocare minori intoppi. A mio avviso si dovrebbe pensare meno ad innovazioni su piano regionale e più al miglioramento delle istituzioni esistenti, campo in cui ci sarebbe molto da fare.

Gran parte della relazione è per esempio occupata dalla programmazione: il Presidente della Giunta regionale non smette di dare parte della colpa alla Giunta provinciale di Bolzano, cioè alla SVP, per mancati progressi in questo campo. Ciò sarebbe avvenuto perché non ci si è ancora messi d'accordo sulle questioni di principio, anche se egli da parte sua può dimostrare di aver fatto tutto il possibile per evitare un ritardo della Regione Trentino - Alto Adige, nei confronti di altre Regioni o dello Stato nella lotta per la programmazione. A dimostrazione di ciò egli ha allegato alla relazione anche un carteggio. Si, noi questioniamo qui per una méta lontana e non sappiamo di aver molte possibilità — anche se la situazione in campo politico è quella che è — di dare un programma comune alle amministrazioni provinciale e regionale. Credo infatti che l'attuale organizza-

zione dei servizi pubblici regionali e provinciali non offre un buon esempio nella comprensione di questa programmazione. Mi sembra che prima di tutto dovremmo dimostrare nelle nostre file di essere in grado di coordinare e programmare le facoltà in nostro possesso. Pensiamo un po' alla questione del personale regionale! Credo che sarebbe una dimostrazione di buona volontà da parte della Regione il far sì che finalmente i massimi posti di certi uffici dei settori dell'agricoltura e dell'amministrazione forestale nella provincia di Bolzano possano essere assegnati a funzionari di lingua tedesca che si dimostrino idonei. Proprio il campo dell'agricoltura e foreste riguarda in Alto Adige esclusivamente la popolazione tedesca. Sarebbe pretender troppo chiedere che i dirigenti di tali uffici siano dei sudtirolese, senza assolutamente intendere con ciò che gli attuali dirigenti siano inefficienti? Credo possibile trovare una soluzione che permetta di non degradare tali dirigenti e di affidare nonostante ciò ad impiegati regionali sudtirolese tali posizioni che tanta importanza rivestono per la agricoltura e le foreste della provincia di Bolzano. Questo è un desiderio che esprimiamo già da parecchio tempo, finora purtroppo senza successo. Forse la buona volontà non manca: realizziamola dunque almeno su piano regionale, per dimostrare che qui si vive nonostante tutto in un clima più propizio di quello che regna a Roma nell'attuale compagnia governativa.

Ho già avuto occasione di fare alcune osservazioni sul personale forestale in Alto Adige; non avevo intenzione di estendere le mie osservazioni al Trentino. Il personale dell'assessorato per l'economia montana e le foreste riveste per noi, almeno a parer mio, tanto interesse, perché ha il compito di assi-

stere i contadini delle zone di montagna. Questo assessorato, con il suo personale che è relativamente numeroso, dovrebbe perciò curare e consigliare i contadini delle zone montane invece di limitarsi a compiti di polizia. Senz'altro è più facile poter comandare, è più piacevole portare un'uniforme e fare il grand'uomo, spesso per bilanciare con l'uniforme quello che manca nel cervello. Secondo me l'amministrazione provinciale dovrebbe diventare invece l'assistente ed il consigliere dei contadini di montagna.

Constatiamo con soddisfazione che l'assessorato regionale all'economia montana e foreste si è finalmente deciso ad occuparsi di più dell'agricoltura montana. Posso dire anche che l'amministrazione provinciale ha rettificato largamente, servendosi di un incaricato speciale, le statistiche riguardanti i pascoli alpini. L'amministrazione provinciale è disposta ad affidare immediatamente tali statistiche ad un ispettorato ai pascoli alpini, una volta istituito, per accelerare eventuali provvedimenti, che nel settore dell'economia montana sono di impellente necessità. Controllate l'esattezza delle nostre statistiche! Ve le consegnamo volentieri, ma vi preghiamo di prendere finalmente provvedimenti adeguati nel settore dell'economia montana.

Approviamo ancora l'intenzione della Regione di assumere nuovo personale: quello che non approviamo invece è il fatto che il personale forestale non si assuma il compito di appoggiare i contadini delle zone di montagna, non istituiscasi per essi un servizio di assistenza e di consulenza. Negli ultimi tempi non si è più parlato di quel concorso che avrebbe dovuto esser bandito già da anni per assumere nei ranghi inferiori della forestale in Alto Adige degli elementi di lingua tedesca. Credo che sia assolutamente necessario andare

al di là delle sole misure di polizia, necessario perciò che il personale forestale comprenda almeno colui che ha da consigliare: il contadino delle zone di montagna. Per questa ragione il personale forestale dovrà in Alto Adige, se non appartiene al cento per cento al gruppo etnico tedesco, almeno conoscerne la lingua in misura tale da garantire ai contadini un servizio di consulenza e di assistenza nella loro lingua materna. So che si stanno attuando misure per trasferire a Trento il personale non bilingue ed assumere al suo posto personale tedesco. In Alto Adige si aspetta già da moltissimo tempo il concorso, a cui si era accennato già due anni fa, per l'assunzione di personale forestale tedesco nei servizi regionali. A questo punto ho deciso di intervenire perché sono convinto dell'urgenza di tali assunzioni; ho sottoposta inoltre all'Assessore una risoluzione presa il 30 maggio scorso durante un convegno dei diplomati della scuola di Teodone. Il 23 giugno ho avuto dall'assessore regionale competente una risposta positiva, secondo cui si sarebbe fatto il possibile per accelerare il concorso: la Corte dei Conti avrebbe però in questo caso costituito una remora. Ho avuto poi modo di constatare che fra la provincia di Trento e quella di Bolzano esistono sostanziali differenze nelle necessità di personale ed ho avuto con l'Assessore regionale una corrispondenza in cui, nel novembre 1965 ho dichiarato la mia posizione nei confronti di determinate comunicazioni che avevo ricevuto e che ritenevo contrarie agli interessi dei sudtirolese. Il 22 novembre 1965 ho comunicato per l'ultima volta all'Assessore il mio punto di vista sui concorsi, dopo che mi era stato comunicato che essi avrebbero senz'altro avuto luogo nel 1965. Non siamo riusciti a metterci d'accordo sulla proporzionale. Il 16 dicembre 1965 ho

interrotto la corrispondenza poiché mi sembrava che gli articoli fossero chiari. Si tratta qui di poche persone: a 56 sudtirolese si aggiungerebbero 3-4 persone in più di quanto è risultato dai calcoli. In questo caso ho chiesto che si determini la proporzionale secondo gli articoli 4 e 42 della legge sul personale del 23 gennaio 1964, n. 3. All'art. 4 si legge: « Ai fini dell'osservanza della proporzionalità etnica si deve tener conto anche dei posti occupati dal personale comandato ». Ed ora viene subito l'eccezione: « Si può prescindere dal riferimento al rapporto di consistenza dei gruppi linguistici nell'assunzione degli operai giornalieri di cui alla L.R. 31.12.1959, n. 22, nonché nell'assunzione del personale addetto alla pulizia degli uffici ». L'art. 42 recita: « Il personale dello Stato e degli enti locali, in servizio presso la Regione alla data del 1° gennaio 1963, in posizione di comando a sensi della L.R. 7.9.1958, n. 23, è da considerarsi in soprannumero con effetto dalla data medesima ». Nell'art. 42 abbiamo dunque a che fare con « personale comandato » ed anche l'art. 4 stabilisce che tale personale va in questo caso compreso nel calcolo. So che si tratta qui di circa 42 persone. In questo caso però l'Assessore regionale afferma che il personale comandato in soprannumero non va calcolato nella proporzionalità etnica perché esso col passare del tempo se ne va automaticamente: noi potremmo però calcolarlo senz'altro. Ed, in nome del cielo, che delitto sarebbe se una volta l'eliminazione di personale statale non optante facesse pendere l'equilibrio della proporzionalità un po' a favore dei sudtirolese? Cascherebbe il mondo? Non lo credo proprio. Qui si comincia a pesare con la bilancia del farmacista, mentre nell'art. 4 si fanno senza difficoltà eccezioni nei riguardi del personale

subalterno, poiché questa è a Trento e non esiste perciò il pericolo che dei sudtirolese pongano la loro candidatura. E' spiacevole constatare con quale esattezza venga usata la bilancia del farmacista quando sarebbe possibile assegnare i posti a due o tre sudtirolese che volentieri si offrirebbero per occuparli. Si tratta di pesci piccoli, è vero, ma da essi si possono tirare le conclusioni. Ho voluto dire ciò per mostrare quali sarebbero le possibilità, su piano regionale, di non avvelenare oltre le acque già torbide. Signor Assessore, mi dichiaro pronto ad intervenire presso la Corte dei Conti affinché l'art. 4 venga interpretato come ho fatto io. Ho già buone probabilità di riuscire ad affermare la mia interpretazione, così anche il personale in soprannumero verrebbe considerato comandato e calcolato nella proporzionalità etnica. Sono gli intrighi meschini per concedere ai tedeschi il meno vantaggi possibili quelli che avvelenano le acque.

Ho poi da fare un'osservazione su una cosa che mi è molto piaciuta. La relazione dell'Assessore alle finanze è straordinariamente interessante. Ritorno qui sull'importantissimo assessorato per l'economia montana, perché secondo me i contadini delle zone di montagna sono la categoria socialmente più bisognosa. La relazione porta a pag. 37 una bellissima frase che mi sono sottolineato: « Economia montana e foreste - Ci si sforza quindi d'incoraggiare il mantenimento di unità lavoratrici nell'azienda di montagna, assicurando ad esse possibilità di impiego nei periodi di sfasamento e di minor intensità dei lavori agricoli, attraverso una politica programmata dei lavori forestali ». Si vuole dunque assicurare la piena occupazione agli elementi sottooccupati delle famiglie contadine nelle zone montane attraverso un'occu-

pazione ausiliaria nelle zone stesse. Devo dire che approvo senza riserve tale progetto. Che cosa si è fatto nel frattempo? Mi si permetta di ritornare qui su una questione particolare che potrebbe conciliare i due progetti, la questione cioè della costruzione di strade interpoderali. E' noto che possiamo aiutare a sopravvivere i contadini delle zone di montagna soltanto offrendo loro la possibilità di arrivare ai mercati attraverso un collegamento con le principali vie di comunicazione. Con grandissimo stupore leggo qui che nel 1965 sono stati costruiti 24.787 km di strade forestali, «oltre a quelle eseguite con il contributo dell'amministrazione regionale». So che in questo campo, e proprio nella provincia di Bolzano, siamo parecchio indietro e perciò vorrei chiedere all'assessore all'economia montana un chiarimento sui 24.787 Km di strade qui citati).

Interruzione.

BRUGGER: (C'è stata una modifica? Allora prego di scusarmi, ero semplicemente sorpreso. Anche per questo volevo avere un chiarimento; non capivo infatti dove fossero tutte queste strade, senz'altro non in Alto Adige. Mi sono poi permesso di avanzare alcune proposte, nell'aspirazione di migliorare in Alto Adige la rete delle strade interpoderali e di evitare di accollare alla sola Regione l'onere per il suo ampliamento e la sua sistemazione.

In Provincia di Bolzano esiste un consorzio per il rimboschimento che è stato sciolto con decreto del Presidente della Repubblica, in quanto si affermava che il Ministero dell'agricoltura non avrebbe avuto più competenze in materia. Il consorzio è stato sciolto parecchio tempo fa; già al tempo in cui

la Provincia di Bolzano spendeva 8 milioni di lire, lo Stato non faceva più niente in questo campo. Poiché la competenza in materia è ormai passata alla Regione, ho pensato che questa si sostituisse allo Stato nel prendere i provvedimenti, che le spetterebbero usando anche i fondi della Provincia. Sarebbe dunque bene richiamare in vita questa istituzione, in particolar modo perché le formalità burocratiche che essa richiedeva erano molto limitate, e cercar di raggiungere, coi fondi della Regione e delle Province, i maggiori risultati possibili. Il 4 marzo 1964 ho scritto una lettera, rimasta senza risposta, all'assessore regionale allora in carica, per chiedere il ripristino del consorzio. Nel frattempo in Alto Adige abbiamo rilevato nuovi dati ed intrapreso studi da cui abbiamo tratto la convinzione che attraverso questo consorzio da ricostituirsì sarebbe possibile ampliare in Alto Adige la rete viaria interpoderale percorrendo un iter burocratico relativamente semplice, dato che è la burocrazia la più pesante palla al piede di tali misure. A tal fine andrebbe introdotta nello Statuto del consorzio una piccola modifica, secondo cui il consorzio potrebbe assumere in primo luogo il compito della costruzione di strade interpoderali; un addentellato alla modifica da introdursi sarebbero le «migliorie boschive» previste nel vecchio Statuto. Il consorzio verrebbe finanziato con fondi della Regione e della Provincia. Il 4 agosto 1965 mi sono permesso di avanzare delle proposte che mi sono sforzato di formulare in italiano. L'11 agosto 1965 ho ricevuto una risposta non del tutto soddisfacente, in cui l'Assessore regionale dichiarava: «Considero il problema molto vasto e di difficile soluzione, in quanto comporta implicazioni giuridiche e finanziarie». Io non vedo invece alcuna com-

plicazione. Mi sono poi dichiarato disposto a collaborare all'elaborazione degli statuti, cioè delle basi giuridiche di tale consorzio. Su questo si era d'accordo, ma ora viene la frase finale che rifiuta la mia proposta: « Ho già dato disposizioni perché, non appena sia elaborato un disegno di massima giuridico-finanziario per una legge da sottoporre al Consiglio regionale, il direttore dei servizi forestali si presenti da Lei per approfittare della sua collaborazione tanto gentilmente offertaci e che io considero straordinariamente utile e preziosa ». Dall'11 agosto aspetto che mi si consulti, poiché sarei felice se fosse possibile realizzare le idee che ho esposto nella mia lettera del 4 agosto 1965. Soltanto non bisognerà poi dire che non cerchiamo di prendere iniziative anche sul piano amministrativo; bisognerà criticare invece semplicemente il nostro chiedere a gran voce la programmazione senza esser capaci di attuare un coordinamento nelle nostre stesse file.

Ancora una cosa. Non voglio infastidirvi e trattenervi a lungo con l'eterna storia delle sistemazioni idraulico forestali. In nome però del programma da Lei enunciato devo chiedere formalmente di far sì che anche in questo settore si crei una possibilità di lavoro continuato per i figli dei nostri contadini nelle zone montane. Mi sono fatto dare delle informazioni sui turni di lavoro prestati anno per anno in Alto Adige dal 1958 al 1965. Le informazioni sono le seguenti: nel 1958 i turni di lavoro sono stati 91.700, nel 1965 43.400. Secondo me in questo caso il nostro interesse di tutelare la provincia coincide esattamente con il vostro di creare posti di lavoro nelle zone montane; soltanto, le cifre indicano che siamo scesi alla metà delle prestazioni del 1958. Non voglio porre delle domande particolareggiate sui fondi previsti per le sistema-

zioni idraulico - forestali. Vorrei pregarLa soltanto di darci nella sua risposta un elenco per l'anno corrente e voglio sperare che in esso non compaiano fondi stanziati ma non liquidati e che ricompaiono tre anni nei bilanci; in questo caso infatti si potrebbe dedurne, a torto, che si siano fatte tre assegnazioni, mentre si tratta di una somma stanziata tre volte e spesa una sola volta. Vorrei pregare di chiarire la questione perché io ho scorso più volte queste cifre constatando come questi fondi avrebbero già dovuto esser spesi due anni or sono, mentre ancora non ci sono pur continuando a fare la loro comparsa.

Nell'allegato in carta rossa distribuitoci « Consuntivo degli impegni assunti a carico dello stato di previsione » ecc., ho trovato al cap. 140 qualcosa di addirittura ammirabile. In questo capitolo si dice che i fondi potranno andare soltanto ai comprensori di bonifica dello Stato: Lei ha ottenuto invece che essi potevessero venir utilizzati anche per i comprensori regionali ed effettivamente nel 1965 sono stati spesi in Alto Adige 47 milioni provenienti da questo capitolo. Nonostante i ripetuti attacchi devo esprimere qui il mio riconoscimento per la realizzazione di questa possibilità. Vorrei pregarLa soltanto di tenerci in adeguata considerazione nella ripartizione dei 438 milioni provenienti dagli « stanziamenti esercizi precedenti non impegnati »; nella mia documentazione non ho trovato infatti purtroppo niente del genere. Poiché Lei ha però appianato la strada all'impiego di tali fondi anche nei comprensori della regione, vorrei pregarLa ora di essere generoso e di non tralasciare urgenti necessità in favore di vecchie promesse forse eccessive.

Passiamo ora nella relazione, per cui ringrazio molto, alla ripartizione dei fondi per Province. Constatato qui che a Bolzano saranno

assegnati 849 milioni ed a Trento 881 per tutti i provvedimenti dell'assessorato. E' interessante constatare inoltre come il cap. 138 abbia una dotazione molto alta per la Provincia di Bolzano, relativamente modesta invece per la Provincia di Trento. Il capitolo riguarda soprattutto, per quanto ne so, le strade interpoderali e sarei molto grato se in questo campo si potesse fare ancora di più.

Credo di potermi risparmiare un esame approfondito del resto della documentazione: vorrei solo richiamare la vostra attenzione su una circostanza e vi prego di non offendervi. Stiamo applicando il programma della piena occupazione delle forze di lavoro nelle zone montane, piena occupazione a cui si tende in parte anche in Alto Adige, attraverso l'assegnazione dell'abbattimento e del trasporto del legname nelle foreste demaniali, come per es. quella del Latemar, a lavoratori altoatesini mentre i lavori di segheria vengono assunti da operai regionali. A questo proposito volevo far notare all'assessore regionale, con un breve scritto, una differenza per me inspiegabile. Risultava infatti che una determinata partita di legname, misurata nel bosco, cioè per pagare gli operai, aveva una determinata cubatura, la stessa partita misurata invece in segheria risultava di 320 m³ in più!).

Interruzione

BRUGGER: (E' vero, Lei lo ha spiegato! Però io non accetto la Sua spiegazione perché l'argomentazione è la seguente: i tecnici regionali effettuano la misurazione con una certa ristrettezza per poter dimostrare all'amministrazione regionale una maggiore resa della lavorazione. Così si legge qui: « Tale differenza positiva nei riguardi della seconda misurazione risultava su un quantitativo globale

di m³ 2.668, era pari cioè al 12% della massa originariamente misurata. Tale risultato confrontava due misurazioni fatte da persone diverse... » ecc. E Lei dice che qui si cerca di misurare il più possibile in difetto per averne una maggiore resa. Accettato! Non voglio dire che qui si fanno delle irregolarità, che qui con misurazioni diverse si cerca di fare delle manipolazioni, assolutamente non intendo questo! Mi dispiace che si faccia fare bella figura all'amministrazione demaniale a spese dei salari. Qual'è la giusta misura? Nella Sua lettera Lei ammette che nei confronti degli operai la cubatura è stata ribassata. Lei ammette che misurando con larghezza può verificarsi una differenza. Deve tale differenza andare proprio a svantaggio degli operai? Credo che un Governo regionale di centro sinistra non dovrebbe permettere cose di questo genere.

Credo di aver attirato la Vostra attenzione su alcune cose suscettibili di notevole miglioramento. Prima di aspirare ad una programmazione su piano statale, dovremmo ordinare le nostre stesse file, perseguire un coordinamento. Non dev'essere necessariamente una collaborazione, basta coordinare ed impegnare adeguatamente le nostre forze! Restiamo fedeli al nostro programma! Sono d'accordo che si cerchi non solo di istruire la popolazione contadina delle zone di montagna, compito che io pongo al primo posto, ma anche di creare lavoro in loco con tutti i mezzi possibili. Applicate i Vostri principi! Non Vi ostacolerò assolutamente, anzi per quanto mi è possibile cercherò di aiutarVi. Realizziamo il programma di potenziamento accelerato della rete stradale interpodale, perché con essa si rendono accessibili le zone agricole montane e si avvicinano i contadini che le abitano ai mercati, da cui anch'essi dipendono. Incrementiamo in montagna gli impianti di irrigazione a pioggia!

Cerchiamo di incoraggiare tutti i provvedimenti possibili per la commassazione volontaria, soprattutto possibilmente col metodo di far assumere alla Regione le spese contrattuali e le imposte; le iniziative volontarie non saranno così frenate dalla preoccupazione per le necessarie imposte e spese di contratto. In ogni caso però sarà meglio evitare un ampliamento delle proprietà. Anche noi siamo convinti infatti di poter mantenere famiglie di piccoli contadini nelle zone montane, se applichiamo il Suo programma creando a queste famiglie possibilità supplementari di guadagno attraverso altri rami economici, come specialmente il turismo, l'industria ed i lavori di bonifica montana. Non bisogna però dimenticare la consulenza. In questo campo il personale forestale, che si è assunto la cura dei contadini delle zone montane, dovrebbe venir impiegato in modo del tutto diverso da quanto è stato fatto finora.

So di avervi trattenuti troppo a lungo ma credo di essere stato concreto e non troppo fantastico. Sono pronto inoltre a fornire altre prove della mancanza di un coordinamento delle energie. Mi riservo perciò, o prima della conclusione del dibattito generale o nella discussione sui diversi capitoli, di trattare altre questioni riguardanti l'essessorato all'agricoltura e foreste. Colgo qui l'occasione per esprimere il mio riconoscimento all'assessore regionale all'agricoltura, che è riuscito a concordare una somma relativamente tanto alta per i danni dovuti al maltempo, anche grazie al favore dell'allora ministro dell'agricoltura Ferrari-Aggradi. Vorrei esprimere qui ancora l'auspicio che questi fondi siano ripartiti in modo più soddisfacente del solito. Temo che la polarizzazione delle forze fra gli assessorati all'agricoltura ed alle foreste renda possibile l'infiltrarsi di errori che diventerebbero fonte

di insoddisfazione. Assegni questi fondi con coerenza e cerchi di distribuirli unitariamente!).

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Pupp).

PRESIDENTE: La parola al cons. Vianante.

VIANANTE: (P.S.I.): L'esame ed il dibattito sul bilancio quest'anno si sono aperti con una costellazione di interventi che danno l'immediata percezione di qualche cosa come di nuovo, di un'atmosfera diversa da quella degli anni scorsi.

Soprattutto qualche cosa di nuovo nell'interno del Gruppo etnico tedesco, dove voci diverse e contrastanti si sono sentite nel Partito della S.V.P., incrinando il blocco monolitico di qualche anno fa.

Condanna con proposta di eliminazione della Regione da parte socialdemocratica di Bolzano.

Critica e condanna da parte del P.C.I.

In questa nuova atmosfera è necessario che anche il P.S.I. faccia sentire la sua voce, dica come la pensa, esprima i suoi convincimenti.

Non vorrei peccare di presunzione né creare pretesti di errata interpretazione per quanto desidero dire, senza pretendere di essere immune da peccato, poiché al mondo di infallibili non c'è nessuno.

Penso di poter dire che, in una obiettiva valutazione della situazione politica esistente oggi nel Trentino Alto Adige, il P.S.I. possa affermare una sua coerenza nel suo atteggiamento di ieri e di oggi.

Il dibattito quest'anno si è sviluppato soprattutto su temi squisitamente politici, tol-

ti diversi interventi interessanti anche nella parte economico-finanziaria.

Anche io mi soffermerò brevemente su alcune considerazioni di ordine politico e soprattutto in direzione di quegli argomenti toccati in forma polemica dai gruppi o consiglieri contro la formula di centro-sinistra.

L'intervento di Jenny ha portato nuovi elementi sulla situazione Altoatesina in parte come l'avevamo vista noi e che abbiamo denunciato molte volte in Consiglio Regionale.

La S.V.P. la cui compattezza e monopolio politico sono stati raggiunti per le manifestazioni di natura nazionalistica, presentando il futuro dei Sudtirolesi oscuro e tragico, ha creato soprattutto nei giovani la reazione e l'esperazione che ha portato ai deprecati eccessi.

L'intervento di Jenny ha chiarito molte cose, soprattutto ha confermato che l'eccessivo nazionalismo dei gruppi monopolistici di destra ha portato alla frattura fra Trentini ed Altoatesini.

Ha chiaramente accusato di miopia e di egocentrismo gli Italiani nei confronti dei Sudtirolesi e di aver sfruttato l'arretratezza dei Sudtirolesi. A prova di ciò ha letto l'intervento dell'on.le Ballardini a Roma che ha denunciato le inadempienze della maggioranza del gruppo etnico italiano ⁽¹⁾.

Non siamo certo noi ad affermare che invece tutto è andato bene, che tutto era perfetto e che i patti e gli impegni sono stati rispettati fino allo scrupolo, ma non possiamo neanche riconoscere che in Alto Adige regni l'oppressione, la negazione dei diritti civili e politici e la negazione della libertà.

1) Jenny ha confermato oggi le nostre perplessità del passato, cioè che la politica attuata dalla maggioranza del gruppo dirigente della S.V.P. è stata una politica di conservazione.

Comunque il P.S.I. ha svolto un ruolo di primo piano per rompere il conformismo nazionalista che ristagnava nei partiti portando sia in Consiglio regionale, ancora ai tempi della presidenza Odorizzi, sia in Parlamento l'impostazione del problema in termini nuovi, tanto da creare reazioni e critiche quasi scandalistiche nei suoi confronti.

Desidero a questo punto citare quali sono stati gli atteggiamenti del partito socialista italiano, per quanto riguarda la questione altoatesina, richiamando gli interventi e gli atteggiamenti, le decisioni congressuali del partito in provincia di Bolzano e in provincia di Trento. Ecco qui citando una parte delle decisioni, per quanto riguarda il congresso del partito socialista a Bolzano; ecco quindi cosa occorre favorire in Alto Adige: un clima di maggiore fiducia e di comprensione. Sarà poi la spinta dell'opinione pubblica e delle correnti democratiche all'interno della S.V.P., che modificheranno poco a poco quel crescere della fiducia, capovolgeranno gli attuali rapporti ancora basati sulla diffidenza reciproca e sulla incomprendensione. Perché ciò avvenga bisogna però procedere per gradi, e il primo passo da compiere è quello di dare finalmente attuazione a quelle riforme ormai maturate della coscienza di tutte le forme democratiche, che sono indicate nelle conclusioni della commissione dei 19. In linea generale i socialisti altoatesini vedono nello sviluppo e nell'ampliamento dell'autonomia della provincia di Bolzano, di Trento e di Bolzano, da realizzarsi nell'ambito della Regione Trentino-Alto Adige, l'unica strada per giungere a un graduale ristabilimento di una situazione di normalità nella provincia di Bolzano. Occorre, in sostanza, dimostrare concretamente, che da parte dell'Italia vi è la volontà di adottare, nei confronti della minoranza linguistica tedesca, le giuste misure per la

tutela e il rispetto dei suoi diritti e della sua autonomia. Una volontà coerente con i principi che la nostra repubblica si è data all'indomani della guerra di liberazione. Altro intervento è stato fatto a Roma, dall'on. Ferri, capogruppo del partito socialista italiano. Noi siamo convinti, sempre in riferimento al problema dell'Alto Adige, noi siamo convinti che se fosse stata data piena e obiettiva attuazione, nella lettera e nello spirito con cui fu formulato dai costituenti, allo Statuto della Regione Trentino-Alto Adige, non ci troveremmo nell'attuale situazione, e grandissima parte delle lagnanze mosse e delle richieste avanzate, non avrebbe assolutamente alcuna ragione di essere.

Altro punto dell'intervento dell'on. Ferri, allo stesso modo noi affermiamo che non deve essere più rimesso in discussione il quadro in cui deve attuarsi il riconoscimento dell'autonomia e dei diritti del gruppo di lingua tedesca della Regione Trentino-Alto Adige.

Si è molto discusso su questo problema; non è un mistero che nel corso dei lavori preparatori della costituzione, di cui resta traccia nella relazione alla commissione di studio per il Ministero della Costituente, di cui fu autore l'on. Guzzato, che oggi siede in questi banchi, si era esaminata la soluzione di un'autonomia della zona bilingue, cioè della provincia di Bolzano. Ma è chiaro che se la Costituente ha poi scelto un'altra soluzione, non si può oggi rimetterla in discussione; è chiaro che vi sono motivi validi di omogeneità economica di una uniformità di sviluppo, che sempre più si sono affermati fra il Trentino e l'Alto Adige tali da escludere il ritorno a vecchie posizioni che sono state riprese nella precedente legislatura con la proposta di legge dei senatori Tinzì e Sand, che non risulta sia stata poi riproposta. Questo è l'indirizzo, l'orientamento del partito socialista italiano che ha avuto a Roma e che natu-

ralmente è da noi condiviso, ma che non è un atteggiamento nuovo, è un atteggiamento che risale ancora ai primi anni della Costituzione della Regione Trentino-Alto Adige.

La nostra presenza nella Commissione dei 19 ha dato un contributo fondamentale alle impostazioni degli argomenti per una concreta soluzione del problema altoatesino.

Jenny ha portato a sostegno della sua tesi le affermazioni di Ballardini, di critica dell'atteggiamento del gruppo etnico italiano per l'applicazione dello Statuto.

Non ha però riportato anche le perplessità che ha espresso il detto parlamentare circa l'eccessivo aumento di poteri alla Provincia di Bolzano che comporta un aumento di poteri alla maggioranza di lingua tedesca, che non si risolve in un aumento di potere di tutta la popolazione tedesca, bensì del gruppo dominante di lingua tedesca, il quale potrà essere portato ad usare o magari ad abusare di questi maggiori poteri, non solo in danno della minoranza italiana ma anche dalla stessa popolazione lavoratrice di lingua tedesca.

Il P.S.I. ha cercato di porre nella vera luce ed in forma realistica le situazioni esistenti in Alto Adige per indirizzare ad una obiettiva e positiva soluzione i problemi per una pacifica convivenza tra i gruppi etnici.

Oggi ancora una voce nuova e discordie si è levata per negare l'autenticità delle affermazioni degli esponenti della S.V.P. circa le condizioni economiche degli altoatesini e accusando i gruppi di destra di aver fatto una campagna nazionalistica che ha aggravato la rottura, sostenendo che all'ombra della difesa degli interessi patriottici difendevano i loro interessi economici.

Non vorrei con questo raccogliere questi contrasti per creare nuove difficoltà al rasserenamento degli animi e ad una possibile pa-

cificazione che vorrei auspicare, ma è necessario fare una profonda diagnosi della realtà delle cose per poter considerare ed indicare l'opportunità di una cura energica del male.

Ogni gruppo deve andare alla ricerca sincera ed onesta delle basi per raggiungere un accordo.

La maggioranza della popolazione sia italiana che tedesca guarda con interesse e conscia alla soluzione concreta dei problemi della vita.

Da parte di Molignoni a nome della socialdemocrazia di Bolzano sono state fatte affermazioni di una certa gravità che noi socialisti non possiamo condividere ed accettare:

- a) I trentini rappresentano un diaframma per lo sviluppo dell'Alto Adige;
- b) I trentini si sono dedicati in modo particolare alla tutela degli interessi di casa propria.
- c) Non è più possibile un colloquio fra i due gruppi etnici;
- d) Unica soluzione è il ricorso alle modifiche costituzionali, creando le due Regioni.

A parte che queste richieste penso non saranno raccolte dalla maggioranza dei partiti e dal Governo, noi socialisti dichiariamo che crediamo nella Regione Trentino-Alto Adige, nella esistente struttura quale Ente intermedio più idoneo a garantire il progresso e la libertà delle popolazioni del Trentino - Alto Adige.

Se gli eccessi nazionalisti, anziché andare alla ricerca degli argomenti di esasperazione degli animi in una visione ideale e reale delle aspirazioni della popolazione, consentissero di prendere piede ad una sincera volontà di pacifica convivenza, nel rispetto dei principi di una difesa dei gruppi etnici, noi siamo convin-

ti dell'esistenza di tutte le premesse per raggiungere questi obiettivi.

Purtroppo questo non è consentito, per cui dobbiamo conservare il sangue freddo confidando che il tempo ed una buona volontà maturi le idee a favore della verità e della saggezza.

Se errori ci sono stati, non credo si debba sopprimere l'istituzione, ma andare alla ricerca delle cause e degli strumenti per porvi rimedio.

A questo punto non posso fare a meno di richiamare e ricordare le affermazioni di Raffeiner, in certo senso distensive con richiamo alla buona volontà.

Egli dice che non riesce a condividere l'ottimismo della S. V.P. e della socialdemocrazia di Bolzano, le quali vedono nella autonomia concessa alla Provincia di Bolzano, la possibilità di raggiungere *l'optimum* per la pacificazione, e che anzi se all'autonomia si volesse affidare questi compiti, si otterrebbe proprio l'effetto contrario di quanto ci si aspetta, poiché le frizioni fra i gruppi etnici della autonomia provinciale di Bolzano si farebbero più acuti ed aggraverebbero la situazione.

Ha, giustamente criticato l'assenza della S.V.P. dalla Giunta rilevando in tal modo la rinuncia a un diritto costituzionale, che prevede la presenza in giunta regionale dei rappresentanti del gruppo etnico tedesco.

Una dichiarazione grave poi è stata fatta per quanto si riferisce alla dubbia garanzia da parte del gruppo dirigente del partito di maggioranza di lingua tedesca a favore dei cittadini della provincia.

Perplessità che noi stessi abbiamo affermato sia in Regione che a Roma.

Raffeiner ha ragione quando dice che fino a quando ci si accusa vicendevolmente, tante volte senza il rispetto magari della verità, si di-

mostra assoluta mancanza di volontà di trovare la distensione, l'accordo, e senza volontà tutto è vano. Altra dichiarazione di una certa gravità del cons. Raffeiner, è quando dice che l'amministrazione è pesante e complicata, esistono incertezze nel diritto in quasi tutti i campi della vita pubblica, in provincia di Bolzano, e soprattutto domina la dittatura di un partito unico, che se non ha il campo di concentramento e le isole di confine, trova tuttavia sempre i metodi con cui conciliare la volontà di cui si oppone. Io vorrei manifestare e condividere in parte questa perplessità, in quanto trattando, avendo la possibilità di aver dei contatti con gente sudtirolese, i quali non condividono e non hanno condiviso in pieno gli atteggiamenti della S.V.P., esprimendo queste confidenze, vorrei dire in forma carbonara, perché? Perché hanno il timore che l'espressione sincera e franca delle proprie preoccupazioni possa ricadere su eventuali rappresaglie. Io voglio creare e tinteggiare con colori oscuri questo atteggiamento, però credete, signori della S.V.P., che effettivamente questo senso di disagio esiste nelle popolazioni, nei confronti delle quali ho avuto la possibilità di averne un contatto.

Il cons. Volgger, capo-gruppo della S.V.P., dopo aver fatto la storia ed una requisitoria sulle vicende lontane e vicine dalla nascita del patto Gruber-Degasperi, allo Statuto della Regione Trentino-Alto Adige, è arrivato ad una non chiara conclusione; nella sostanza sembra abbia manifestata la volontà di chiusura, nella forma. Non ritengo che la saggezza e la ponderazione dei responsabili vogliano incrementare ancora l'esasperazione, ma coerenti alla riconosciuta situazione meno tesa esistente oggi in Alto Adige, vorranno favorire la continuazione delle trattative per raggiungere una possibile pacifica convivenza.

Le sue espressioni on. Volgger, hanno una manifesta volontà di agganciamento alla tesi Molignoni, sostenendo che Degasperi per favorire i suoi Trentini a spese dei sudtirolese ha dato di contrabbando l'autonomia ai Trentini.

Secondo lei on. Volgger, noi siamo dei fuorilegge.

Non le pare che sia esagerato questo?

Ha fatto una affermazione che non possiamo lasciar passare inosservata quando dice che l'autonomia al Trentino-Alto Adige, compresa quindi la provincia di Trento, è stata decisa contro la volontà dei Sudtirolese.

Qui ho letto nel libro bianco una lettera dei rappresentanti di lingua tedesca sullo statuto speciale del 28 gennaio 1948; a firma Otto Von Guggenberg, nella quale, come qualità di Presidente della S.V.P., ringrazia « anche a nome del gruppo di lingua tedesca, dell'amabilità con la quale ella e i componenti delle onorevoli commissioni, hanno voluto ascoltare le osservazioni da noi esposte, in merito allo schema di Statuto per l'ordinamento autonomo della Regione Trentino-Alto Adige, predisposto dalla commissione presidenziale. In particolare esprimo tutta la mia soddisfazione e quella del gruppo che rappresento, per la comprensione dimostrata nell'esame delle nostre osservazioni e per l'accoglimento di gran parte delle nostre principali richieste, sì che possiamo constatare con vivo compiacimento che l'accordo De Gasperi-Gruber, intervenendo a Parigi nel settembre del 1946, per quanto riguarda il problema fondamentale dell'autonomia, è ormai tradotto in realtà. Confidiamo che nell'applicazione dello Statuto si verrà a creare tra i gruppi linguistici della nostra provincia, quell'atmosfera di reciproca fiducia e comprensione, tanto necessaria ai fini di una feconda collaborazione per lo sviluppo della Regione nell'interesse generale del Paese ».

Fino a ieri si discuteva sulle più ampie competenze alla Provincia, oggi si mettono in forse questi orientamenti e si manifesta la volontà delle due Regioni.

Noi socialisti, come ho detto prima, siamo per una estensione delle competenze provinciali, anche per poter valutare la volontà della S.V.P. di operare sul piano sociale. Volgger ha manifestato completa sfiducia perché si è arrivati sempre tardi, si è dato troppo poco, si è dovuto lottare per ogni virgola, esprimendo un grave rammarico ed una convinzione che anche le nuove concessioni promesse saranno senz'altro un fallimento.

Io vorrei dire all'on.le Volgger che tutte le conquiste, sono frutto di pazienti lotte, di attese, di ansie, e che le attuali condizioni di vita della popolazione altoatesina non sono certo gravi come denunciato e non certo tali da non consentire il tempo indispensabile per concretizzare gli accordi.

Ai comunisti dobbiamo riconoscere il primato delle critiche e delle accuse rivolteci, prima tra tutte quella di mantenere in piedi una formula di centrosinistra vuota di contenuto e di fornire in sostanza una riedizione camuffata del vecchio centrismo.

Noi abbiamo la franchezza di dire che non c'è stata quella decisa svolta politica che avrebbe dovuto qualificare la Giunta in maniera chiaramente diversa dal passato, perché sussiste ancora una certa mentalità in Regione che risente l'influenza della politica tradizionale.

Nessuno di noi però aveva mai sognato, tenuto conto anche del rapporto di forza esistente, di poter spazzar via con un solo colpo le impostazioni economico-sociali che hanno fatto scuola per il passato.

Una cosa è invece certa: che i Socialisti sono continuamente tesi all'impostazione, alla

attuazione di un indirizzo nuovo e progressista, di problemi economico-sociali.

È soprattutto nelle soluzioni di questo ultimo che finora si sono ottenuti i maggiori risultati positivi, perché risultati positivi se ne sono ottenuti checché ne dicono gli altri.

È un chiaro passo avanti nella conquista di una migliore assistenza, lo sforzo che stà facendo l'Assessorato all'Assistenza e Sanità per una coordinata azione di ampliamento delle provvidenze assistenziali, cioè rilevazione sulla consistenza degli ambulatori medici comunali, frazionari e consorziali, per constatare l'attrezzatura sanitaria nelle comunità più piccole e quindi di immediato contatto con la popolazione.

In base ai risultati si potrà intervenire razionalmente alla soluzione di quelle necessità che si siano appalesate di più urgente intervento.

Rilevazione sullo stato di assicurazione di malattia della popolazione regionale, della quale si è constatato che tre grossi gruppi di persone sono ancora privi dell'assicurazione di malattia (pensionati coldiretti, invalidi di malattie professionali, vecchi lavoratori privi di pensione).

È conseguente impegno dell'Assessorato e della Giunta di fornire gradualmente nei prossimi anni agli stessi una adeguata copertura assicurativa.

Così pure nel campo dell'applicazione dell'articolo 10 del turismo possiamo rilevare l'opera dei socialisti nella impostazione e ricerca di nuove soluzioni ai problemi di questi settori economicamente tanto importanti per la nostra Regione, e vorrei dire di importanza fondamentale per determinate zone.

È stato compiuto uno sforzo di concentramento delle disponibilità finanziarie del settore turistico (100 milioni) nel completamen-

to e miglioramento delle principali strutture ricettive (Alberghi) con l'indicazione di nuovi criteri di intervento (con percentuali maggiori per avviamento e miglioramenti di alberghi già esistenti e percentuali minori per i nuovi).

Si sono affrontate ed appoggiate nuove iniziative quali aeroporti, altiporti, autostrada, la cui importanza per lo sviluppo turistico non è nemmeno da accennare.

Per quanto riguarda invece l'art. 10 non possiamo dimenticare che il problema era fermo da tempo e che non si incassava una lira dopo 5 anni.

Non è stato semplice riprendere il discorso, e un qualche successo si dovrebbe riconoscere:

1. Pagamento arretrati e riconoscimento del principio del « pro solvendo ».

2. Impegno dell'ENEL a ricercare una soluzione concordata e soddisfacente.

Da ricordare che il monte delle richieste della Regione, in base alla delibera del 17-12-1963, era di 4,5 miliardi.

Ma è evidente che i socialisti non possono agire come vorrebbero, sotto la spinta del loro desiderio di progresso, condizionati dalla situazione politica esistente in Regione.

Pur tuttavia un progresso c'è e vi è stata soprattutto una predisposizione di basi di lancio che potranno e daranno in futuro i loro frutti.

La vostra acerba e costante opposizione al centro-sinistra, ovunque si manifesti, non vi consente di riconoscere che le riforme ed il progresso è graduale e reale ed il tempo sarà giudice onesto della verità.

Il tema centrale della Giunta di centro sinistra è la programmazione.

Alla stessa va indirizzata la massima attenzione e cura per stabilire, riconosciutane l'importanza, i modi i tempi e gli strumenti per

l'attuazione dei programmi economici e sociali.

Il tempo trascorso dalla presentazione del piano da parte del Ministro del Bilancio dovrebbe avere consentito di chiarire le idee e le tecniche di pianificazione ed i rapporti tra pianificazione nazionale e regionale.

Il piano regionale, come è detto anche nella relazione del Presidente della Giunta regionale dovrebbe diventare uno strumento tecnico-economico, ma anche un fatto culturale, in quanto esprime le scelte, le preferenze e le aspirazioni delle popolazioni per il loro sviluppo culturale economico e sociale.

Si trattava di vedere come congegnare la impostazione del lavoro di programmazione, tenuto conto anche della struttura della Regione Trentino-Alto Adige con delle province autonome, dotate di propria competenza legislativa su materie quale l'urbanistica che non può essere estraniata dalla programmazione economica.

Un recente convegno tenutosi a Roma presso il Ministro del bilancio Pieraccini, del Presidente della Giunta Dalvit, del Presidente della Giunta provinciale di Bolzano Magnago, del Presidente della Giunta provinciale di Trento dr. Kessler e del dr. Benedikter, ha richiamato la nostra viva attenzione su questo argomento, poiché ci dà da sperare che le posizioni intransigenti della S.V.P. di un tempo abbiano avuto un ripensamento verso una possibile soluzione positiva e concordata.

Da parte del Presidente Dalvit è stata formulata nella sua relazione la possibilità di delegare alle Province il compito della programmazione.

I Comitati regionali per la programmazione sono stati costituiti in tutti i territori delle future Regioni a statuto normale e nelle tre Regioni a statuto speciale: Sicilia, Sardegna e Friuli-Venezia Giulia.

Solo nella nostra Regione non è ancora stato costituito.

La estremamente difficile e povera economia della nostra regione richiede una ampia collaborazione in tutte le forze politiche, economiche e sindacali per una realistica programmazione, e non consente irrigidimenti o soste eccessivamente lunghe, senza pregiudicare gravemente la ripresa economica della nostra terra.

Non serve a niente la constatazione della gravità della situazione, anzi è causa di grave colpa e responsabilità se dopo aver constatato non si ricorre con ogni mezzo per superare le difficoltà e ricercarne le soluzioni.

Se, non si vuole accettare la creazione del Comitato regionale con l'esclusione delle province, che mi sembra evidente, nei Comitati provinciali con esclusione della Regione, che mi sembra altrettanto evidente, si consideri l'opportunità della costituzione del Comitato regionale composto dalla Regione e dalle province, con due sottocomitati provinciali.

Noi però accettiamo anche la delega alle province, e questo, sia ben chiaro, non significa abdicare ai propri compiti e responsabilità, come è stato detto, ma ciò risponde al nostro desiderio di responsabilizzare la S.V.P. su compiti regionali di grande importanza.

Signori Consiglieri abbiamo davanti a noi un bilancio di 17 miliardi da amministrare, un anno difficile davanti con notevoli difficoltà da superare. La nostra popolazione è in ansiosa attesa delle soluzioni che sapremo e dovremo dare ai più gravi e urgenti problemi. La nostra gente è anche paziente, ma dimostra ormai un certo nervosismo per la lunga attesa di veder seguire i fatti alle promesse. Il problema presentato dal Presidente della Giunta e dalla Giunta consente di vedere con un certo ottimismo il superamento degli ostacoli

per raggiungere l'obbiettivo che ci siamo prefissi ed entro termini anche consentiti. Per affrontare però tutto questo programma, è necessario che le forze politiche nella regione diano tutto il loro contributo, nell'ambito delle proprie responsabilità, in primo luogo, per la ricerca di un clima tale, che permette di dedicare tutte le energie alla soluzione dei grandi problemi.

(*Riassume la Presidenza il Presidente Bertorelle*)..

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich möchte den Regionalratsmitgliedern italienischer Sprache die genaue Übersetzung der von mir in der Handelskammer Bozen am 15. Februar gehaltenen Rede verteilen, nicht weil ich der Ansicht bin, daß der Regionalrat den Raumordnungsplan der Provinz Bozen beraten soll, sondern weil ich den Eindruck habe, daß die meisten aus den Berichten der italienischen Tageszeitungen nicht den vollen gedanklichen Inhalt dieser Rede aufgenommen haben.

Wieder ist im Regionalrat eine Auseinandersetzung über die Südtirolfrage im Gange, heuer durch das « Los von Trient! » Molignonis und die Wirtschaftsprogrammierung angereichert. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Regionalrat — demokratisch gesehen — keine Berechtigung hat, über das Schicksal Südtirols mitzubestimmen. Dieses Recht steht innenpolitisch dem Landtag von Bozen und dem italienischen Parlament zu. Die von Degasperi geltend gemachte Funktion der Region und damit der Trentiner, für die Südtiroler Rom gegenüber Schild zu sein, hätte dann einen Sinn gehabt, wenn dieser Region die

Macht gegeben worden wäre, stellvertretend für den Staat das Pariser Abkommen und den Art. 6 der Verfassung durchzuführen. Wenn heute in der Programmerklärung des Präsidenten des Regionalausschusses festgestellt wird, daß diese Region in der Hauptsache nicht errichtet worden ist, um gutes Zusammenleben der Volksgruppen zu gewährleisten, so geben damit die im Ausschuß vertretenen Parteien offiziell das zu, was der Abgeordnete Molignoni, der einer Regierungspartei angehört, anhand der geschichtlichen Erfahrung näher begründet hat. Damit fällt letzten Endes allerdings auch die verfassungspolitische Rechtfertigung dieser Region, denn diese kann nicht darin bestehen, daß die Region bisher die ihr zugeteilten Steuergelder im großen und ganzen intelligent verwaltet hat. Wenn es trotzdem im Regionalrat Jahr für Jahr zu einer Auseinandersetzung über die Südtirol-Frage kommt, so deshalb, weil dieser Regionalrat gegen das demokratische Prinzip heute noch Wirtschaftspolitik für Südtirol betreiben kann, und weil sich die Region in widersinniger Weise an der Beratung über die Änderung des Status quo, an dessen Aufrechterhaltung sie natürlicherweise interessiert ist, beteiligen kann, und weil der Regionalrat genau genommen das einzige örtliche parlamentarische Forum ist. Diese Auseinandersetzung wird hier also gewissermaßen stellvertretend für das Römische Parlament und den Bozner Landtag geführt.

Die Südtiroler Volkspartei hat seit 1958 nicht mehr für den Regionalhaushalt gestimmt. Sie ist 1959 aus dem Regionalausschuß ausgetreten, weil sie sich durch den Vertreter der Region im Ministerrat, der Ausdruck einer italienischen Mehrheit des Regionalrates ist, nicht genügend geschützt fühlte und weil sie damit die Schildfunktion der Region als gescheitert erachtet hat. Allerdings hätte auch Degasperi

als Ministerpräsident eine andere Südtirol-Politik befolgen müssen und nicht den Chef des Grenzonenamtes, Innocenti, als Werkzeug zur Verschleppung aller wesentlichen aus dem Pariser Abkommen und dem bestehenden Autonomiestatut sich ergebenden Durchführungsmaßnahmen benutzen dürfen. Ich verweise auf die bis heute nicht erfolgte Durchführung der Schulautonomie, auf die verhältnismäßige Besetzung der staatlichen und halbstaatlichen Stellen und die erst 1959/60 erfolgte Regelung des Sprachgebrauches, welche immer noch von der Unterlegenheit der deutschen Sprache ausgeht. Hinsichtlich der Handhabung des Art. 14 hat Odorizzi sich zu seiner Verantwortung bekannt, sich jedoch damit gerechtfertigt, daß der Verfassungsgerichtshof ihm 1957 in seiner Auslegung des Art. 14 recht gegeben habe. Die erste grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen den Südtirolern und den Trentinern über die Durchführung des Art. 14 erfolgte im Dezember 1949 anlässlich des Gesetzes über die Überwachung der Genossenschaften. Im Oktober 1956 wurde vom Regionalrat ein umfassendes Delegierungsgesetz für Landwirtschaft und Forstwesen einschließlich Überleitung der Ämter verabschiedet, von dem man wußte, daß es von der Zentralregierung beim Verfassungsgerichtshof angefochten werden würde. Zwischen 1949 und 1956, während noch kein Verfassungsgerichtshof bestand, hat es immer wieder Gelegenheit gegeben, den Art. 14 in der von unseren Unterhändlern bei Verabschiedung des Autonomiestatutes aufgefaßten Weise durchzuführen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Zentralregierung sich dabei dem entschlossenen Vorgehen der Region widersetzt hätte.

In der Programmerklärung des Präsidenten des Regionalausschusses heißt es: « Obwohl die Südtiroler Volkspartei im Regio-

nalausschuß nicht vertreten ist, haben wir in dieser Übergangszeit auf den Standpunkt der deutschen Volksgruppe demokratisch Rücksicht genommen. » Ich antworte: Ihr habt gegen die begründete Stellungnahme der Vertreter der deutschen Volksgruppe ein Jagdgesetz verabschiedet, das die Gemeinde- und die Provinzautonomie sowie den Art. 14 des Statuts als Norm mißachtet und gegen den Sinn territorialer Autonomie die Funktionen einer halbstaatlichen Körperschaft bekräftigt; dabei habt ihr auch eine gesetzliche Regelung des Wildschadenersatzes an Bergbauern abgelehnt! Ihr habt in dieser Legislaturperiode mit allen parlamentarischen Mitteln versucht, ein Industrieförderungsgesetz durchzubringen, womit gegen unseren entschlossenen Widerstand ein Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft durchbrochen worden wäre!

Ich versteh die Demokratie, nicht wie sie der Abgeordnete Vinante auffaßt: In Südtirol gibt es keine Demokratie, weil immer noch 97% der Wählerschaft ihre Stimmen einer Partei mit einem gewissen Programm geben und weil diese Partei damit eine beherrschende Stellung einnimmt; deswegen muß man also abwarten, bis sich diese Lage ändert, um die Autonomie der Provinz Bozen zu erweitern. Wenn das Demokratie ist, dann möchte ich nur fragen, ob man etwa warten will, bis in der Provinz Bozen die Volksfront oder die Volksdemokratie ihren Einzug hält, um die Autonomie der Provinz Bozen anzuerkennen. Was soll der Hinweis auf die Teilnahme des Abgeordneten Raffeiner am Regionalausschuß? Kann der im erklärten Gegensatz zum Standpunkt der Südtiroler Volkspartei stehende und 3% der Südtiroler Wählerschaft vertretende Abgeordnete den demokratischen Spielregeln gemäß die Beteiligung der deutschen Volksgruppe an der Regionalregierung darstellen?

Der Abgeordnete Corsini hat den Vergleich von der Kuh, die in Bozen gefüttert und in Trient gemolken wird, kurzerhand geradezu als umgekehrt zutreffend bezeichnet. Von uns wurde auch in diesen letzten Jahren immer wieder eine umfassende Abrechnung aller von der Region seit ihrem Bestehen in den Provinzen Bozen und Trient angelegten Gelder verlangt, einschließlich der im Zusammenhang mit dem Autonomiestatut bewirkten Zuwendungen, auch wenn sie nicht im Regionalhaushalt aufgeschienen sind, wie z.B. die Finanzierung des Umbaues der Trento-Malè-Bahn. Wie bekannt, geschah diese Finanzierung auf Grund einer in der Verfassunggebenden Versammlung übernommenen Verpflichtung, in Südtirol bestehende Eisenbahnen zu modernisieren. Statt dessen wurden in Südtirol eine Reihe von Nebenbahnen stillgelegt, als ob man damit den Aufwand von mehreren Milliarden für die Trento-Malè-Bahn wettmachen wollte. Die angekündigte mechanographische Einrichtung des Rechnungsamtes der Region müßte die verlangte umfassende Abrechnung erleichtern, so daß ein- für allemal festgestellt werden könnte, ob in der Verteilung an die beiden Provinzen Gerechtigkeit eingehalten wurde. Allerdings müßten zuerst im Einvernehmen zwischen den Vertretungen der beiden Provinzen klare Richtlinien hinsichtlich der Einteilung der Zuwendungen an die beiden Provinzen festgesetzt werden. Durch die mechanographische Rechnungsführung könnten auch für die Zukunft die Zahlungen nach Provinzen laufend ersichtlich gemacht werden. Diese immer wiederkehrende Auseinandersetzung ist schon deswegen anachronistisch, weil auch nach dem heutigen Autonomiestatut die Region keine verwaltungspolitische Einheit darstellt, sondern in zwei Einheiten zerfällt und weil im Autonomiestatut selbst der Grundsatz

der Aufteilung nach dem Steuerertrag in den Provinzen enthalten ist.

Was meine Ausführungen in der Handelskammer betrifft, so kann ich nur wiederholen, daß ich dieselben bekräftige und das Urteil darüber getrost der Wählerschaft überlasse, d.h. die Frage, wer im Interesse der deutschen und ladinischen Volksgruppen, aber auch einer echten Befriedung in Südtirol gesprochen hat. Ich war allerdings sehr verwundert über eine gewisse Reaktion von italienischer Seite, die ich in meinem guten Glauben einfach nicht versteh, es sei denn, daß mangels ausführlicher Darlegung Mißverständnisse entstanden sind.

Ich habe bisher angenommen, daß die Mehrheit der in Südtirol lebenden Italiener für die Durchführung der Vorschläge der Neunzehnerkommission und damit z.B. für die verhältnismäßige Besetzung der staatlichen und halbstaatlichen Stellen sei. Ebenso habe ich geglaubt, daß man auch von italienischer Seite die Eingliederung des Bevölkerungsüberschusses aus der Landwirtschaft nicht nur in neu zu schaffende, sondern auch in die bestehenden Industriezonen wünsche, und, um diese Eingliederung möglich zu machen, auch eine entsprechende Zuweisung von Volkswohnungen an Südtiroler in den Städten. Jemand hat mich gefragt: « Stimmt es, daß du aus den 6.000 dem Volkswohnbauinstitut und der INA-Casa gehörenden Volkswohnungen zwei Drittel der jetzigen Mieter hinauswerfen willst, um Südtiroler hineinzubringen? » Aus dem Gesamtzusammenhang meiner Rede ergibt sich, daß der von mir verfochtene Grundsatz der verhältnismäßigen Zuweisung dieser Volkswohnungen für die in Zukunft frei werdenden Wohnungen gelten soll, das umso mehr, als durch das Provinzgesetz Nr. 3 vom 20. April 1963 die Abtretung ins Eigentum von 70% dieser Woh-

nungen an ihre heutigen Mieter vorgesehen ist, falls es diese Mieter beantragen. Erst seitdem die Provinz gewisse Befugnisse des Ministeriums für öffentliche Arbeiten übernommen hat, wurde den ungesunden Behausungen in Bozen, die zum Schaden der länger Ansässigen immer wieder als Sprungbrett für eine sofortige Wohnungszuweisung benutzt wurden, zu Leibe gerückt, indem die Landesverwaltung zusammen mit der Gemeinde Bozen ein Sonderprogramm — sei es von Tupini & Romita-Bauten, sei es von vom Volkswohnbauinstitut, der Gemeinde und der Provinz gemeinsam finanzierten Bauten — vereinbarte. Ich habe Tatbestände aufgeführt, die nicht bestritten worden sind und die insgesamt — hauptsächlich als Folge der faschistischen Politik — das Bild einer tatsächlichen Diskriminierung der Südtiroler hinsichtlich des Rechtes auf den gleichen sozialen Fortschritt in der Heimat ergeben. « Es ist Aufgabe der Republik, die Hindernisse wirtschaftlicher und sozialer Art zu beseitigen, welche die volle Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit und die tatsächliche Teilnahme aller Werktätigen an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisation verhindern », so heißt es im Art. 3 der Verfassung. Dazu erkennt Art. 6 der Verfassung an, daß es Sonderbestimmungen für die Sprachminderheiten braucht. Im Art. 2 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. Dezember 1965 einstimmig genehmigten Konvention zur Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung verpflichten sich die Staaten, in den sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Gebieten besondere und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die angemessene Entwicklung und den Schutz gewisser Gruppen zu gewährleisten und um ihnen den vollen und gleichen Genuss der

menschlichen Rechte und Grundfreiheiten zu sichern.

Damit ist der Proporz hinsichtlich der Stellenbesetzung und auch der Proporz hinsichtlich der Zuweisung von Volkswohnungen auch vom Standpunkt der Vereinten Nationen und nicht nur vom Standpunkt des Pariser Abkommens gerechtfertigt. Ich habe gesagt, wir brauchen die Zuständigkeit für die Arbeitsvermittlung, um den Grundsatz der Bevorzugung der einheimischen Arbeitskräfte wirklich durchführen zu können. Und wir brauchen die Zuständigkeit für die Industrie, um einen Industrialisierungsplan zu verwirklichen, der tatsächlich allen in Südtirol Ansässigen zugute kommt und nicht die Zuwanderung aus anderen Provinzen fördert. Dementsprechend habe ich auch für die Zukunft die verhältnismäßige Beteiligung der Südtiroler am staatlichen Volkswohnbauprogramm gefordert.

Ich wäre dem Abgeordneten Jenny dankbar, wenn er hier im Regionalrat näher erklären würde, wieso diese Forderungen den Tod für die Südtiroler bedeuten. Im übrigen bin ich überzeugt, daß, wenn überhaupt demokratisch vorgegangen wird — dabei meine ich auch mit Vernunft —, gar nichts anderes übrig bleibt, als die Richtlinien zu befolgen, die sich aus den von mir aufgezeigten Tatbeständen ergeben, immer vorausgesetzt, daß man tatsächlich der Auswanderung der Südtiroler entgegensteuern will.

Ich habe gesagt, der Landesraumordnungsplan setzt einen Plan für die wirtschaftliche Entwicklung voraus. Hinsichtlich der Programmierung der wirtschaftlichen Entwicklung berichtet Präsident Dalvit von der Weigerung des Landesausschusses Bozen, regionale Planungsorgane einzurichten. Es entsteht der Eindruck, als ob der Landesausschuß Bozen die Wirtschaftsprogrammierung überhaupt sabotie-

ren möchte. Der beste Beweis dagegen ist jedoch wiederum im Bericht des Präsidenten enthalten, und zwar im gemeinsamen Brief vom 12. Mai 1965 der drei Präsidenten der Region und beider Provinzen an den Ministerpräsidenten und den Haushaltsminister, worin einvernehmlich verlangt wird, daß alle drei autonomen Einheiten an der Formulierung des staatlichen Wirtschaftsprogrammes gleichberechtigt beteiligt werden sollen. Auf Grund dieses Briefes ist am vergangenen Freitag, dem 11. März, eine erste Zusammenkunft der Vertreter der Region und beider Provinzen mit dem Haushaltsminister erfolgt, um über diese Beteiligung zu verhandeln; diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Indem ich den im Bericht des Präsidenten abgedruckten Brief vom 12. Mai 1965 voraussetze, möchte ich im Hinblick auf die Auseinandersetzung zwischen Region und Provinzen hinsichtlich der Ausarbeitung des Planes der wirtschaftlichen Entwicklung die in diesem Brief enthaltenen Argumente ergänzen: Wirtschaften ist raumgebunden, jede Wirtschaftspolitik hat ihre territorialen Auswirkungen. Jeder Plan für die wirtschaftliche Entwicklung baut daher auf der Interdependenz von Raumordnung und Wirtschaftsgestaltung auf. Die Provinzen haben nun einmal primäre Zuständigkeit für die Raumordnung, welche auch im Fünfjahresprogramm der Regierung als das wesentliche Werkzeug für die Durchführung des Planes der wirtschaftlichen Entwicklung bezeichnet wird. Dem ist so, weil fast die gesamte Wirtschaftsprogrammierung auf Vorkehrungen der öffentlichen Hand beruht, die sich auf das Territorium auswirken. Ob es sich nun um die Wildbachverbauung und die systematische Regulierung der öffentlichen Gewässer, die Wasserleitungen, die Großmeliorierungen, den Schulhausbau, den Krankenhausbau, den Straßenbau und

die Verkehrsplanung, die Ansiedlung von Industrien in größeren oder kleineren Industriezonen, die koordinierte Nutzung der öffentlichen Gewässer für Wasserkraft, Landwirtschaft, Industrie und Zivilbedarf, gemäß dem bestehenden Staatsgesetz, den Volkswohnbau und die öffentlichen Arbeiten im allgemeinen handelt, überall geht es letzten Endes um Vorrangshandlungen, die ihren Niederschlag im Landesraumordnungsplan finden und daher schon deswegen im Einvernehmen mit der Provinz geplant werden müssen. Dazu kommt, daß die Provinzen bereits hinsichtlich Wohnbau und Berufsausbildung, Grundzusammenlegung zur Schaffung von Mindestkultureinheiten und Handwerk, also hinsichtlich wesentlicher Teile des Planes, sachliche Zuständigkeit haben. Die Regionen Aostatal und Friaul-Julisch Venetien haben bereits Gesetze, wonach der Regionalrat den regionalen Plan für die wirtschaftliche Entwicklung beschließt. Andererseits fällt die Beschußfassung über einen solchen Plan an sich nicht in irgendein bestehendes Sachgebiet der Region oder der Provinz, sondern stellt nur eine Art und Weise dar, wie die Regierungsfunktion wahrgenommen wird. Es kann daher auf Grund der gegebenen Teilung der Zuständigkeiten zwischen Region und Provinzen niemand der Provinz nehmen, ihren Plan für die wirtschaftliche Entwicklung zu beschließen, der gegenüber dem Regionalplan den Vorteil hat, daß er die Raumordnung miteinbezieht. Sollen nun Pläne für die wirtschaftliche Entwicklung sowohl auf Regional- als auch auf Provinzebene ausgearbeitet und beschlossen werden, wobei der von der Region beschlossene Plan die Provinz in ihrer primären Gesetzgebung hinsichtlich Raumordnung nicht binden würde? Das stünde im Gegensatz zum Sinn der Programmierung, welche im Grund nichts anderes will, als die gesamte Tätigkeit der öffentlichen

Hand auf allen Ebenen zu koordinieren, also planmäßig und damit fruchtbringender zu gestalten. Da nun einmal der Landesraumordnungsplan Sache der Provinz ist und auch der Regionalausschuß zur Auffassung gelangt ist, die Ausarbeitung der Wirtschaftspläne den Provinzen zu überlassen, ist es naheliegend und der Vernunft entsprechend, wenn ein einheitlicher Plan für die wirtschaftliche Entwicklung, ebenso wie der Landesraumordnungsplan, nicht vom Regionalrat, sondern vom Landtag genehmigt wird. Ich beziehe mich selbstverständlich auf die heutige verfassungsrechtliche Lage und nicht auf die, wie sie sich etwa nach der geplanten Reform des Autonomiestatutes darstellen würde. Ich füge deshalb hinzu, daß sich die Provinz in der Ausarbeitung des Wirtschaftsplänes hinsichtlich der Sachgebiete, wo sie keine Zuständigkeit besitzt, mit den jeweils zuständigen staatlichen und regionalen Stellen ins Einvernehmen setzen muß. Da die Region heute noch die Zuständigkeit für wesentliche wirtschaftliche Sachgebiete besitzt, eine Planung auf diesen Sachgebieten jedoch ohne Einvernehmen mit der Provinz wegen des Landesraumordnungsplanes keinen Sinn hätte und die Wirtschaftsplanung und Raumordnung in einem einheitlichen Zusammenhang gesehen werden müssen, hat der Landesausschuß von Bozen der Region sogar angeboten, daß zwar die Beschußfassung des wirtschaftlichen Entwicklungsplanes zusammen mit dem Landesraumordnungsplan der Provinz überlassen bleiben soll, jedoch in der Ausarbeitung des Wirtschaftsplänes das Einvernehmen mit der Region gepflogen werden soll. Damit wäre auf örtlicher Ebene ein einheitlicher Wirtschafts- und Landesraumordnungsplan gewährleistet, der jedoch zu seinem Zustandekommen das Einvernehmen mit der Region und mit den zuständigen staatlichen

Stellen voraussetzt. Diese Lösung wäre technisch gesehen die einfachste und politisch würde sie den Gegebenheiten des Staates und der Region, aber auch dem international verankerten Recht auf Selbstregierung der Provinz Bozen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen.

Was die Verteidigung der Autonomie betrifft, will ich nicht Dinge wiederholen, die schon seit Jahren von mir und anderen vorgebracht wurden, sondern zusammenfassend feststellen, daß seit Austritt der Südtiroler Volkspartei aus dem Regionalausschuß keine echte Anstrengung mehr gemacht wurde, die Autonomie in Gesetzgebung und Verwaltung auszubauen. Ich erwähne beispielsweise nur mehr die noch im Koalitionsabkommen angedeutete Rezeption der Gesetzgebung über Großmeliorierung (bonifica), mit welcher das jüngste Staatsgesetz Nr. 901 vom 14. Juli 1965 eng zusammenhängt, welches die Zentralregierung ermächtigt, die Entwicklungskörperschaften in der Landwirtschaft zu regeln. Sardinien hat dieses Staatsgesetz im September 1965 beim Verfassungsgerichtshof angefochten, während dieser Regionalausschuß sich in einer Antwort auf eine Anfrage von mir nur vorbehalten hat, den Verfassungsgerichtshof anzurufen, falls in der Durchführung des Gesetzes die Zuständigkeit der Region verletzt würde. Das Staatsgesetz behandelt die Entwicklungskörperschaften mit ausdrücklichem Bezug auch auf das Territorium der Spezialregionen. Diese Körperschaften hängen vom Landwirtschaftsministerium ab; ihre Tätigkeit wird vom Landwirtschaftsministerium gelenkt und zu ihnen werden ausdrücklich auch das «Ente Nazionale Tre Venezie» und die «Opera Nazionale Combattenti» gezählt. Wenn die Region ihre Autonomie hinsichtlich Landwirtschaft wirklich verteidigen will, so ist es höchste Zeit, die we-

sentliche Staatsgesetzgebung, mit welcher die Wirtschaftsplanung in der Landwirtschaft durchgeführt wird, zu rezipieren. Und dazu gehört, wie schon erwähnt, das Bonifizierungsgesetz Nr. 215 vom Jahre 1933 und das Grüne-Plan-Gesetz. Nur ein wichtiges Gesetz für die Entwicklung der Landwirtschaft, das sogenannte Berggesetz, wurde noch auf Initiative der Südtiroler Volkspartei-Ausschußmitglieder Rom gegenüber durchgesetzt. Wie kann die Region es dulden, daß 76.000 ha ihres Territoriums, davon rund 10.000 ha Regionalbesitz, in landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und jagdwirtschaftlicher Hinsicht von einer staatlichen Stelle außerhalb der Region verwaltet werden? Ich meine den Nationalpark Stilfserjoch, der nicht unter den Vorbehalt des Art. 55 des Autonomiestatutes fällt, weil er keine halbstaatliche Körperschaft ist, während andererseits die Region die Befugnisse der staatlichen Forstverwaltung samt deren Ämtern übernommen hat. In Bormio ist für die Verwaltung dieses Nationalparkes — der sich zu 80% auf dem Territorium der Region befindet — erst jüngst eine Villa gebaut worden; es wurde angeblich um 60 Millionen ein Hubschrauber gekauft und es wurden von der Parkverwaltung in Stilfs nicht in der Provinz ansässige Personen angestellt. Das alles, obwohl die interessierte Bevölkerung durch die Gemeinderäte immer wieder die Abschaffung dieses Parks verlangt hat.

Zum Trauerspiel wird die Verteidigung der Rechte der Region hinsichtlich der Energiewirtschaft. Dabei geht es um die Durchsetzung eines Votums des Regionalrates vom 17. Dezember 1963, sowie um eine Änderung des ENEL-Gesetzes, womit das ENEL-System mit dem im Statut vorgesehenen Mitspracherecht der Region hinsichtlich der Großableitungen und mit der Gesetzgebung hinsichtlich der

kleinen Ableitungen in Einklang gebracht werden soll, gemäß feierlichem Versprechen der Regierung im Parlament und auch gemäß Anregung des Verfassungsgerichtshofes. Der Präsident des Regionalausschusses hat in seiner Antwort vom 28. Februar auf meine Anfrage vom 3. Februar hinsichtlich der Äußerung des Assessors Albertini, daß Art. 10 des Statuts höchstens 500 Millionen erbringen würde und nichts zu machen sei, weil es sich um einen Fehler der Verfassunggebenden Versammlung handle, festgestellt, daß die Erklärungen Albertinis nicht von den Richtlinien des Regionalausschusses abweichen. Ich frage mich daher, wie man hier von einer Verteidigung der Autonomie reden kann.

Im Koalitionsabkommen ist noch davon die Rede, gewisse in die Zuständigkeit der Region fallende Gesetze zu erlassen, wofür es nicht notwendig ist, die Reform des Autonomiestatutes abzuwarten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Zusage auf Grund des Art. 56 des Autonomiestatutes, die Wiederherstellung der Gemeindeautonomie hinsichtlich der Gemeindesekretäre vorzunehmen. Was die geplanten Änderungen an der Gemeindeordnung betrifft, hat der Gemeindenverband der Provinz Bozen unter anderem auch die Übernahme durch die Region des Aufwandes für die von den Gemeinden angestellten Waldaufseher beantragt. Diese Bestimmung entspricht klar der auch in der jüngsten Regierungserklärung vom Ministerpräsidenten Moro verkündigten Richtlinie, daß den Gemeinden Lasten, die ihnen aus dem übertragenen Wirkungskreis erwachsen, abgenommen werden sollen. Was die Durchführung des Art. 14, also die normale Übertragung der Verwaltungsbefugnisse auf die Provinzen betrifft, muß ich zur Vermeidung von Mißverständnissen wiederholen, daß eine Delegierung stän-

diger behördlicher Funktionen bisher nur im Enteignungswesen, Fremdenverkehr und in mit der Gemeindeaufsicht zusammenhängenden Befugnissen erfolgt ist. Alle übrigen delegierten Gesetze betreffen die Gewährung von Subventionen und sind daher auch zeitlich befristet. Es ist keine Delegierung erfolgt, auf Grund welcher bestehende regionale Ämter oder Dienste aufgelöst worden wären und deren Personal von der Provinz übernommen worden wäre. Bisher wurden unsere Anträge auf Delegierung der Befugnisse im Jagdwesen abgelehnt, obwohl sie in ganz Italien vom Staat auf die Provinzen bereits durchgeführt worden ist; ebenso die Delegierung hinsichtlich Seilbahntransporte, obwohl sowohl im Staat als auch in der Region Sizilien, dort mit Gesetz vom 4. Juli 1964 Nr. 10, eine Dezentralisierung durchgeführt wurde.

Unverständlich ist mir die Haltung des Regionalausschusses hinsichtlich des zweimal rückverwiesenen Gesetzes über die Pensionskasse für alle örtlichen Angestellten. Bekanntlich erfolgten diese Rückverweisungen mit einem Crescendo an antiautonomistischen Einwänden, ausgerechnet von Seiten der Mittelinksregierung. Jetzt will der Regionalausschuß die Herausgabe von Durchführungsbestimmungen abwarten. Es wäre jedoch im Sinne der Verteidigung der Autonomie viel naheliegender, wenn der Mittelinksausschuß sich bei der Mittelinksregierung in Rom einsetzen würde, damit das Gesetz, falls es vom Regionalrat mit Beharrungsbeschuß verabschiedet wird, auch in Kraft treten kann. Damit wäre auch die autonomistische Durchschlagskraft dieses Regionalausschusses gegenüber der dem Programm nach ebenso autonomiefreundlichen Zentralregierung bewiesen.

Der Abgeordnete Raffeiner ist zum Mephisto der Südtiroler Volkspartei, zum Geist, der

stets verneint, geworden und zu einem Teil jener Kraft, die stets das Böse will und, wie ich hoffe, ohne es zu wollen, trotzdem das Gute schafft. Gewisse Äußerungen von ihm im Landtag und im Regionalrat zwingen mich zu einer Antwort. Zuerst möchte ich jedoch die politische Philosophie des heutigen Raffeiner, wie sie sich aus diesen Äußerungen ergibt, schlagwortartig zusammenfassen:

1. Die Südtiroler haben nicht wegen der faschistischen Unterdrückung für Deutschland optiert, sondern wegen der nationalsozialistischen Propaganda. Die faschistische Unterdrückung hätte noch schlimmer sein können, ohne diese Wirkung hervorzurufen.

2. Das von der Südtiroler Volkspartei in Südtirol errichtete Verwaltungsregime ist schlimmer als der Faschismus. Deswegen dürfen diesem Regime keine weiteren Regierungsbefugnisse übertragen, ja, die bereits gegebenen sollen womöglich eingeschränkt werden.

Der Unterschied zwischen uns und Raffeiner ist etwa der, daß wir bei seinem politischen Stand bis ungefähr 1958, wie er in dem von ihm mitunterzeichneten Memorandum an die italienische Regierung vom April 1954 und in seiner Anklagerede im Senat vom Februar 1954 am umfassendsten zum Ausdruck kommt, stehen geblieben sind, weil sich seither hinsichtlich Wiedergutmachung des faschistischen Unrechts durch die im Pariser Abkommen vorgesehenen Sondermaßnahmen kein wesentlicher Fortschritt getan hat. Was das Verhältnis zum Faschismus betrifft, so decken sich gewisse Äußerungen Raffeiners weitgehend mit den Thesen der Neufaschisten, wonach die Politik der starken Hand gegenüber den Südtirolern die einzige richtige sei, denn unter dem Faschismus hätten sich die Südtiroler zum Unterschied von heute im großen und ganzen ruhig und brav verhalten.

Raffeiner fragt sich, woher die Provinz die Zuständigkeit für Raumordnung hat. Er möchte die im Art. 11 des Statutes angegebenen Sachgebiete Urbanistik und Bebauungspläne einschränkend auslegen, vergißt jedoch, daß sowohl das staatliche Urbanistikgesetz als auch die Durchführungsbestimmungen in diesen Sachgebieten die Raumordnung miteinbeziehen. Er vergißt auch, daß die Schwerfälligkeit der autonomen Verwaltungen ihren Anfang in der Einführung des Rechnungshofes auf Grund der Durchführungsbestimmungen vom Jahr 1951 genommen hat; der Rechnungshof hat seinerseits die Anwendung der staatlichen Vorschriften über die Rechnungsführung herbeigeführt.

Raffeiner vergißt, daß der Bebauungsplan von Bozen im Einvernehmen zwischen der italienischen Mehrheit der Gemeinde Bozen — Agostini vergißt das auch — und der deutschen Mehrheit der Provinz zustandegekommen ist, unter ausdrücklichem Verzicht auf das faschistische Konzept eines imperialen Groß-Bozens einerseits und mit Zustimmung zu einer dichten Besiedlung des gesamten Bereiches zwischen Drususstraße, Reschenstraße und Eisack andererseits, zusätzlich zur bereits beschlossenen CEP-Großsiedlung in Haslach.

Raffeiner vergißt, daß von allen Südtiroler Gemeinden im Zeitraum 1921-1961 nur zwei eine Vermehrung der Wohnbevölkerung von über 100% erfahren haben, nämlich Bozen um 171% und Leifers um 163%, wobei die Italienischsprachigen in Bozen von 7.000 auf 70.000 und in Leifers von 1.800 auf rund 6.500 gestiegen sind.

Er vergißt auch, daß in der Industriezone auch heute nur rund 5% der Beschäftigten Deutschsprachige sind und daß auch im Zeitraum 1951 - 1964, in welchem ein Rückgang der Zuwanderung feststellbar war, die Zuwan-

derungszahl aus anderen Provinzen nach Bozen immerhin rund 6.000 beträgt.

Ich habe jüngst aus den Vereinigten Staaten einen Bericht über die Entwicklung der Stadtregionen im Zusammenhang mit dem kommunalen Finanzwesen bekommen und entnehme daraus diesen Satz: « Die Entwicklung der Stadtregionen führt in ihrer derzeitigen Form weniger zu einer weiteren Verdichtung, als vielmehr zu einer räumlichen Expansion. Die relative Bedeutung der Kernstädte, gemessen etwa am Bewölkerungsanteil oder am Anteil der Arbeitsplätze, geht zurück. » Also mit anderen Worten: In den Vereinigten Staaten ist in der hochindustrialisierten Großstadt eine Dezentralisierung der Industrie im Gange. Das erhellt auch aus dem weiteren Satz: « Wenn die Entwicklung so weitergeht wie bisher, werden die Besteuerungsquellen eines Tages als Folge der Dezentralisierung von Industrie und Gewerbe in den Stadtregionen außerhalb der Kernstädte liegen. »

Daß eine geballte Industrialisierung im Etschtal von Meran oder Bozen abwärts anstelle der von uns geplanten, auf die Haupttäler zu verteilenden, die Zuwanderung aus den anderen Provinzen fördern würde, hat z.B. Franco Demarchi in der von der Region am 13. und 14. Juli 1964 veranstalteten Industriekonferenz zugegeben, indem er erklärte — ich zitiere —: « Es ist anzunehmen, daß eine einheitliche Organisation der zu industrialisierenden Zone von Rovereto bis Meran von der deutschen Volksgruppe nicht leicht angenommen werden kann, weil sie unausweichlich die Gemischtsprachigkeit erhöhen würde. » Als Ersatz für die mangelnde Industrialisierung des Hinterlandes — so wird das gesamte Provinzgebiet mit Ausnahme des Etschtales von Bozen abwärts genannt — führt Demarchi den Bau von Feriendörfern, Sommerfrischsied-

lungen für die Belegschaft der Industrien in den einmündenden Tälern, sowie von Sennereien, Fleischhauereien, Obstverkaufsstellen durch Erzeugergenossenschaften aus den Tälern in dem zu industrialisierenden Gebiet an.

Raffeiner vergißt, daß die von Erich Amonn als verfassungsrechtlicher Schutz gegen die Übervorteilung der Südtiroler in der Region im Art. 73 vorgesehene nach Provinzen getrennte Abstimmung des Regionalhaushaltes sich zu einer Farce entwickelt hat. Die Mehrheit des Südtiroler Landtages stimmt seit 1958 nicht mehr für den Regionalhaushalt. Derselbe wird automatisch vom Innenminister genehmigt, sogar in Fällen, wo die zahlenmäßige Mehrheit des Regionalrates gegen den Haushalt gestimmt hat. Es hat also nicht nur die Schutzfunktion dieses Artikels versagt, sondern er hat es erlaubt, daß ein Regionalausschuß am Ruder bleiben kann, dessen Haushaltsplan mehrheitlich abgelehnt war.

In der jetzigen Regionalratsgruppe der Südtiroler Volkspartei befindet sich noch eine ganze Reihe von Abgeordneten, welche an den ersten zwei Legislaturperioden, die als « Gute-Wille-Perioden » bezeichnet werden, teilgenommen haben. In dem auch von Raffeiner mitunterzeichneten Memorandum an die italienische Regierung vom April 1954, das eine umfassende Anklageschrift über die Nichterfüllung des Pariser Abkommens und des Autonomiestatutes darstellt, heißt es abschließend — ich zitiere: — « Wenn wir jetzt, unsere Darstellung zusammenfassend, eine Antwort auf die Frage geben wollen, ob das Pariser Abkommen und das Autonomiestatut sich als ausreichend erwiesen haben, unserer Volksgruppe das Leben und die Existenz als Gemeinschaft zu sichern, kann diese Antwort bestimmt nicht bejahend sein. Das hängt teilweise von der Art und dem Geist ab, in welchem diese Werkzeu-

ge angewendet wurden und teilweise von Lücken und Unvollkommenheiten dieser Werkzeuge selber. Im besonderen fehlen geeignete Vorkehrungen, um in wirksamer Weise die Rechte und die legitimen Interessen der Minderheiten gegen Verletzungen und Angriffe zu schützen.»

Raffeiner meint heute, die Autonomie, also auch die im Pariser Abkommen vorgesehene Autonomie, sei überhaupt nicht das richtige Werkzeug zum Schutz der Volksgruppen. Er vergißt, daß in der nahe gelegenen Schweiz die Territorialautonomie gerade diese Funktion seit Jahrhunderten erfüllt. Dafür, daß eine Regionalautonomie auf der ganzen Welt heute als Hauptwerkzeug zum Schutz und für die freie Entfaltung von Volksgruppen angesehen wird, werde ich noch später einen Beweis erbringen.

In der Erklärung zur Stimmabgabe bei der Verabschiedung des Landeshaushaltes im vergangenen Dezember hat der Abgeordnete Raffeiner gemeint, ich hätte es mir ersparen können, ein Wörterbuch der englischen Sprache in den Landtag mitzubringen, um über das Wort « frame » im Pariser Abkommen zu reden. Ich hätte mir von ihm in dieser immerhin grundlegenden Frage mehr Gründlichkeit erwartet. Der Abg. Raffeiner weiß, daß — ich zitiere Alfred Verdross — « zur authentischen Auslegung von völkerrechtlichen Verträgen nur die Vertragsteile selbst befugt sind », daß die Erklärungen Grubers und Degasperis keine authentische Auslegung des Pariser Abkommens darstellen. Eine solche müßte in aller Form zwischen den Vertragsteilen vereinbart werden. Es gibt da auch einen Brief Grubers an Degasperi vom 10. Januar 1948, in dem Gruber ausdrücklich feststellt, daß die Zusammenlegung beider Provinzen nicht dem Pariser Abkommen entspricht. Wenn wir also auf die

richterliche Auslegung des Wortes « frame » angewiesen sind, so ergeben sich nach Verdross folgende Grundsätze:

1. Der Wille der Partein muß zunächst aus dem Vertrag selbst ermittelt werden. Ergibt sich aus dem Zusammenhang eines Textes kein klarer und eindeutiger Sinn, dann darf vom Wortlaut nur abgewichen werden, wenn nachgewiesen wird, daß die Parteien etwas anderes gewollt haben.
2. Eine Auslegung, welche den Vertrag oder einen Teil desselben seiner vollen Wirksamkeit berauben würde, ist abzulehnen.
3. Hat ein Staat eine unklare Vertragsbestimmung vorgeschlagen, dann ist sie im Zweifel zu seinen Ungunsten auszulegen.

Bezüglich des Wortes « frame », entnehme ich aus dem Standardwörterbuch der englischen Sprache, von Funk & Vagnall, New York, 1963, daß es Struktur, System, Aufbau, Ordnung, Form bedeuten kann, jedoch niemals territoriale Abgrenzung.

Es stimmt nicht, daß die Vereinten Nationen die Südtirol-Frage als eine rein juridische aufgefaßt haben, sonst würden sie dem anfänglichen Begehren Italiens, Österreich an den Internationalen Gerichtshof zu verweisen, stattgegeben haben. Österreich hat dagegen den Standpunkt vertreten, daß es sich, wenn es sich um die Existenz, um die Entwicklung einer geschlossen in ihrem Heimatteritorium siedelnden Volksgruppe handelt, in erster Linie um eine politische Angelegenheit handelt. Das, auch wenn sie durch einen zwischenstaatlichen Vertrag geregelt ist, der allerdings — zum Unterschied etwa vom Zypern-Vertrag zwischen Großbritannien, Griechenland und der Türkei mit seinen 27 Artikeln über die Verfassung Zyperns — in drei kurzen Artikeln politische Zielsetzungen umreißt, die erst in näheren

Grundsatzbestimmungen, sei es auf internationaler sei es auf innenstaatlicher Ebene, ihren Niederschlag finden müssen. Aus dem Mangel eingehender rechtlicher Normen im Abkommen erklärt sich auch der himmelweite Unterschied zwischen den Positionen der Vertragspartner, wonach von der einen Seite das Abkommen als im großen und ganzen durchgeführt, von der anderen Seite als sinngemäß noch nicht durchgeführt erachtet wird.

Nun kurz etwas zu den Ausführungen Agostinis über das Landschaftsschutzgesetz in der Provinz Bozen. Ich kann dem Abgeordneten Agostini hinsichtlich dieser Ausführungen nicht den guten Glauben zubilligen, denn als Mitglied des Landtages von Bozen muß er bestimmte Dinge wissen oder es besteht eben eine radikale Ignoranz darüber. Das, was er über die Auswirkung und über die Handhabung des Landschaftsschutzgesetzes in der Provinz Bozen gesagt hat, kauft ihm kein vernünftiger Mensch mehr ab, weder in Südtirol noch in Rom. Und ich möchte ihn bitten, sich diesbezüglich, sei es beim « Consiglio nazionale delle ricerche », bei der « Commissione italiana conservazione natura e sue risorse », bei der « Associazione "Italia Nostra" », sei es auch beim Europarat zu erkundigen. Ein Sonderbeauftragter des Europarates hat jüngst England, Frankreich und Italien bereist — ein gewisser Cranley — und einen Bericht über die Landschaftsschutzgesetzgebung und Wirksamkeit des Landschaftsschutzes an den Europarat erstattet und dabei die Region — er meinte damit die Provinz Bozen — besonders lobend hervorgehoben. Aber ich möchte nicht weiter darauf eingehen, sondern nur noch feststellen, daß seit Bestehen des Landschaftsschutzgesetzes, also seit August 1957 bis Ende der vergangenen Legislaturperiode,

also Ende 1964, von 5.617 behandelten Bau gesuchen 37 abgelehnt wurden, d.h. ein endgültiges Bauverbot ausgesprochen wurde, ein Prozentsatz von 0,7. Von diesen 37 Gesuchen betreffen etwa 12 italienische Interessen. Ich kann allerdings noch hinzufügen, daß kein einziges industrielles Vorhaben, weder von deutscher noch von italienischer Seite, aus Landschaftsschutzgründen unterbunden worden ist.

Zum Abschluß noch: Ich frage mich immer wieder, ob unsere Forderungen, unser Beharren vom allgemein menschlichen Standpunkt aus, vom Standpunkt der zusammen wachsenden Menschheit und der schrumpfenden Abstände in der kulturellen Entwicklung, gerechtfertigt sind. Dazu darf wohl die Meinungsbildung bei den Vereinten Nationen als maßgeblich erachtet werden. Und ich komme zum Schluß, indem ich Ihnen kurz einige Sätze der Schlußfolgerungen zitiere, die von einem Seminar stammen, das im Juni 1965 auf Einladung der Regierung von Jugoslawien vom Generalsekretär der Vereinten Nationen in Ljubljana veranstaltet wurde. Dieses Seminar hatte zu beraten, welche Maßnahmen getroffen werden sollen, um den Religions-, Sprach- oder Volksgruppen die Verwirklichung von Sonderrechten zu gewährleisten, damit sie ihre Traditionen, ihre Eigenart und ihr nationales Bewußtsein bewahren können. An diesem Seminar haben für Italien die Professoren des internationalen Rechtes Giuseppe Sperduti und Giuseppe Capotorti teilgenommen, bekanntlich auch Mitglieder der Delegation, die für Italien mit Österreich verhandelt. Ich habe aus diesem Bericht den größeren Teil ins Deutsche übersetzt, kann ihn also den Regionalratsabgeordneten zur Verfügung stellen; ich möchte nur, wie gesagt, einige Sätze aus dem einstimmig genehmigten Schlußbericht bringen, und zwar: « Mehrere Teilnehmer vertraten die Ansicht,

daß gewisse Formen politischer Organisationen bessere Möglichkeiten böten als andere, um die Menschenrechte für alle Bürger sicherzustellen. Einige Sprecher pflichteten dieser Ansicht bei, indem sie darauf hinwiesen, daß zum Beispiel besonders in einem großen Staat Vorteile aus einer bundesstaatlichen Organisation, also durch die Territorialautonomie, welche den Erfordernissen der Volksgruppen angepaßt ist, gewonnen werden können. Mehrere Sprecher vertraten die Meinung, daß die erste Voraussetzung für eine wirkliche Lösung der gewisse Volksgruppen bedrängenden Probleme im Ausgleich des wirtschaftlichen Mißverhältnisses zu suchen wäre. Allgemein wurde anerkannt, daß das Recht auf autonome Aktion zur Erhaltung und zum Fortbestand der Traditionen und Eigenart einer Volksgruppe einen wesentlichen Teil ihrer Lebensart ausmache und das sicherste Mittel für den Schutz ihrer Identität als Volksgruppe darstelle. Die erhaltenswerten besonderen Merkmale und Traditionen jeder Gruppe umfassen auch ihre wirtschaftliche und soziale Organisation, vorausgesetzt, daß diese nicht in Konflikt mit der allgemeinen Entwicklungspolitik des Staates steht. Die meisten Teilnehmer waren der Meinung, daß der Staat, auch wenn dazu keine Verpflichtung bestünde, die autonome Entwicklung dieser Eigenart und Traditionen fördern solle. Die Notwendigkeit, jede Form von Diskriminierung zu beseitigen, wurde als Grundlage für die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit zwischen den Volksgruppen und der Gewährleistung und Erhaltung der ethnischen Eigenschaften der verschiedenen Gruppen angesehen. Wirtschaftliche und soziale Maßnahmen, um der Landbevölkerung zu helfen, in ihrem Siedlungsgebiet zu bleiben, sind besonders wichtig im Zusammenhang mit der Erhaltung der ethnischen Gruppen und de-

ren Kultur und Eigenart. Dezentralisierung von Industrien und örtliche Planung wären besonders wirkungsvoll als Mittel gegen ländliche Isolierung und Landflucht. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, daß die Gesetzgebung zur Sicherung eines gleichen Einkommens bei gleicher Leistung und besondere Maßnahmen für die Aufnahme in den Staatsdienst sich als hervorragend geeignet erwiesen haben, den Lebensstandard von Minderheitsgruppen zu heben und deren Führungs-potenzial zu stärken. Das Erzielen einer regionalen Entwicklung durch örtliche Planung wurde als besonders wichtig angesehen und einige Teilnehmer beschrieben Arten der Planungstechnik, die geeignet sind, die staatliche Planung den regionalen Erfordernissen anzupassen, mit besonderem Bedacht auf die Wahl der Industriestandorte.» Erlauben Sie mir noch, zwei Sätze aus Arbeitsdokumenten für dieses Seminar, die von einem Direktor des Institutes für Politik und Wirtschaft in Puna, Indien, vorgelegt wurden, vorzulesen: « Man ist in Indien jetzt zum Schlusse gelangt, die Teilstaaten, also die autonomen Einheiten, auf der Grundlage hauptsächlich von sprachlichen Gemeinschaften zu reorganisieren. Indien zielt jetzt darauf ab, alle autonomen Einheiten, alle Landessprachen auf allen Ebenen der Erziehung und der Verwaltung innerhalb der einzelnen Staaten voll und ganz zu entwickeln, allerdings auch eine dieser Sprachen, das Hindi, als Nationalsprache zu entwickeln.»

Und nachdem hier die Rede davon gewesen ist, daß es zuerst den guten Willen braucht und man dann erst Verfassungsänderungen vornehmen könne, also ein typischer Circulus vitiosus, möchte ich noch auf eine Stelle in diesem Bericht des Seminars von Laibach hinweisen, in der es heißt: « Es wurde gelegentlich argumentiert, daß rechtliche oder verfassungs-

rechtliche Maßnahmen nicht über die psychologische Bereitschaft des interessierten Volkes hinausgehen können; solche Gesetze würden nicht beobachtet werden, wenn das Volk nicht darauf vorbereitet wäre. Als eine Folge davon würden gesetzliche Garantien die Minderheit nicht schützen, wenn sie nicht mit den Wünschen der Mehrheit übereinstimmen würden, also wenn sie nicht von der Mehrheit angenommen würden. Eine nähere Untersuchung dieser Frage ergibt jedoch, daß das Verhältnis, die Beziehung zwischen dem Verhalten einerseits und den rechtlichen Einrichtungen andererseits eine Art Sich-im-Kreis-Bewegen ist: Haltungen können den Einrichtungen, also den Verfassungsbestimmungen vorhergehen und sie auch formen; aber ein Wechsel, eine Änderung in den verfassungsrechtlichen Einrichtungen kann auch die Haltungen ändern.» Und damit glaube ich auch abschließend sagen zu können, daß wir heute in der Entwicklung der Lage in Südtirol eben an dem Punkt angelangt sind, daß auf Grund der gegebenen Versprechungen nur mehr grundsätzliche Änderungen in der bestehenden verfassungsrechtlichen Ordnung auch eine Änderung in der Haltung der Bevölkerung und damit auch den guten Willen der Bevölkerung zur Folge hätten.

(Vorrei distribuire ai consiglieri regionali di lingua italiana la traduzione esatta del discorso che ho tenuto il 15 febbraio alla Camera di Commercio di Bolzano, non perché pensi che il Consiglio regionale debba discutere il piano di coordinamento territoriale della Provincia di Bolzano, ma perché ho l'impressione che dalle relazioni pubblicate dai quotidiani italiani la maggior parte dei consiglieri non abbia afferrato pienamente le idee contenute nel mio intervento.)

In Consiglio regionale si sta ancora una volta discutendo la questione sudtirolese, questa volta arricchita dal « Los von Trient! » di Molignoni e dalla programmazione economica. Il mio punto di vista è quello che il Consiglio regionale non abbia, democraticamente parlando, nessun diritto di decidere sul destino dell'Alto Adige. Nel campo della politica interna tale diritto spetta al Consiglio provinciale di Bolzano ed al Parlamento italiano. La funzione della Regione, e con ciò dei trentini, fatta valere da Degasperi, cioè quella di rappresentare e difendere i sudtirolesi nei confronti di Roma, avrebbe avuto senso se alla Regione si fosse concesso il potere di applicare, in sostituzione dello Stato, l'Accordo di Parigi e l'art. 6 della Costituzione. Riconoscendo oggi nelle dichiarazioni programmatiche del Presidente della Giunta regionale che la causa prima dell'Istituzione della Regione non è stata l'intenzione di garantire una buona convivenza fra i gruppi etnici, contemporaneamente i partiti che fanno parte della Giunta ammettono ufficialmente ciò che il consigliere Molignoni, che appartiene ad uno dei partiti al Governo, ha motivato più esaurientemente sulla base di una esperienza storica. Con ciò cade però anche la giustificazione politico-costituzionale della Regione, giustificazione che non può consistere in un'amministrazione, finora in genere intelligente, del gettito tributario assegnatole. Se nonostante ciò in Consiglio regionale si arriva ogni anno ad una discussione sulla questione altoatesina, ciò succede perché questo Consiglio può ancor oggi, contro il principio di democrazia, determinare la politica economica dell'Alto Adige, perché la Regione può partecipare alle consultazioni per la modifica dello status quo, il che è una contraddizione visto che essa logicamente è interessata al suo mantenimento, da ultimo anche perché il Consiglio regionale

costituisce l'unico vero e proprio Parlamento locale. La discussione che si conduce qui è dunque in un certo qual modo sostitutiva di quelle da farsi al Parlamento romano e nel Consiglio provinciale.

Dal 1958 la S.V.P. non ha più votato in favore del bilancio regionale, dal 1959 si è ritirata dal Governo regionale perché non si sentiva tutelata a sufficienza dal rappresentante della Regione presso il Consiglio dei Ministri, rappresentante che è l'espressione della maggioranza italiana nel Consiglio regionale, e perché con ciò essa ha considerata fallita la funzione rappresentativa della Regione. Anche Degasperi avrebbe comunque dovuto applicare, nella sua qualità di Presidente del Consiglio dei Ministri, una linea politica diversa nei confronti dell'Alto Adige, senza servirsi del capo dell'Ufficio zone di frontiera, Innocenti, come strumento per dilazionare le più importanti norme di applicazione sull'Accordo di Parigi e sull'attuale Statuto di autonomia. Riguardo all'autonomia scolastica, finora non applicata, all'occupazione proporzionale dei posti statali e parastatali, alla regolamentazione, avvenuta appena nel 1959-60, dell'uso della lingua, regolamentazione che si basa ancor sempre sull'inferiorità della lingua tedesca. Per quanto riguarda l'applicazione dell'art. 14 l'avv. Odorizzi si è assunto le sue responsabilità, giustificandosi però col dire che nel 1957 la Corte Costituzionale aveva approvato la sua interpretazione dell'articolo suddetto. I primi contrasti di principio fra sudtirolesi e trentini sull'applicazione dell'art. 14 si sono avuti nel dicembre 1949 ed esattamente sulla questione del controllo sulle cooperative.

Nell'ottobre del 1956 il Consiglio regionale varava un'esauriente legge di delega per il campo dell'agricoltura e delle foreste compreso il passaggio degli uffici relativi, legge che si sa-

peva sarebbe stata impugnata dal Governo centrale davanti alla Corte Costituzionale. Fra il 1949 ed il 1956, quando ancora la Corte Costituzionale non esisteva, si era spesso offerta l'occasione di applicare l'art. 14 secondo l'interpretazione che ne avevano dato i nostri negoziatori al tempo dell'approvazione dello Statuto di autonomia. Non riesco ad immaginare che il Governo centrale si sarebbe opposto ad una decisa azione della Regione.

Nelle dichiarazioni programmatiche del Presidente della Giunta regionale si dice ancora: « Pur non essendo la S.V.P. rappresentata nella Giunta regionale, in questo periodo transitorio abbiamo tenuto conto democraticamente anche del punto di vista del gruppo etnico tedesco ». Rispondo: contro la motivata presa di posizione dei rappresentanti del gruppo etnico tedesco, avete varato una legge sulla caccia che non tiene alcun conto dell'autonomia comunale e provinciale né della norma contenuta nell'art. 14 dello Statuto e che rafforza, in contraddizione col significato di autonomia territoriale, le funzioni di un ente parastatale: oltre a ciò avete rifiutato di regolamentare in una legge il rimborso dei danni provocati dalla selvaggina ai contadini! Nel corso della presente legislatura avete tentato con ogni mezzo parlamentare di far passare una legge di incremento industriale che incontrava la nostra decisa opposizione e che avrebbe violato uno dei principi dell'economia sociale di mercato!

Non capisco la democrazia come la intende il consigliere Vinante: secondo lui in Alto Adige non esiste una democrazia perché il 97% dei votanti continua a dare il suo voto ad un partito con un determinato programma e perché tale partito assume perciò una posizione di predominio; di conseguenza bisognerà aspettare che la situazione cambi prima di ampliare l'autonomia della Provincia di Bolzano.

Se qui si tratta di democrazia, vorrei chiedere se si intende aspettare, per riconoscere l'autonomia di questa provincia, che in provincia di Bolzano facciano il loro ingresso il fronte popolare e la democrazia popolare. Che significato ha l'accenno alla partecipazione del consigliere Raffaele alla Giunta regionale? In base alle regole democratiche può forse questo consigliere, che si dichiara al punto di vista opposto di quello della S.V.P. e che rappresenta il 3% dell'elettorato sudtirolese, costituire la partecipazione al Governo regionale del gruppo etnico tedesco?

Il consigliere Corsini ha definito addirittura esatto, ma alla rovescia, il paragone con la mucca che si foraggia a Bolzano e si munge a Trento. Anche in questi ultimi anni abbiamo chiesto ripetutamente un rendiconto completo dei fondi investiti dalla Regione, dalla sua istituzione in poi, nelle province di Bolzano e di Trento, comprese le assegnazioni effettuate in relazione allo Statuto di autonomia, anche se non comprese nel bilancio regionale come per esempio il finanziamento per riammodernare la ferrovia Trento-Malè. Come è noto, tale finanziamento è avvenuto in base all'impegno, preso nella Costituente, di rimodernare le linee ferroviarie esistenti in Alto Adige. In Alto Adige sono state messe invece fuori servizio parecchie linee ferroviarie secondarie, quasi a compenso dei molti miliardi spesi per la ferrovia Trento-Malé.

L'annunciato centro meccanografico, che dovrebbe venir istituito presso l'Ufficio ragioneria della Regione, dovrebbe facilitare il calcolo che abbiamo chiesto, in modo da poter constatare una volta per tutte se la ripartizione dei fondi fra le due Province è stata fatta con giustizia. D'accordo con le rappresentanze di entrambe le Province bisognerebbe comunque stabilire in principio chiare direttive sulla riparti-

zione delle assegnazioni fra le due Province. La contabilità meccanografica potrebbe dare poi in futuro un quadro dei pagamenti suddivisi per province. Tale discussione sulla ripartizione è anacronistica, non fosse altro che perché in base all'attuale Statuto di autonomia la Regione non rappresenta un'unità politico - amministrativa unica ma si divide in due organismi e perché lo Statuto contiene inoltre il principio della ripartizione in proporzione al gettito tributario nelle due Province.

Per quanto riguarda le mie dichiarazioni alla Camera di Commercio, non posso che ripetere di confermarle e di lasciare con animo tranquillo agli elettori il giudizio su chi abbia parlato nell'interesse dei gruppi etnici tedesco e ladino e contemporaneamente nell'interesse di una vera pacificazione dell'Alto Adige. Sono rimasto comunque molto sorpreso di una certa reazione da parte italiana, reazione che in buona fede mi risulta semplicemente incomprensibile a meno che, in mancanza di una dettagliata esposizione, non siano sorti dei malintesi.

Ho sempre creduto finora che la maggioranza degli italiani residenti in Alto Adige fosse favorevole all'applicazione delle proposte della Commissione dei 19 e con ciò per esempio all'assegnazione secondo la proporzionale etnica dei posti statali e parastatali. Ho sempre creduto inoltre che anche da parte italiana si auspicasse l'assunzione dell'eccedenza di manodopera proveniente dall'agricoltura non solo in zone industriali di futura creazione ma anche in quelle già esistenti e che, per rendere ciò possibile, si ritenesse logica anche un'adeguata assegnazione di abitazioni popolari ai sudtirolensi nelle città. Mi è stato chiesto: «È vero che hai intenzione di sfruttare i due terzi degli attuali affittuari dei 6.000 alloggi appartenenti all'Istituto case popolari ed all'INA-Casa, per

aloggiarvi dei sudtirolesi? » Dal contesto del mio discorso risulta che il principio da me difeso, cioè quello dell'assegnazione di tali alloggi popolari in base alla proporzionale etnica, va applicato agli alloggi che si renderanno liberi in futuro; ciò tanto più in quanto la legge provinciale n. 3 del 20 aprile 1963 prevede la cessione in proprietà del 70% di tali alloggi agli attuali affittuari, se essi ne faranno richiesta. Soltanto da quando la Provincia ha assunto alcune facoltà del Ministero ai lavori pubblici si è affrontato il problema degli alloggi malsani a Bolzano, alloggi che si continuavano ad usare come pista di lancio per ottenere un'assegnazione immediata di alloggi popolari a tutto detrimento di coloro che risiedevano da maggior tempo a Bolzano. Il problema è stato affrontato organizzando in accordo fra l'amministrazione provinciale ed il comune di Bolzano un programma straordinario, consistente in costruzioni di case Tupini e Romita e di case finanziate dall'Istituto case popolari insieme con il Comune e la Provincia. Ho portato dati di fatto incontrastanti e che danno un quadro di effettiva discriminazione, soprattutto in conseguenza della politica fascista, nei confronti dei sudtirolesi riguardo al loro diritto ad un pari progresso sociale nella loro terra. « È compito della Repubblica, rimuovere gli ostacoli di ordine economico e sociale che... impediscono il pieno sviluppo della persona umana e l'effettiva partecipazione di tutti i lavoratori all'organizzazione politica, economica sciale del Paese » dice l'art. 3 della Costituzione. L'art. 6 della Costituzione riconosce inoltre che per le minoranze linguistiche sono necessarie norme apposite. Nell'art. 2 della Convenzione per la eliminazione di ogni forma di discriminazione razziale, approvata all'unanimità nella seduta plenaria delle Nazioni Unite del 21 dicembre

1965, i singoli Stati si impegnano a prendere provvedimenti appropriati e concreti in campo sociale, economico, culturale ecc., al fine di garantire l'adeguato sviluppo e la tutela di determinati gruppi e di assicurare loro pieno godimento dei diritti umani e delle libertà fondamentali. Con ciò è giustificata anche dal punto di vista delle Nazioni Unite e non soltanto da quello dell'Accordo di Parigi, l'applicazione della proporzionale etnica nell'assegnazione dei posti di lavoro nonché delle abitazioni popolari. Ho detto che ci è necessaria la competenza in materia di collocamento al lavoro per poter applicare effettivamente il principio della preferenza per la manodopera locale. Abbiamo anche bisogno di competenze nel campo dell'industria, per realizzare un programma di industrializzazione che vada a vantaggio di tutti coloro che risiedono in Alto Adige, senza incrementare l'immigrazione da altre province. Per queste ragioni ho chiesto che in futuro anche i sudtirolesi partecipino, in base alla proporzionale, all'edilizia popolare statale.

Sarei grato al cons. Jenny se mi spiegasse più esattamente qui in Consiglio regionale come mai tali richieste significherebbero la morte per i sudtirolesi. Per il resto sono convinto che se si agisce democraticamente, ed intendo con ciò anche saggiamente, non rimanga nient'altro da fare che seguire le direttive risultanti da fatti che ho esposto, sempre premettendo l'intenzione di opporsi effettivamente all'emigrazione dei sudtirolesi.

Ho affermato che il piano provinciale di coordinamento territoriale va preceduto da un piano per lo sviluppo economico. Per quanto riguarda la programmazione dello sviluppo economico, il Presidente Dalvit riferisce che la Giunta provinciale di Bolzano si è rifiutata di istituire organi di programmazione regionali:

l'impressione suscitata è quella che la Giunta provinciale di Bolzano intenderebbe sabotare la programmazione economica. La miglior dimostrazione del contrario è contenuta invece proprio nella relazione del Presidente ed esattamente nella lettera scritta il 12 maggio 1965 dai tre Presidenti, della Regione e delle due Province, al Presidente del Consiglio dei Ministri ed al Ministro del bilancio: in essa si chiede di comune accordo che i tre enti autonomi siano chiamati a partecipare con pari diritto alla formulazione del programma economico nazionale. In seguito a tale lettera i rappresentanti della Regione e delle due Province hanno avuto un primo incontro, venerdì scorso 11 marzo, col Ministro del bilancio, allo scopo di trattare tale partecipazione: le trattative non sono ancora concluse. Partendo dalla predetta lettera del 12 maggio 1965 riprodotta nella relazione del Presidente, e riferendomi alla controversia fra la Regione e le Province sull'elaborazione del piano di sviluppo economico, vorrei completare gli argomenti contenuti nella lettera: ogni organizzazione economica è legata al luogo, ogni forma di politica economica ha effetti territoriali. Ogni programma di sviluppo economico si fonda infatti sulla reciproca dipendenza fra coordinamento territoriale e configurazione economica. Le province hanno già competenza primaria in materia di coordinamento territoriale, che anche nel programma quinquennale governativo è definito strumento essenziale per la applicazione del piano di sviluppo economico. Questo perché quasi tutta la programmazione economica si basa su provvedimenti degli enti pubblici, i cui effetti ricadono sulla regione. Sia che si tratti ora di sistemazioni idraulico-forestali o di regolazione sistematica delle acque pubbliche, di acquedotti, di bonifiche di grande estensione, di edilizia scolastica e ospedaliera,

ra, di costruzioni stradali e di pianificazione del traffico, dell'impianto di fabbriche in zone industriali più o meno grandi, dello sfruttamento coordinato delle acque pubbliche per l'energia idrica, l'agricoltura, l'industria e gli usi civili in base alla legge nazionale vigente dell'edilizia popolare o dei lavori pubblici in generale, per ognuno di questi campi si tratta in fondo di provvedimenti contenuti nel piano provinciale di coordinamento territoriale e che anche soltanto per questa ragione devono venir programmati d'accordo con la Provincia. A ciò si aggiunge il fatto che le Province già possiedono effettivamente competenze nel campo dell'edilizia popolare, dell'istruzione professionale, della commassazione per creare minime unità culturali e dell'artigianato, dunque di parti essenziali del piano. La Regione aostana e quella del Friuli-Venezia Giulia hanno già leggi, secondo cui il Consiglio regionale delibera il programma regionale di sviluppo economico. D'altro canto la decisione relativa ad un programma del genere non rientra in uno dei campi di competenza già attribuiti alla Regione od alla Provincia ma rappresenta soltanto un modo di esercitare le funzioni di Governo. In base infatti all'attuale divisione delle competenze fra Regione e Province, nessuno potrà negare alla Provincia la facoltà di decidere il proprio programma di sviluppo economico, il quale avrà, nei confronti del programma regionale, il vantaggio di comprendere anche il coordinamento territoriale. Sarà opportuno dunque elaborare e stabilire programmi di sviluppo economico tanto su piano regionale quanto su piano provinciale, anche se il programma deciso dalla Regione non legherebbe la Provincia nella materia in cui ha facoltà legislative primarie, cioè nel coordinamento territoriale? Ciò sarebbe in contraddizione col significato della programmazione, la

quale in fondo non ha altro scopo che quello di coordinare tutte le attività degli enti pubblici ad ogni livello, cioè di configurarle con metodo per conseguire dunque maggiori risultati. Poiché ormai il piano di coordinamento territoriale è campo della Provincia ed anche la Giunta regionale si è convertita all'opinione di lasciare alle Province l'elaborazione della programmazione economica, sarà logico e ragionevole che sia il Consiglio provinciale, e non il Consiglio regionale, a deliberare anche il piano generale per lo sviluppo economico, come già avviene per il piano di coordinamento territoriale. Mi riferisco naturalmente alla situazione costituzionale odierna e non a quella che verrebbe ad instaurarsi dopo la progettata riforma dello Statuto di autonomia. Aggiungo perciò che nella elaborazione dei programmi economici la Provincia dovrà accordarsi, per quanto riguarda le materie al di fuori della sua competenza, con gli uffici statali o regionali competenti. Poiché la Regione possiede attualmente la competenza in materie economiche essenziali, mentre una programmazione in materia sarebbe insensata senza un accordo con la Provincia, appunto a causa del piano di coordinamento territoriale, e poiché la programmazione economica ed il coordinamento territoriale vanno inseriti in un unico contesto, la Giunta provinciale di Bolzano ha perfino offerto alla Regione di elaborare il programma economico d'intesa con la Regione stessa, pur rimanendo alla Provincia la decisione sul programma di sviluppo economico come pure sul piano di coordinamento territoriale. Ciò garantirebbe un programma di sviluppo economico e di coordinamento territoriale unitario su piano locale, il quale premetterebbe però una compilazione in accordo con la Regione e con i competenti uffici statali. Dal punto di vista tecnico questa soluzione sarebbe

la più semplice, mentre dal punto di vista politico essa permetterebbe di tener conto della realtà di fatto nella Regione e nello Stato ma anche del diritto all'autoamministrazione nel campo dello sviluppo economico, ancorato in accordi internazionali, della Provincia di Bolzano.

Per quanto riguarda poi la difesa dell'autonomia, non voglio ripetere argomenti che io ed altri portiamo già da anni ma constatare riassumendo che dal tempo del ritiro della S.V.P. dalla Giunta regionale non si è fatto più sforzo alcuno per consolidare l'autonomia attraverso un'attività legislativa od amministrativa. Accenno a questo proposito soltanto alla recezione, accennata nel programma di coalizione, della legislazione sulla bonifica, a cui si ricollega la recente legge statale n. 901 del 14 luglio 1965, autorizzante il Governo centrale a disciplinare gli enti di sviluppo nell'agricoltura. Nel settembre 1965 la Sardegna ha impugnato tale legge statale davanti alla Corte Costituzionale, mentre la nostra Giunta regionale si è limitata a riservarsi, in una risposta ad un'interrogazione da me presentata, di appellare alla Corte Costituzionale nel caso che l'applicazione della legge invadesse il campo di competenza regionale. La legge nazionale tratta degli enti di sviluppo, con espresso riferimento anche al territorio delle regioni a statuto speciale. Tali enti dipendono dal Ministero dell'Agricoltura, che orienta altresì la loro attività, e fra di essi sono espressamente elencati anche l'Ente Nazionale Tre Venezie e l'Opera Nazionale Combattenti. Se la Regione intende veramente difendere la propria autonomia nel campo della agricoltura è ormai tempo di recepire le più importanti leggi nazionali che applicano la programmazione economica all'agricoltura. Fra queste si annoverano, come ho già detto, la legge

sulla bonifica n. 215 del 1933 e la legge sul Piano Verde.

Una sola legge importante per lo sviluppo dell'agricoltura, la cosiddetta legge sulla montagna, è stata accolta, in contrasto a Roma, su iniziativa dei membri della Giunta appartenenti alla S.V.P. Come può la Regione permettere che 76.000 ha del suo territorio, di cui 10.000 appartenenti addirittura al demanio provinciale, vengano amministrati, per quanto riguarda l'agricoltura, le foreste e la caccia da un ente statale estraneo alla Regione? Parlo qui del Parco nazionale dello Stelvio, che non rientra nelle eccezioni di cui all'art. 55 dello Statuto non essendo un organismo parastatale, mentre d'altra parte la Regione ha assunto le facoltà e gli uffici dell'amministrazione forestale dello Stato. Di recente è stata costruita a Bormio una villa destinata all'amministrazione di questo Parco nazionale (l'80% della cui superficie si trova in territorio regionale); sembra che sia stato acquistato, per 60 milioni, un elicottero, ed inoltre l'amministrazione del Parco a Stelvio ha assunto personale residente fuori provincia. E tutto ciò nonostante che la popolazione interessata abbia continuato a reclamare la eliminazione del parco.

Addirittura una tragedia, si fa la difesa dei diritti della Regione quando si entra nel campo dell'economia delle fonti di energia. Si tratta qui di far accettare il voto del Consiglio regionale del 17 dicembre 1963 ed inoltre di modificare la legge istitutiva dell'ENEL, modifica che dovrebbe conciliare l'organizzazione dell'ENEL con il diritto della Regione, previsto nello Statuto, di partecipare alle decisioni in materia di grandi derivazioni e con la legislazione sulle piccole derivazioni; tutto ciò in conformità alle promesse solennemente fatte dal Governo in Parlamento ed anche dietro suggerimento della Corte Costituzionale.

Per quanto riguarda le dichiarazioni dell'Assessore Albertini, secondo cui con l'art. 10 dello Statuto si introiterebbero al massimo 500 milioni, senza poter fare nulla in proposito perché si tratta di una svista della Corte costituzionale, il Presidente della Giunta regionale ha risposto il 28 febbraio alla mia interrogazione del 3 febbraio, constatando come le dichiarazioni dell'assessore Albertini siano conformi alle direttive della Giunta regionale. Mi chiedo dunque come si possa parlare qui di una difesa dell'autonomia.

Nell'accordo di coalizione si parla ancora della promulgazione di leggi che rientrano nella competenza della Regione e che si possono varare senza attendere la riforma dello Statuto di autonomia. A questo proposito ricordo la assicurazione che si sarebbe ripristinata, in base all'art. 56 dello Statuto, l'autonomia comunale per quanto riguarda i segretari comunali. Per quanto concerne le progettate modifiche all'ordinamento dei comuni, il Consorzio dei comuni della provincia di Bolzano ha proposto fra l'altro che la Regione si assuma le spese per i guarduboschi assunti dai comuni. Tale norma corrisponde chiaramente alle direttive annunciate nell'ultima dichiarazione programmatica del Presidente Moro, secondo cui i comuni andranno liberati dagli oneri derivati dalle attività loro delegate. Per quanto riguarda l'applicazione dell'art. 14, cioè il normale passaggio delle facoltà amministrative alle Province, a scanso di equivoci devo ripetere che finora una delega permanente di funzioni amministrative è stata fatta soltanto nel campo degli espropri, del turismo e delle facoltà relative al controllo sui comuni: tutte le altre leggi di delega riguardano la concessione di sovvenzioni e sono perciò limitate nel tempo. Non ci sono state deleghe, la cui conseguenza sia stato lo scioglimento di servizi od uffici regionali ed il passaggio del

loro personale alla Provincia. Le nostre proposte di delegare alla Provincia le facoltà nel settore della caccia sono state finora respinte, sebbene in tutt'Italia tale passaggio dello Stato alle Province sia ormai avvenuto; lo stesso è avvenuto per i trasporti a fune, sebbene tanto lo Stato quanto la Regione siciliana, quest'ultima con la legge n. 10 del 4 luglio 1964, abbiano già realizzato un decentramento in questo campo.

Incomprensibile mi risulta poi l'atteggiamento della Giunta regionale riguardo alla legge, due volte rinviata, sulla cassa pensioni per tutti gli impiegati degli enti locali. Notoriamente tali rinvii sono avvenuti sulla base di un crescendo di obiezioni antiautonomistiche, e proprio da parte del Governo di centro-sinistra. Ora la Giunta regionale vuole attendere l'emissione delle norme di attuazione: ai fini di una difesa dell'autonomia sarebbe invece senz'altro più ovvio che la nostra Giunta di centro-sinistra intervenisse presso il Governo di Roma, anch'esso di centro-sinistra, affinché la legge, se il Consiglio regionale la riemanasse con una delibera di conferma, possa entrare in vigore. Ciò fornirebbe una dimostrazione della efficacia autonomistica dell'attuale Giunta regionale nei confronti del Governo centrale, secondo il suo programma altrettanto favorevole alle autonomie.

Il cons. Raffeiner è divenuto il Mefistofele della S.V.P., lo spirito che sempre nega, una componente di quella forza che tende sempre al male e nonostante ciò senza volerlo giunge al bene, o almeno così spero. Alcune dichiarazioni da lui fatte in Consiglio provinciale e regionale mi costringono a dargli una risposta. Prima di tutto vorrei però riassumere in due punti l'attuale filosofia politica del cons. Raffeiner, basandomi appunto sulle sue affermazioni:

1) I sudtirolese non hanno optato per la Germania a causa dell'oppressione fascista, ma a causa della propaganda nazional-socialista. L'opposizione fascista avrebbe potuto essere ancora peggiore senza perciò avere questo effetto.

2) Il regime amministrativo instaurato dalla S.V.P. in Alto Adige è peggiore del fascismo e perciò sarà bene non assegnare a questo regime altre facoltà, anzi possibilmente togliergli quelle che ha.

La differenza fra noi ed il cons. Raffeiner è quella che noi ci siamo fermati a quello che era il suo punto di vista politico fino al 1958 circa, punto di vista ampiamente espresso nel memorandum, che anch'egli ha firmato, diretto nell'aprile del 1954 al Governo italiano e nell'atto d'accusa da lui pronunciato davanti al Senato nel febbraio del 1954. Questo perché, per quanto riguarda la riparazione delle ingiustizie fasciste attraverso i provvedimenti straordinari previsti nell'Accordo di Parigi, non si sono fatti da allora sensibili progressi. Per quanto riguarda i rapporti col fascismo, certe dichiarazioni di Raffeiner corrispondono ampiamente alle tesi dei neofascisti, secondo cui una politica di forza sarebbe l'unica giusta nei confronti dei sudtirolese: ai tempi del fascismo infatti i sudtirolese, a differenza di oggi, sono rimasti infatti bravi e tranquilli.

Raffeiner si chiede poi dove la Provincia prenda la competenza in materia di coordinamento territoriale. Egli interpreta in senso restringente le materie dell'urbanistica e dei piani regolatori citati all'art. 11 dello Statuto, scorciando che tanto la legge statale sulla urbanistica quanto le norme di attuazione a questo riguardo comprendono anche il coordinamento territoriale. Egli dimentica inoltre che la lentezza delle amministrazioni autonome ha avuto

il suo inizio con la istituzione della Corte dei Conti, in base alle norme di attuazione del 1951: è stata la Corte dei Conti ad introdurre, tempo fa, l'applicazione delle norme sulla contabilità.

Il cons. Raffeiner dimentica ancora come anche il cons. Agostini, che il piano urbanistico di Bolzano è stato compilato d'intesa fra la maggioranza italiana del comune di Bolzano e la maggioranza tedesca della Provincia, rinunciando espressamente al concetto fascista di una Bolzano imperiale ed approvando contemporaneamente una maggiore densità di popolazione nella zona compresa fra via Druso, via Resia e l'Isarco in aggiunta al vasto centro residenziale della CEP ad Aslago, già in programma.

Raffeiner dimentica che nel periodo dal 1921 al 1961, di tutti i comuni altoatesini soltanto due hanno avuto un aumento della popolazione residente superiore al 100% e cioè Bolzano, con un aumento del 171%, e Laives, con un aumento del 163%; contemporaneamente gli abitanti di lingua italiana sono aumentati a Bolzano da 7.000 a 70.000 ed a Laives da 1.800 a circa 6.500.

Egli dimentica inoltre che nella zona industriale ancor oggi soltanto il 5% dei lavoratori colà occupati è di lingua tedesca e che anche nel periodo 1951-1964, in cui si è riscontrata una flessione nelle immigrazioni, la quota di immigrati da altre provincie a Bolzano è stata pur sempre di circa 6.000 unità.

Ho avuto di recente dagli Stati Uniti una relazione sullo sviluppo delle zone urbane in rapporto alle finanze comunali, relazione da cui cito questa frase: « Lo sviluppo delle zone urbane, sfocia nella forma attuale non tanto in un'ulteriore addensamento quanto in un'espansione estensiva. L'importanza relativa del centro urbano, calcolata per esempio sulla base della quota demografica o sulla quota dei posti

di lavoro, sta diminuendo ». In altre parole: negli Stati Uniti, nelle grandi città ad alto grado di industrializzazione, le industrie vanno decentrandosi. Ciò risulta anche dalla frase seguente: « Se la situazione continuerà a svilupparsi in questa direzione, le fonti d'imposizione verranno un giorno a trovarsi, in conseguenza del decentramento di industria ed artigianato, nelle zone urbane esterne al nucleo ». Realizzando una forma di industrializzazione concentrata nella valle dell'Adige a partire da Merano a da Bolzano verso sud, invece della industrializzazione da noi auspicata che andrebbe distribuita nelle valli principali, l'immigrazione da altre province ne risulterebbe potenziata. Ciò ha ammesso per esempio anche Franco Demarchi nella conferenza sull'industria organizzata dalla Regione il 13 e 14 luglio 1964. Cito le sue parole: « Si può prevedere che una organizzazione unitaria della zona destinata all'industrializzazione, da Rovereto a Merano, non possa essere facilmente accettata dal gruppo di lingua tedesca, perché essa favorirebbe inevitabilmente il fenomeno della mistilinguità ». A compensazione della mancata industrializzazione del retroterra, come viene chiamato il territorio provinciale all'inizio della valle dell'Adige da Bolzano in giù, Demarchi elenca la possibilità di costruire nelle valli confluenti villaggi per vacanze e centri estivi per i dipendenti delle industrie, nonché latterie, macellerie e negozi di frutta e verdura nella zona destinata all'industria che verrebbero gestiti dai consorzi produttori delle vallate.

Raffeiner dimentica poi che quella votazione separata per Province del bilancio regionale, prevista da Erich Amonn nell'art. 73 come tutela costituzionale contro una sopraffazione dei sudtirolese nell'ambito della Regione, è divenuta una farsa. La maggioranza del Consiglio provinciale di Bolzano non vota dal 1958

in favore del bilancio regionale: quest'ultimo viene automaticamente approvato dal Ministero degli Interni, perfino nei casi in cui la maggioranza numerica del Consiglio regionale ha votato contro il bilancio. Sono fallite dunque le funzioni di tutela di questo articolo; non solo, ma esso ha permesso inoltre che rimanesse al timone della Regione una Giunta il cui bilancio era stato respinto dalla maggioranza.

Nel gruppo della SVP attualmente in Consiglio regionale si trovano ancora molti consiglieri che hanno fatto parte delle due prime legislature, definite « legislature della buona volontà ».

Il memorandum dell'aprile 1964, diretto al Governo italiano e firmato anche dal cons. Raffeiner, contiene un atto d'accusa sulla mancata applicazione dell'Accordo di Parigi e dello Statuto d'autonomia e finisce con la frase che cito: « Volendo ora rispondere, riassumendo la nostra esposizione, alla questione se l'Accordo di Parigi e lo Statuto di autonomia si siano dimostrati validi ad assicurare al nostro gruppo etnico la vita e l'esistenza come comunità, la risposta non può essere certo positiva. Ciò dipende in parte dal modo e dallo spirito con cui tali strumenti sono applicati ed in parte dalle lacune e dall'imperfezione degli strumenti stessi. Mancano in particolar modo misure adatte a tutelare efficacemente i diritti ed i legittimi interessi delle minoranze da violazioni e da attacchi ».

Raffeiner ritiene oggi che l'autonomia, dunque anche l'autonomia prevista nell'Accordo di Parigi, non sia assolutamente lo strumento adatto a tutelare i gruppi etnici. Egli dimentica che nella vicina Svizzera l'autonomia territoriale ha da secoli proprio questa funzione. Porterò in seguito una prova che oggi in tutto il mondo l'autonomia regionale è considerata

lo strumento principale per la tutela e la libera evoluzione dei gruppi etnici.

Nella sua dichiarazione di voto resa durante l'approvazione del bilancio provinciale del dicembre scorso, il cons. Raffeiner ha affermato che avrei potuto risparmiarmi di portare in Consiglio provinciale un vocabolario inglese per trattare la parola « frame » nell'Accordo di Parigi. Da lui mi sarei aspettato maggiore precisione nei riguardi di una questione che è pur sempre di fondamentale importanza. Il cons. Raffeiner sa che, cito Alfred Verdross, « soltanto le parti contraenti sono competenti ad interpretare autenticamente accordi di diritto internazionale », che le dichiarazioni di Gruber e di Degasperi non costituiscono un'interpretazione autentica dell'Accordo di Parigi: essa dovrebbe invece venir concordata formalmente fra le parti contraenti. Esiste inoltre una lettera di Gruber e Degasperi in data 10 gennaio 1948, lettera in cui Gruber osserva espressamente che l'unione delle due province non è conforme all'Accordo di Parigi. Affidandoci dunque all'interpretazione giudiziale della parola « frame », secondo Verdross ne risultano i seguenti principi:

- 1) La volontà delle parti andrà prima di tutto rilevata in base all'accordo stesso. Se dal contesto non è possibile ricavare un senso chiaro e univoco, si potrà derogare dal testo letterale soltanto quando sia dimostrato che l'intenzione delle parti contraenti era effettivamente diversa.
- 2) Va respinta in ogni caso un'interpretazione che limiti la piena efficacia dell'accordo o di una parte di esso.
- 3) Se uno stato ha predisposto una norma poco chiara, nel dubbio essa sarà interpretata a suo sfavore.

Per quanto riguarda la parola « frame », leggo nell'edizione standard del vocabolario inglese della Funk & Vagnall, New York 1963, che essa può significare struttura, sistema, assetto, ordinamento, forma ma in nessun caso delimitazione territoriale.

Non è vero che le Nazioni Unite abbiano considerato la questione altoatesina puramente giuridica, altrimenti avrebbero dato corso all'iniziale richiesta italiana, quella cioè di rimandare l'Austria alla Corte di Giustizia internazionale. L'Austria difendeva invece il suo punto di vista, secondo cui l'esistenza e lo sviluppo di un gruppo etnico che risiede compatto nella sua terra di origine costituiscono in linea una questione politica. Ciò rimane valido anche se tale esistenza è regolamentata da un accordo interstatale, il quale però — a differenza per esempio del Trattato di Cipro, stipulato fra l'Inghilterra, la Grecia e la Turchia e comprendente 27 articoli sulla costituzione cipriota — abbozza in tre brevi articoli degli obiettivi politici che devono poi prender forma, sia su piano nazionale che su piano internazionale, in norme fondamentali più particolareggiate. Con la mancanza di precise norme giuridiche nell'accordo si spiega anche l'enorme differenza tra le posizioni delle due parti, di cui una considera applicato in linea di massima l'accordo mentre l'altra non ne ritiene ancora attuato lo spirito.

Ora accennerò brevemente alle dichiarazioni di Agostini sulla legge di tutela del paesaggio nella provincia di Bolzano. Per quanto riguarda tali dichiarazioni, non posso riconoscere al cons. Agostini l'attenuante della buona fede perché, come membro del Consiglio provinciale di Bolzano, egli deve sapere certe cose, o l'ignoranza è radicale. Egli non troverà nessuna persona sensata disposta a credere, nè in Alto Adige nè a Roma, quanto egli ha

dichiarato sugli effetti e sull'applicazione della legge sulla tutela del paesaggio nella provincia di Bolzano: vorrei pregarlo di informarsi a questo proposito tanto presso il « Consiglio nazionale delle ricerche », la « Commissione italiana per la conservazione della natura e delle sue risorse » e l'associazione « Italia nostra », quanto presso il Consiglio d'Europa. Un incaricato speciale del Consiglio d'Europa, un certo sig. Granley, ha visitato di recente l'Inghilterra, la Francia e l'Italia, compilando una relazione sulla legislazione per la tutela del paesaggio e sull'efficacia della tutela stessa: in questa relazione la Regione, il relatore intendeva qui la Provincia di Bolzano, aveva una lode particolare. Non intendo trattare oltre questo argomento ma constatare soltanto che dall'entrata in vigore della legge sulla tutela del paesaggio, cioè dall'agosto 1957, fino alla fine della passata legislatura, cioè alla fine del 1964, su 5617 domande trattate sono state respinte 37 domande di costruzione, cioè è stato emanato in 37 casi un definitivo divieto di costruzione: la percentuale è dello 0,7%. Di queste 37 domande respinte, circa 17 riguardano interessi del gruppo italiano. Posso aggiungere comunque ancora che nessun progetto industriale, nè da parte tedesca nè da parte italiana, è mai stato ostacolato per ragioni di tutela paesaggistica.

Per finire: continuo a chiedermi se siano giustificate le nostre richieste, le nostre insistenze, da un punto di vista dell'umanità in genere, dal punto di vista di un'umanità che tende ad uniformarsi e a ridurre le distanze nello sviluppo culturale. In questo caso si può considerare normativo il parere delle Nazioni Unite. Finisco citando brevemente alcuni passi delle conclusioni a cui è giunto un convegno organizzato nel giugno del 1965 a Lubiana dal segretario generale delle Nazioni Unite su

invito del Governo jugoslavo. Tale convegno doveva prendere in esame le misure da prendere per garantire ai gruppi religiosi, etnici o linguistici l'applicazione di diritti speciali che permettano di conservare le loro tradizioni, le loro caratteristiche e la loro coscienza nazionale. A tale riunione hanno preso parte per l'Italia i professori di diritto internazionale Giuseppe Sperduti e Giuseppe Capotorti, com'è noto entrambi membri della delegazione italiana che conduce le trattative con l'Austria. Ho tradotto in tedesco buona parte della relazione conclusiva e posso perciò metterla a disposizione dei consiglieri regionali: come ho detto, vorrei soltanto riportare alcune frasi di questa relazione, approvata all'unanimità: «Parecchi partecipanti al convegno hanno sostenuto l'opinione che determinate forme di organizzazione politica offrano maggiori possibilità di assicurare uguali diritti a tutti i cittadini. Alcuni oratori si sono dichiarati d'accordo con questa tesi accennando al fatto che per esempio, specialmente in un grande Stato, è possibile applicare con vantaggio un'organizzazione federale, cioè un'autonomia territoriale, adattata alle esigenze dei gruppi etnici. Diversi oratori hanno sostenuto la opinione che la premessa fondamentale per un'effettiva soluzione dei problemi che affliggono determinati gruppi etnici va ricercata in una riequilibrazione dello scompenso in campo economico. In generale si è riconosciuto che il diritto ad un'azione autonoma per la conservazione e la continuazione delle tradizioni e delle caratteristiche di un gruppo etnico costituisce parte essenziale del suo modo di vita e rappresenta il metodo più sicuro per tutelare appunto la sua identità di gruppo etnico. Le caratteristiche e le tradizioni da tutelare di ogni gruppo comprendono altresì la sua organizzazione economica e sociale, premesso che essa non sia in

confitto con la politica statale di sviluppo generale. La maggior parte dei partecipanti al convegno erano del parere che lo Stato, anche senza aver preso impegni in proposito, debba tutelare lo sviluppo autonomo di tali caratteristiche e tradizioni. La necessità di eliminare qualsiasi forma di discriminazione è stata considerata fondamentale per la realizzazione del principio dell'uguaglianza fra i gruppi etnici e della garanzia di mantenere le caratteristiche etniche dei diversi gruppi. In relazione alla conservazione dei gruppi etnici, come pure della loro cultura e delle loro caratteristiche, rivestono particolare importanza i provvedimenti di carattere economico e sociale che aiutano la popolazione agricola a restare nella sua terra. Il decentramento delle industrie e la programmazione locale sarebbero mezzi particolarmente efficaci per combattere l'isolamento delle zone rurali e l'esodo dalla campagna. A questo proposito si è accennato anche al fatto che la legislazione per garantire la parità di salario a parità di prestazioni, come pure i provvedimenti per l'assunzione nel servizio statale si sono dimostrati adattissimi per alzare il livello di vita dei gruppi minoritari e per aumentarne il potenziale direttivo. Si è attribuita particolare importanza al conseguimento di uno sviluppo regionale attraverso una programmazione locale ed alcuni partecipanti hanno descritto metodiche di programmazione che si prestano ad adattare la programmazione statale alle esigenze regionali, ponendo particolare attenzione alla dislocazione delle industrie». Permettetemi di leggere ancora due frasi da documenti per questo convegno, presentati dal direttore dell'Istituto per la politica e l'economia di Puna in India: «In India si è giunti alla conclusione che i diversi Stati, dunque le unità autonome, vadano organizzati soprattutto sulla base delle comunità linguistiche. L'India tende attualmente a fa-

vorire il pieno sviluppo, all'interno dei singoli Stati, di tutte le unità autonome, di tutte le lingue del Paese ad ogni livello dell'istruzione e dell'amministrazione, favorendo inoltre l'affermazione di una di queste lingue, l'hindi, come lingua nazionale. »

E poiché si è parlato qui della buona volontà che sarebbe necessaria prima di intraprendere qualsiasi modifica costituzionale, dunque un tipico circolo vizioso, vorrei citare ancora un passo di questa relazione del convegno di Lubiana, passo in cui si dice: « Occasionalmente si è avanzato l'argomento secondo cui provvedimenti legali o costituzionali non possono andare al di là della disposizione psicologica dei popoli interessati: tali leggi non verrebbero osservate se la popolazione non vi fosse preparata. Di conseguenza, le garanzie di legge non costituirebbero una tutela per la minoranza se non coincidessero con i desideri della maggioranza, dunque se dalla maggioranza non venissero accettate. Considerando più da vicino questo problema, risulta però che il rapporto fra l'atteggiamento della popolazione da una parte e le istituzioni giuridiche dall'altra costituisce una specie di circolo: l'atteggiamento può percorrere ed anche determinare le istituzioni, dunque le norme costituzionali; una modifica delle istituzioni costituzionali può d'altro canto cambiare tale atteggiamento. » Con ciò mi sembra di poter dire, a conclusione del mio intervento, che lo sviluppo della situazione in Alto Adige è oggi ad un punto tale che soltanto le promesse modifiche fondamentali nell'ordinamento costituzionale vigente porterebbero ad una svolta nell'atteggiamento della popolazione e con ciò anche alla buona volontà della popolazione stessa.)

PRESIDENTE: Sono iscritti a parlare ancora i cons. Tanas, Fiorešchy e Molignoni. Io

darei la parola al cons. Tanas, pregandolo di fare un intervento che duri una mezzoretta.

TANAS (P.S.D.I.): Possiamo rimandare a domani. Se lei preferisce, Presidente, io sono disposto a parlare domani, perché, fra l'altro, io da ieri ho la febbre, quindi domani prevedo di star meglio. Veda lei, comunque. So che i colleghi della S.V.P. hanno un impegno . . .

PRESIDENTE: Si hanno un impegno. Veramente quando avevamo parlato, avevamo detto che si andava fino alle 13.30, no? Non so poi . . .

Va bene, ora sono le 12.45; il Presidente della Giunta ha un impegno per le ore 13. Non so se lei può parlare per un quarto d'ora...

TANAS (P.S.D.I.): Un quarto d'ora no, eh! . . . Almeno una mezz'ora . . .

PRESIDENTE: No, no, una mezz'ora l'avrebbe comunque, perché anche se qualcuno se ne va, la maggioranza resta sempre.

TANAS (P.S.D.I.): Preferisco domani, signor Presidente . . .

PRESIDENTE: Preferisce domani? Allora mettiamoci d'accordo adesso su quelli che ancora vogliono parlare, perché io domani intendo chiudere la discussione generale, per poi dare modo, nella prossima settimana, di fare la discussione articolata. I tempi stringono. È iscritto a parlare il con. Tanas, che parla per primo domani mattina, poi il cons. Fiorešchy . . .

FIORESHY (S.V.P.): Io rinuncio a parlare in discussione generale . . .

PRESIDENTE: Lei rinuncia a parlare in discussione generale.

Il cons. Molignoni, viceversa, mantiene la sua iscrizione. Altri si iscrivono per domani? Vi sono i cons. Volgger, Corsini e Agostini. Nessun altro? Restiamo intesi che si chiude domani; ci sarà poi la discussione degli ordini del giorno, la replica del Presidente; probabilmente per la replica andremo a martedì. Però si incomincia subito con la discussione generale e per la prossima settimana, data la situazione in cui siamo, sono previste sedute

mattina e pomeriggio, con facoltà di fare anche seduta notturna, con preavviso. Quindi prepariamoci per la prossima settimana ad accantonare ogni altro impegno, per dedicarci unicamente all'esame del bilancio.

Domani la seduta è alle ore 9.30.

La seduta è tolta.

(Ore 12.50).

